



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Einfluss der Ausgestaltung staatlicher Leistungen
bei Arbeitslosigkeit auf die soziale Exklusion von Er-
werbsarbeitslosen“

verfasst von / submitted by

Claudia Spengler, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Jörg Flecker

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

Mag. Dr. Stefan Vogtenhuber

Danksagung

Ich bedanke mich herzlich bei Herrn Prof. Dr. Jörg Flecker für das konstruktive Feedback und die zuverlässige Betreuung beim Erstellen meiner Arbeit.

Für die wertvollen Hinweise und Hilfestellung mit der methodischen Herangehensweise bedanke ich mich zudem bei Herrn Dr. Stefan Vogtenhuber, der diese Arbeit mitbetreut hat.

Besonderer Dank kommt meinen Eltern und Großeltern zu, die mir durch ihre finanzielle Unterstützung das Studium ermöglichten.

Für aufschlussreiche und kritische Diskussionen über das Thema und die Umsetzung dieser Arbeit bedanke ich mich insbesondere Monika Leichtling.

Weiterhin bedanke ich mich bei Michael Forsthofer für die anregenden Gespräche sowie die emotionale Unterstützung.

Zu guter Letzt möchte ich meinen Korrekturleserinnen Monika Leichtling, Andrea Spengler und Lara Geisen danken.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG.....	1
2	SOZIALE EXKLUSION – EIN DIFFUSES KONZEPT	5
2.1	PERSPEKTIVEN AUF SOZIALE EXKLUSION.....	5
2.2	BUZZWORD ODER NEUES PHÄNOMEN? – EINE HISTORISCHE EINORDNUNG DER EXKLUSIONSDEBATTE.....	7
2.3	SOZIALE EXKLUSION AUS SICHT DER UNGLEICHHEITSFORSCHUNG.....	10
2.3.1	<i>Exklusion als Prozess</i>	<i>10</i>
2.3.2	<i>Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt und der Zerfall sozialer Beziehungen</i>	<i>11</i>
2.3.3	<i>Soziale Exklusion als gesellschaftliche Teilhabe</i>	<i>12</i>
2.3.4	<i>Exklusion und Underclass</i>	<i>13</i>
2.3.5	<i>Kronauers Zusammenführung als Interdependenz und Partizipation</i>	<i>14</i>
2.4	FAZIT: EIN ARBEITSBEGRIFF FÜR SOZIALE EXKLUSION	18
3	WOHLFAHRTSSTAATEN UND DIE SICHERUNG VON ERWERBSLOSEN.....	19
3.1	DER WOHLFAHRTSSTAAT – DEFINITION UND FUNKTION	19
3.2	MODELLE DER VERGLEICHENDEN WOHLFAHRTSSTAATSFORSCHUNG	21
3.2.1	<i>Esping-Andersens Welten des Wohlfahrtskapitalismus.....</i>	<i>21</i>
3.2.2	<i>Regime der Sicherung von Erwerbslosen</i>	<i>26</i>
3.3	DER INSTITUTIONELLE RAHMEN DER ERWERBSLOSENUNTERSTÜTZUNG.....	27
3.3.1	<i>Die soziale Sicherung von Erwerbslosen</i>	<i>28</i>
3.3.2	<i>Geschichte europäischer Arbeitslosenversicherungen und Arbeitslosenhilfesysteme.....</i>	<i>30</i>
3.3.3	<i>Arbeitslosenversicherungen und Arbeitslosenhilfe im Zeichen aktivierender Arbeitsmarktpolitik</i>	<i>32</i>
3.4	FAZIT: VERGANGENHEIT UND GEGENWART EUROPÄISCHER ERWERBSLOSENUNTERSTÜTZUNG.....	34
4	FORSCHUNGSSTAND.....	36
4.1	EXKLUSION VON ERWERBSLOSEN.....	36
4.2	EINFLUSS VON KONTEXTFAKTOREN AUF ERWERBSLOSE	41
4.3	FAZIT	45
5	HYPOTHESEN	46
5.1	HYPOTHESEN AUF INDIVIDUALEBENE	46
5.2	HYPOTHESEN AUF KONTEXTEBENE.....	49
6	METHODE	54
6.1	DIE LOGISTISCHE MEHREBENENANALYSE	54
6.1.1	<i>Was ist die logistische Mehrebenenanalyse?.....</i>	<i>54</i>
6.1.2	<i>Ansprüche der Modelle an die Daten.....</i>	<i>56</i>
6.2	VORGEHENSWEISE	57
6.2.1	<i>Modellaufbau</i>	<i>57</i>

6.2.2	<i>Gütemaße</i>	59
6.2.3	<i>Statistiksoftware, Gewichtung und Standardisierung</i>	60
7	DATEN	62
7.1	DATEN UND OPERATIONALISIERUNG AUF INDIVIDUALEBENE	62
7.1.1	<i>Methodologie der EU-SILC</i>	62
7.1.2	<i>Abhängige Variablen</i>	63
7.1.3	<i>Unabhängige Variablen</i>	65
7.2	DATEN UND OPERATIONALISIERUNG AUF LÄNDEREBENE.....	67
8	DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE	73
8.1	EINBINDUNG IN SOZIALE NETZE	73
8.2	KULTURELLE TEILHABE	79
8.3	MATERIELLE TEILHABE.....	83
8.4	POLITISCH-INSTITUTIONELLE TEILHABE	88
9	DISKUSSION DER ERGEBNISSE	91
9.1	HYPOTHESENPRÜFUNG	91
9.1.1	<i>Hypothesenprüfung auf Individualebene</i>	91
9.1.2	<i>Hypothesenprüfung auf Länderebene</i>	94
9.2	LIMITATIONEN	99
10	SCHLUSS	101
11	LITERATURVERZEICHNIS	104
12	ANHANG	114
12.1	ABSTRACTS.....	114
12.2	R-CODE.....	116
12.3	VERWENDETE R-PACKAGES	129

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Modi der Zugehörigkeit nach Kronauer.....	18
Tabelle 2: Verteilung der abhängigen Variablen	65
Tabelle 3: Unabhängige Variablen auf Individualebene	67
Tabelle 4: Unabhängige Variablen auf Länderebene	71
Tabelle 5: Unabhängige Variablen auf Länderebene nach Regimezugehörigkeit.....	72
Tabelle 6: Modelle der abhängigen Variable der Einbindung in soziale Netze	78
Tabelle 7: Modelle der abhängigen Variable der kulturellen Teilhabe.....	82
Tabelle 8: Modelle der abhängigen Variable der materiellen Teilhabe	87
Tabelle 9: Modelle der abhängigen Variable der politisch-institutionellen Teilhabe	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze nach Haushaltstypen	74
Abbildung 2: Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze nach Regimen	75
Abbildung 3: Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze nach der Arbeitslosenquote	76
Abbildung 4: Predicted Probabilities für die kulturelle Teilhabe nach Regimen	80
Abbildung 5: Predicted Probabilities für die kulturelle Teilhabe nach der Nettoersatzrate	81
Abbildung 6: : Predicted Probabilities für die materielle Teilhabe nach Haushaltstypen	84
Abbildung 7: Predicted Probabilities für die materielle Teilhabe nach Regimen.....	85
Abbildung 8: Predicted Probabilities für die materielle Teilhabe nach der Nettoersatzrate	86
Abbildung 9: Predicted Probabilities für die politisch-institutionelle Teilhabe nach Regimen	89

1 Einleitung

Die österreichische Arbeitslosenversicherung soll im Jahr 2022 reformiert werden. Noch sind keine Details zu den Reformplänen öffentlich geworden, doch stehen mehrere mögliche Maßnahmen zur Debatte. So schlägt Arbeitsminister Kocher vor, das Arbeitslosengeld in Zukunft degressiv zu gestalten, was bedeutet, dass es zu Beginn der Erwerbslosigkeit mehr und später weniger Geld gäbe (Szigetvari 2022). Ein degressives Arbeitslosengeld ist in Hinblick auf die niedrigere Notstandshilfe in Österreich bereits Realität, in anderen Ländern fällt die Unterstützung jedoch mit der Zeit viel stärker ab. Dafür ist die Nettoersatzrate mit 55 % gleich zu Beginn der Erwerbslosigkeit im internationalen Vergleich sehr niedrig. Der Vorschlag des degressiven Arbeitslosengeldes sieht vor, dass in Zukunft die Nettoersatzrate zu Beginn der Erwerbslosigkeit höher ausfällt und schrittweise auf die heutigen 55 %, oder, wie manche Stimmen fordern, auch darunter absinkt (Nagl und Christl 2018), was den Druck auf Erwerbslose, eine Beschäftigung aufzunehmen, erhöhen soll. Kritiker*innen bezweifeln jedoch die Wirksamkeit dieser Maßnahme und gehen davon aus, dass die hohen Arbeitslosenzahlen kein Ausdruck individuellen Unwillens zur Erwerbsarbeit sind sondern ein strukturelles Problem darstellen (Lehner und Rathgeb 2022). Weiterhin wird über strengere Zumutbarkeitsbestimmungen und über eine Einschränkung der Möglichkeit des geringfügigen Zuverdienstes gesprochen. Die Zuverdienstmöglichkeiten könnten in Zukunft zeitlich begrenzt werden, da diese angeblich Erwerbslosigkeit verlängern würden. Es wird behauptet, dass es so kaum finanzielle Anreize gibt, anstelle der geringfügigen Beschäftigung ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis aufzunehmen und dass damit die Schattenwirtschaft profitiere. Als Problem wird der geringe Unterschied zwischen einem Gehalt im Niedriglohnsektor und dem Arbeitslosengeld gesehen und die Lösung stellt nicht etwa die Forderungen nach angemessenen Löhnen, sondern eine Senkung des Arbeitslosengeldes dar.

Deutlich wird auch hier: Diskussionen um das Arbeitslosengeld kreisen immer wieder um Klischees der Faulheit und des Schmarotzertums und verpassen es, einen nüchternen Blick auf die Lebensrealitäten von erwerbslosen Personen zu richten. Dabei herrscht zumindest in den Sozialwissenschaften der Konsens, dass die individuellen Auswirkungen von Erwerbslosigkeit über finanzielle Einbußen hinausgehen. Denn die Einbindung in eine Erwerbsarbeit ist in modernen kapitalistischen Gesellschaften nach wie vor von zentraler Bedeutung für die Zuweisung von Status und sozialer Anerkennung. Bereits in der berühmten Marienthal-Studie konnte aufgezeigt werden, wie Erwerbsarbeitslosigkeit die Befriedigung grundlegender individueller Bedürfnisse, wie beispielsweise der Notwendigkeit sozialer Kontakte, behindert

(Jahoda et al. 1975). Erwerbslosigkeit wird daher als eine der Hauptrisikofaktoren für soziale Exklusion angesehen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der kommenden Reformen in der österreichischen Arbeitslosenversicherung lohnt ein Blick auf Erwerbslosigkeit und deren Folgen.

Ein naheliegender Gedanke ist, dass die spezifische Lebenssituation der Betroffenen eine zentrale Rolle für die erlebten Folgen der Erwerbslosigkeit spielt. Neben dem Einfluss von personenbezogenen Merkmalen, wie beispielsweise der Dauer der Erwerbslosigkeit, kann also davon ausgegangen werden, dass der Kontext des Landes, in dem die erwerbslose Person lebt, entscheidend für das Erleben von sozialer Ausgrenzung ist. In Europa zeigen sich teilweise große Unterschiede in der Ausgestaltung der sozialen Sicherung von Erwerbslosen, in den Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten sowie im Risiko, von sozialer Ausgrenzung und Armut betroffen zu sein. Im Jahr 2019 waren geschätzt 21,1 % der EU-Bevölkerung, über 92 Millionen Menschen, von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht (Eurostat 2020a). Während dieser Wert in Bulgarien oder Rumänien jedoch bei über 30 % liegt, sind es beispielsweise in Slowenien oder in der Tschechischen Republik unter 15 % (ebd.). Unterschiede gibt es auch in den Arbeitslosenquoten. Diese lagen 2019 beispielsweise in Nordmazedonien und Griechenland bei über 17 %, während es in der Tschechischen Republik nur 2 % und in Polen etwas über 3 % waren (Eurostat 2021, S. 18).

Ausgehend von diesem Wissen soll in dieser Masterarbeit die Gefahr sozialer Exklusion von Erwerbsarbeitslosen in Europa in den Fokus gestellt werden. Als mögliche Erklärung für internationale Unterschiede soll die verschiedene Ausgestaltung von Leistungen bei Erwerbslosigkeit vorgeschlagen und untersucht werden. Ziel ist es dabei, herauszufinden, inwiefern die Ausgestaltung der Leistungen bei Erwerbslosigkeit die soziale Exklusion von Erwerbslosen beeinflusst. Um diese Frage zu beantworten, sollen zuerst Unterschiede in den Risiken sozialer Exklusion hinsichtlich personenbezogener Merkmale beschrieben werden, um die Betroffenheit von Risikogruppen, wie beispielsweise Langzeiterwerbslosen, besser abschätzen zu können. Weiterhin soll danach gefragt werden, inwiefern sich überhaupt Unterschiede zwischen den untersuchten europäischen Ländern hinsichtlich der Exklusionsrisiken von Erwerbslosen ausmachen lassen. Falls sich tatsächlich, wie hier vermutet, Unterschiede ergeben, soll ermittelt werden, inwiefern die Ausgestaltung der sozialen Sicherung in den Ländern diese Unterschiede erklären kann. Daher kann das Forschungsinteresse in drei Teilfragen aufgespalten werden:

Wie unterscheiden sich die Risiken sozialer Exklusion von Erwerbslosen? Gibt es dabei Unterschiede hinsichtlich sozialer Gruppen?

Ist ein Unterschied zwischen europäischen Ländern in der Ausprägung von Dimensionen sozialer Exklusion von Erwerbslosen erkennbar?

Falls ja: Lässt sich dieser durch die unterschiedliche Ausgestaltung staatlicher Leistungen bei Erwerbslosigkeit erklären?

Um das Forschungsinteresse zu bearbeiten, soll eine Mehrebenenanalyse mit Daten der EU-SILC aus dem Jahr 2015, in dem ein Modul über soziale und kulturelle Partizipation und materielle Deprivation enthalten ist, durchgeführt werden. Die Mehrebenenanalyse wird der hierarchischen Struktur der Daten gerecht und ermöglicht es, gleichzeitig Effekte auf Individual- und Länderebene zu berücksichtigen. Es sollen für unterschiedliche Dimensionen sozialer Exklusion Modelle geschätzt werden, die sich zudem hinsichtlich der erklärenden Variablen unterscheiden. So werden im ersten Schritt ausschließlich individuelle Merkmale berücksichtigt, und diese im nächsten Schritt in Kombination mit länderspezifischen Variablen der Zugehörigkeit zu wohlfahrtsstaatlichen Regimen und schließlich in Kombination mit Variablen zur Bestimmung der Ausgestaltung der Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen berücksichtigt. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass die angewendete Theorie der Wohlfahrtsregime zugleich auf den Prüfstand gestellt werden kann, indem zusätzlich Modelle mit konkreten Kennzahlen zur Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme gerechnet werden.

Die vorliegende Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Im Kapitel 2 soll in das theoretische Verständnis von sozialer Exklusion eingeführt werden. Exklusion wird als ein Konzept präsentiert, das aus unterschiedlichen soziologischen Perspektiven Beachtung gefunden hat. Dabei wird begründet, warum in dieser Arbeit die Perspektive der sozialen Ungleichheitsforschung am geeignetsten für die Bearbeitung des Forschungsinteresses angesehen wird. Das zweite wichtige Konzept in dieser Arbeit stellt die Forschung um wohlfahrtsstaatliche Sicherung von Erwerbslosen dar und wird in Kapitel 3 thematisiert. Nachdem der Begriff des Wohlfahrtsstaates präsentiert wird, sollen Modelle der vergleichenden Wohlfahrtsforschung vorgestellt und kritisch besprochen werden. In dieser Arbeit wird dabei vor allem auf die Modelle von Esping-Andersen (1990) sowie Gallie und Paugam (2000) eingegangen. Weiterhin wird der institutionelle Rahmen der Erwerbslosenunterstützung historisch eingeordnet und in seiner aktuellen Entwicklung vorgestellt. Es folgt in Kapitel 4 ein Überblick über den aktuellen Forschungs-

stand, aus welchem im Kapitel 5 Hypothesen abgeleitet werden. Diese lassen sich in Hypothesen bezüglich des Einflusses individueller Merkmale und länderspezifischer Kontexte unterteilen. In Kapitel 6 wird die Methode der logistischen Mehrebenenanalyse dargestellt. Die Datenquellen und die Stichprobe werden im Anschluss daran in Kapitel 7 behandelt. Die Daten stammen auf Individualebene aus der EU-SILC aus dem Jahr 2015 und werden durch Daten der International Labour Organization (ILO), World Bank und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) komplementiert. Als abhängige Variablen werden die Dimensionen sozialer Exklusion nach Kronauer (2002) operationalisiert. Für jede Dimension werden die gleichen Modelle gerechnet. Die Darstellung der Ergebnisse aus diesen Modellen erfolgt in Kapitel 8. Diese Ergebnisse werden im Kapitel 9 hinsichtlich der aufgestellten Hypothesen überprüft und im Kontext der Theorie und des Forschungsstandes interpretiert. Schließlich werden zudem noch die Grenzen dieser Forschung vorgestellt und mit einem Fazit abgeschlossen.

2 Soziale Exklusion – Ein diffuses Konzept

Der Begriff der Exklusion, der als *exclusion* zuerst von René Lenoir (1975) in den französischen Diskurs eingeführt wurde, hat in den soziologischen Debatten diverse Formen angenommen. Im Folgenden sollen unterschiedliche Perspektiven auf das Konzept der sozialen Exklusion vorgestellt werden. Anhand der Darstellungen der verschiedenen Exklusionsbegriffe soll argumentiert werden, warum Konzepte aus ungleichheitstheoretischer Sichtweise als fruchtbarer für diese Arbeit angesehen werden können als ebenso verbreitete Konzepte aus systemtheoretischer Perspektive. Schließlich wird dargestellt, was neu an der sozialen Exklusion im Vergleich zu anderen Konzepten, wie das der Armut oder der Deprivation, ist und wie es dazu kam, dass soziale Exklusion als Phänomen in den sozialwissenschaftlichen und politischen Diskursen an Bedeutung gewonnen hat. Im Anschluss sollen die für diese Arbeit relevanten Theorien der sozialen Exklusion näher beleuchtet werden. Ausgehend von den Arbeiten von Robert Castel soll der französische Exklusionsdiskurs als Ausgangspunkt der europäischen Debatte (Kronauer 2006, S. 4180) verstanden werden. Im Anschluss daran soll der Exklusionsbegriff von Martin Kronauer, der in dieser Arbeit zentral ist, in den Fokus gestellt werden. Schließlich wird ein Exklusionsbegriff nachgezeichnet, der sich explizit auf die europäische Debatte im Zeichen der sozialen Ungleichheit bezieht und empirisch im Sinne dieser Forschung genutzt werden kann.

2.1 Perspektiven auf soziale Exklusion

Der Diskurs über soziale Exklusion und Inklusion wird in verschiedenen theoretischen Strömungen geführt. Neben einer Betrachtung aus der Ungleichheitsforschung, die in dieser Arbeit im Detail vorgestellt wird, wird Exklusion hauptsächlich in der Systemtheorie diskutiert. Um die Wahl in dieser Arbeit zu begründen, soll ein kurzer Einblick in die systemtheoretische Perspektive erfolgen, um schließlich eine Abgrenzung davon vorzunehmen und die Vorteile der Sichtweise der Ungleichheitsforschung aufzuzeigen.

Aus systemtheoretischer Perspektive wird die Gesellschaft als funktional differenziert beschrieben. Das bedeutet, dass sich innerhalb eines sozialen Systems verschiedene Teilsysteme ausbilden. Als Beispiele solcher Teilsysteme können die Wissenschaft, Politik, Wirtschaft oder Religion genannt werden. Findet in diesen Systemen eine Adressierung von Personen statt, so lässt sich von einer Inklusion dieser Personen in das jeweilige System sprechen, wäh-

rend keine Bezeichnung oder Adressierung eine Exklusion dieser Personen bedeutet (Stichweh 2016, S. 219). So schreibt Luhmann, dass „Inklusion (und entsprechend Exklusion) [...] sich nur auf die Art und Weise beziehen [kann], in der im Kommunikationszusammenhang Menschen bezeichnet, also für relevant gehalten werden.“ (Luhmann 1995, S. 241). Eine Inklusion und Exklusion kann demnach auf den drei in der Systemtheorie unterschiedenen Ebenen der Interaktion, Organisation und Gesellschaft stattfinden, indem Menschen von Kommunikation ausgeschlossen werden (Stichweh 2016, S. 219). So sind zum Beispiel alle Menschen aus den meisten Organisationen ausgeschlossen, schlicht, weil sie diesen nicht als Mitglieder angehören und daher an der Kommunikation in ihnen nicht teilhaben können. Dabei wird deutlich, dass Inklusion und Exklusion in der Systemtheorie meist als Gegensatz verstanden werden, also als Dichotomie ohne Abstufungen, wie in folgendem Zitat von Luhmann noch einmal besonders deutlich wird: „[...] ‘Inklusion‘ bezeichnet dann die innere Seite der Form, deren äußere Seite „Exklusion“ ist. Von Inklusion kann man also sinnvoll nur sprechen, wenn es Exklusion gibt“ (Luhmann 1995, S. 241). Hierbei unterscheidet sich die systemtheoretische Perspektive stark von derer der Ungleichheitsforschung, die Exklusion explizit nicht als Dichotomie sondern als Prozess begreift.

In dem Zitat von Luhmann wird jedoch ein weiterer Umstand deutlich: In der Systemtheorie erfährt der Exklusionsbegriff keine Wertung (Behrendt 2019, S. 478). Exklusion ist vielmehr der logische Gegenpart zu Inklusion, der diese überhaupt erst hervorbringt und der es ermöglicht, die Systeme nach außen zu verschließen. Während jedoch Exklusion in einer funktional differenzierten Gesellschaft bereits in der Logik der Funktionssysteme angelegt ist, und somit ein unabdingbarer Bestandteil der systemtheoretischen Logik ist, wird es in dieser Arbeit als passender empfunden, sie als „Resultat von tiefgreifenden Veränderungen, die hochentwickelte kapitalistische Gesellschaften [...] gegenwärtig durchmachen“ (Kronauer 2002, S. 134) aufzufassen. Sie wird in ihrer spezifischen historischen Konstellation als ein gesellschaftliches Problem erfasst.

Ein großer Unterschied zwischen der systemtheoretischen Perspektive und jener der Ungleichheitsforschung findet sich zudem in der berücksichtigten Relevanz von Erwerbslosigkeit und Armut. Während die Systemtheorie diese beiden Phänomene nicht in ihrer außerordentlichen Bedeutsamkeit für Exklusion berücksichtigt, da Funktionssysteme nicht als hierarchisch verstanden werden und Exklusion daher gleichwertig auch in anderen Systemen stattfindet, erkennen Autor*innen der Ungleichheitsforschung sie als wichtige Vermittler von gesellschaftlicher Teilhabe und Zugehörigkeit an (Kronauer 2002, S. 135).

Abschließend sei gesagt, dass es zwar Versuche gibt, die systemtheoretische und ungleichheitssoziologische Sicht auf Inklusion und Exklusion miteinander zu verknüpfen (z.B. Schwinn 2000). Diese bleiben jedoch in ihrer Theorie hinsichtlich bedeutsamer Unterschiede, beispielsweise der Problematisierung von Exklusion in der Ungleichheitsforschung, Antworten schuldig.

2.2 Buzzword oder neues Phänomen? – Eine historische Einordnung der Exklusionsdebatte

Man könnte meinen, dass soziale Exklusion kein neues Phänomen sei, sondern nur ein neuer Begriff für ein altes Problem: Personen in Erwerbslosigkeit und/oder Armut haben in kapitalistischen Gesellschaften weniger Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe als andere Menschen. Wozu braucht es also den Exklusionsbegriff? Was zeichnet ihn im Vergleich zu ähnlichen Konzepten aus? Warum fragt die vorliegende Arbeit nicht scheinbar einfacher nach sozialer Partizipation? Um diese Entscheidung zu begründen, lohnt sich ein Blick in die nicht allzu weite Vergangenheit, als der Begriff der sozialen Exklusion an Bedeutung gewann. Schließlich bezieht er sich auf eine bestimmte historische Situation des gesellschaftlichen Wandels (Kronauer 2002, S. 27), die in diesem Abschnitt vorgestellt werden soll.

Der Ursprung der Debatte um soziale Exklusion liegt in der in den 1970er Jahren aufkommenden Diskussion um die „neue Armut“ (Kronauer 2002, S. 14). Das neue an der „neuen Armut“ bezieht sich auf die Senkung der absoluten Armut und dem gleichzeitigen Aufkommen von prekären Arbeitsverhältnissen und der neuen Verbindung von Armut und Erwerbslosigkeit. Auch Bevölkerungsgruppen in bis dato sicheren Arbeitsverhältnissen drohen Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung (ebd., S. 14). Während zwar Erwerbslose und Arme schon immer von einem erhöhten Risiko des sozialen Ausschlusses in kapitalistischen Gesellschaften bedroht waren, zeigt sich, dass sich nun die Perspektive auf Armut und Erwerbslosigkeit, sowie die Bedingungen, unter denen Ausgrenzung stattfindet, verändert (ebd., S. 75).

Soziale Exklusion hat ihren Ursprung in der “Reorganisation der globalen Arbeitsteilung, Umbrüche[n] in der Erwerbsarbeit, [der] Erosion sozialer Sicherung sowie [in der] zunehmende[n] Diversität und Instabilität von Haushaltsstrukturen“ (Mohr 2007, S. 25), also in einem sozialen Wandel, der wichtige Sphären des Zusammenlebens erfasst hat. Den Ausgangspunkt dafür sieht Kronauer in einem „politische[n] Krieg gegen die Gesellschaft“

(Kronauer 2020, S. 11). Dieser Krieg richtet sich explizit gegen die Gesellschaft als ein politisches Gemeinwesen, das heißt gegen die vergesellschafteten Individuen, gegen Solidarität und die Übernahme von Verantwortung für Andere (ebd., S. 11f.). Ausschlaggebend dafür ist die Politik des Neoliberalismus, in deren vorderster Linie Kronauer Margaret Thatcher in ihrem Kampf gegen Gewerkschaften, der Privatisierung von Staatsunternehmen und von Betrieben für die lokale Daseinsfürsorge sieht (ebd., S. 12). Die Veränderungen betreffen vor allem den Arbeitsmarkt, soziale Nahbeziehungen und die Ausgestaltung des Sozialstaates (Kronauer 2002, S. 100). Zu bemerken ist hierbei, dass sich Kronauers Beschreibung implizit auf die Geschichte westeuropäischer Wohlfahrtsstaaten bezieht.

Die Veränderungen im Arbeitsmarkt lassen sich im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus finden (Mohr 2007, S. 26). Der Fordismus entwickelte sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und zeichnete sich durch einen Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit aus. Da die (meist männlichen) Arbeiter*innen aufgrund des Ausbaus der Sozialversicherungen ein vergleichbar gutes Einkommen verdienten und über sichere Arbeitsplätze verfügten, konnte durch den gesteigerten Konsum die Massenproduktion ausgeweitet werden. Der Postfordismus ist im Gegensatz dazu vorrangig von dem Gedanken einer flexiblen Produktion und Arbeitskräfteeinteilung geprägt. Als Beispiel dafür lässt sich die in der 1990er Jahren aufkommende „Lean Production“ nennen. Es kam im Zuge dessen, verbunden mit einem höheren Ausmaß an technischer Unterstützung und Auslagerung von Arbeitsschritten ins billiger produzierende Ausland, zu einem massiven Rückgang an Arbeitsplätzen in der Industrie und einer damit einhergehenden Entwertung von un- und angelernten Tätigkeiten, sowie einem immer stärker werdenden Auseinanderklaffen von Einkommensverhältnissen (Kronauer 2002, S. 103ff.).

Zusätzlich zu den Veränderungen am Arbeitsmarkt kommen Umbrüche in sozialen Nahbeziehungen. Während vormals Menschen stark auf gegenseitige Hilfe in der Selbstversorgung angewiesen und daher fest in ihre lokalen Gemeinschaften eingebunden waren, ist diese Hilfe zu Zeiten universell verfügbarer Massenware schlicht nicht mehr notwendig (Kronauer 2002, S. 108). Somit wurden Lebensbereiche, die ehemals auf Sozialbeziehungen beruhten, zunehmend abhängig vom Markt und vom Einkommen aus Erwerbsarbeit (ebd., S. 108). Hinsichtlich zunehmender Individualisierung werden die Auswirkungen auf Lebenslagen und zwischenmenschliche Beziehungen besonders deutlich. So bietet die Individualisierung zwar eine Chance, indem beispielsweise Arbeitnehmer*innen eigene Ideen in Arbeitsprozesse einbringen können und sich in ihrer Lebensplanung von traditionellen Verhaltensnormen lösen kön-

nen. Gleichzeitig beinhalten sie jedoch auch einen Zwang zur beruflichen Flexibilisierung, dem vor allem Menschen mit geringen Bildungsressourcen und Frauen, da sich diese noch immer hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmern, häufig nicht nachkommen können (Kronauer 2002, S. 110). Ob Individualisierung vorwiegend Möglichkeiten eröffnet oder Ungleichheiten fördert hängt dabei entschieden von den Mechanismen wohlfahrtsstaatlicher Sicherung ab (Beck 1994, S. 192; Castel 2008, S. 411; Kronauer 2002, S. 112).

Der beschriebene soziale Wandel betrifft drittens zudem den Sozialstaat (Kronauer 2002, S. 113ff.). Dieser unterliegt seit den 1980er Jahren einem großen politischen, ökonomischen und sozialen Wandel und äußert sich in vielfältigen Bereichen (Schmid 2010, S. 58). So führte die Globalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte dazu, dass Nationalstaaten an Steuermöglichkeiten verloren (Kronauer 2002, S. 113). Es resultierte ein Steuersenkungswettbewerb, wobei Steuererleichterungen zunehmend den ökonomisch bessergestellten zugute kamen, was soziale Ungleichheiten verschärfte (Kronauer 2002, S. 114; Schmid 2010, S. 58). Dies wurde verstärkt durch hohe Staatsverschuldungen, einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und dem demographischen Wandel (Schmid 2010, S. 58). Der Umbau des Sozialstaates erfolgte daher, inspiriert von neoliberalen Ideen, vor allem anhand ökonomischer Kriterien. So wurden unter anderem Leistungen gekürzt und Zumutbarkeitsklauseln verschärft sowie vermehrt auf Eigenverantwortung und Selbstvorsorge gesetzt (Schmid 2010, S. 58; 2005, S. 104).

Angesichts dieser Veränderungen in Bezug auf den sich vergrößernden Klassenunterschieden und den neu aufkommenden Divergenzen von Lebenschancen erscheinen alte Kategorien von Diskriminierung und sozialer Ungleichheit als nicht mehr ausreichend in ihrem Erklärungspotential (Kronauer 2002, S. 33ff.; Mohr 2007, S. 27). Abhilfe soll daher das Konzept der sozialen Exklusion schaffen.

Nachdem die Entstehung der Exklusionsdebatte in einen historischen Kontext gesetzt wurde, sollte deutlich geworden sein, inwiefern es sich dabei um ein neues Konzept handelt und sich von verwandten Phänomenen wie Deprivation oder Armut unterscheidet. So wird damit die besondere historische Konstellation der Entstehung von sozialer Exklusion seit den 1970er Jahren hervorgehoben. Weiterhin wird im Begriff der sozialen Exklusion stärker deutlich, dass sich bestimmte Phänomene oder Merkmale einer Person wie Erwerbslosigkeit oder Armut auf soziale Verhältnisse und nicht allein auf individuelle Defizite zurückführen lassen (Kronauer 2002, S. 18; Mohr 2007, S. 29).

2.3 Soziale Exklusion aus Sicht der Ungleichheitsforschung

In diesem Teil der Arbeit soll ausgehend von der im vorherigen Abschnitt beschriebenen historischen Konstellation sozialer Exklusion, diese aus Sicht der Ungleichheitsforschung beschrieben werden. Obwohl zwar von einer Theorierichtung gesprochen werden kann, ist das Verständnis von sozialer Exklusion in der Ungleichheitsforschung kein homogenes. Im Folgenden sollen die Kernpunkte des Exklusionsbegriffes noch stärker herausgearbeitet werden, wobei das Rezipierte auch kritisch reflektiert wird.

2.3.1 *Exklusion als Prozess*

Zentrale theoretische Impulse zum Konzept der sozialen Exklusion stammen von Robert Castel, der diesen Begriff in seiner Nutzung, worauf später eingegangen wird, scharf kritisierte. Das Wesen der Exklusion liegt nach Castel nicht in der spezifischen individuellen sozialen Situation der als exkludiert erachteten Person, sondern vielmehr in dem Prozess, der diese Situation erst hervorrief (Castel 2017). Die zur Exklusion führenden Faktoren sind dabei nicht am Rand der Gesellschaft zu suchen, sondern entspringen vielmehr ihrem Zentrum. Die Gefahr des „Abrutschens“ in die Peripherie des sozialen Lebens ergibt sich vor allem aus prekären Arbeitsverhältnissen. Castel betont, dass man dabei jedoch nicht von einem „Drinne“ oder „Draußen“ bezogen auf die Gesellschaft sprechen kann, da diese Trennung vielmehr gradueller und prozessualer Natur ist. Es wird die Kategorie des „Draußen“ durch die Menschen, die „Drinne“ sind, definiert und ein Übergang zwischen diesen eher idealtypisch existierenden Positionen ist möglich. Die Definition des „Drinne“ und „Draußen“ wird von Castel mit einem Blick auf historische Unterschiede in der Exklusion verdeutlicht. So unterscheidet er zwischen vollständiger Ausgrenzung aus der Gemeinschaft, die beispielsweise historisch in der Verbannung oder Tötung von Aufständischen zu finden ist, den Ausschluss in geschlossene, abgetrennte Räume, wofür Ghettos beispielhaft genannt werden können, sowie das Einräumen eines speziellen Status, der eine Koexistenz gewährleistet (ebd., S. 81). Hierbei wird der zugrundeliegende Charakter der Exklusion deutlich. Es handelt sich dabei nicht um einen zufälligen Ausschluss, sondern um die Zuweisung einer bestimmten Stellung, „die auf Vorschriften beruht, spezielle Apparate mobilisiert und über Rituale verläuft“ (Castel 2017, S. 82). Von dieser Definition ausgehend kritisiert Castel am Exklusionsbegriff, dass dieser nicht geeignet sei, um die prekäre, durch die Krise der Arbeitsgesellschaft entstandene Situation der angeblich Exkludierten zu beschreiben. Der Begriff der Exklusion beschreibe vor allem Zustände ohne auf Dynamiken Rücksicht zu nehmen, die diese verursachten, wes-

wegen er auch den Begriff der „Désaffiliation“ bevorzugt (Castel 2008). Ähnlich argumentiert Serge Paugam, der von „sozialer Disqualifizierung“ (Paugam 2004) spricht. Doch obwohl diese Gleichsetzung von Exklusion und „Désaffiliation“ nicht möglich ist, weist Castel darauf hin, dass diese Personen stark von Exklusion bedroht seien. Insbesondere die letzten beiden Praktiken der Exklusion, die Ausgliederung in abgetrennte Räume und die Vergabe eines degradierenden Status, sieht Castel als mögliche Folgen der aktuellen Verhältnisse (Castel 2008, S. 85). Kronauer merkt diesbezüglich an, dass es bei der Wahl eines anderen Begriffes jedoch eigentlich nur um eine Verschiebung des Problems handeln würde, da das Woraus und das Wohin der Ausgrenzung immer noch in ihrem Verhältnis letztlich unbestimmt bleiben (Kronauer 2002, S. 124).

2.3.2 Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt und der Zerfall sozialer Beziehungen

Die Kategorien des Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt und des Zerfalls sozialer Beziehungen haben sich als zentral erwiesen, um das Phänomen der sozialen Exklusion zu erklären. Die Verknüpfung dieser wird anhand Castels Zonen-Modell deutlich. Castel unterscheidet anhand der Achsen der Integration durch Arbeit und der Dichte der Integration in den Beziehungsnetzwerken der Familie und der Gemeinschaft drei Zonen sozialer Kohäsion voneinander: die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit und die Zone der Entkopplung (Castel 2008, S. 13). Dabei sind die Übergänge zwischen diesen Zonen als fließend anzusehen. Castel beschreibt, dass eine gute Eingebundenheit auf der einen Achse eine schlechte Stellung auf der anderen kompensieren könne (ebd., S. 361). Die Folgen des Arbeitsplatzverlustes können daher von einem guten sozialen Netz abgefangen werden. Die Zone der Integration zeichnet sich durch ein sicheres Beschäftigungsverhältnis und eine gute Einbindung in soziale Bindungen aus. Diese Zone schrumpft jedoch zunehmend. In der Zone der Verwundbarkeit finden sich jene Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Castel beschreibt diese als „instabile Zwischenzone“ (Castel 2008, S. 13). Sie ist durch heterogene Beschäftigungsformen, zu denen beispielsweise Leih- und Zeitarbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit oder befristete Arbeitsstellen zählen, gekennzeichnet. In der Zone der Entkoppelung findet man Menschen, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind und zudem einen Mangel an sozialen Beziehungen haben. Wie Dörre gezeigt hat, können sich diese Zonen zudem noch weiter unterteilen lassen (Dörre 2009).

Auch wenn eine gutes Eingebundensein auf der einen Achse eine schlechte Integration auf der anderen Achse ausgleichen kann, wird hier sichtbar, dass die Kategorien des Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt und des Auflösens von sozialen Beziehungen miteinander zusammenhän-

gen (Castel 2008, S. 361). Dies wird unter Rückgriff auf Durkheims Konzept von organischer Solidarität begründet. Durkheim beschreibt in seinem Werk „Über soziale Arbeitsteilung“ (1992 [1893]), dass die organische Solidarität im Gegensatz zur mechanischen Solidarität, die aus der Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder resultierte, einen auf sozialer Arbeitsteilung beruhenden Zusammenhalt der Gesellschaft darstellt. Nach Castel bietet daher die Einbindung in eine stabile Erwerbsarbeit eine zentrale Quelle der Vergesellschaftung von Individuen, während das Prekärwerden der Erwerbsarbeit dazu führt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet (Castel 2008).

2.3.3 Soziale Exklusion als gesellschaftliche Teilhabe

Ein weiterer wichtiger Teilbereich im Konzept der sozialen Exklusion, vor allem aus Sicht der französischen Ungleichheitsforschung, stellt die Berücksichtigung nicht nur des Verlustes sozialer Beziehungen sondern auch der Partizipation am gesellschaftlichen Leben dar (Kronauer 2002, S. 45). Zentral ist hierbei die Vorstellung und Verteilung von Lebenschancen hinsichtlich der Ökonomie, der kulturellen Teilhabe, der Teilhabe in Institutionen, der Vergabe von Rechten und der Qualität, nicht nur die Quantität, von sozialen Beziehungen (Dubet und Lapeyronnie 1994; Paugam 2004; Wacquant 1996). Die fehlende Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe kann sich beispielsweise in dem Gefühl äußern, dass man abgehängt sei, dass ein in der Gesellschaft als angemessen empfundener Lebensstil nicht aufrechterhalten werden kann, oder auch, dass sich Personen aufgrund von Diskriminierung aus dem gesellschaftlichen Leben zurückziehen. Diese Partizipationsmöglichkeiten sind vor allem institutionell vermittelt, weswegen der Staat hier insbesondere in die Verantwortung genommen wird (Kronauer 2002, S. 45f.). Wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe ist daher der Bürger*innenstatus (ebd., S. 46). Auf die Bedeutsamkeit von Staatsbürgerschaft (citizenship) im Sinne der Herausbildung bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte, und somit sozialer Partizipation, weist bereits Thomas H. Marshall (1987) hin. Er beschreibt wie die Rechte Schritt für Schritt erst um Bürgerrechte, dann auf politische Rechte und schließlich auf soziale Rechte ausgeweitet wurden und stufenartig aufeinander aufbauen (ebd., S. 8ff.). In der Gewährung sozialer Rechte wäre somit die gesellschaftliche Teilhabe gesichert (Kronauer 2002, S. 91). Die neue Dimension des Ausgrenzungsproblems wird nach Kronauer hier deutlich: Obwohl Personen formal über die notwendigen sozialen Rechte verfügen, können sie nicht im vollen Umfang am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, da sie nicht in Erwerbsarbeit eingebunden sind (ebd., S. 96).

2.3.4 *Exklusion und Underclass*

Ein der sozialen Exklusion nicht unähnlichen Diskurs stellt die Debatte um das Konzept der Underclass dar (Harrysson und O'Brien 2007, S. 25; Kronauer 2002). Obwohl Definitionen auch hinsichtlich des Underclass-Konzepts variieren, sind die meisten denen Macdonalds ähnlich. Ihm zufolge lässt sich Underclass verstehen als

“a social group or class of people located at the bottom of the class structure who, over time, have become structurally separate and culturally distinct from the regularly employed working-class and society in general through processes of social and economic change (particularly de-industrialisation) and/or through patterns of cultural behaviour, who are now persistently reliant on state benefits and almost permanently confined to living in poorer conditions and neighbourhoods” (Macdonald 1997, S. 3f.).

Bei der Underclass handelt es sich demnach um eine Gruppe von Personen, die am untersten Ende der sozialen Hierarchie stehen, die von Armut und Erwerbslosigkeit betroffen sind und sich strukturell und kulturell von den „anständigen“ Arbeiter*innen unterscheiden.

Der kulturelle Unterschied wird in der verhaltensorientierten Auslegung des Underclass-Begriffes betont (Kronauer 2002, S. 58). Murray (1996), der bekannteste Vertreter der konservativen Sichtweise auf Underclass, stellt eine zunehmende Zersetzung traditioneller Familien als „Festpunkt“ der Underclass fest und gibt vor allem dem Wohlfahrtsstaat die Schuld daran. Er argumentiert, dass großzügige Sozialleistungen vor allem für unverheiratete Mütter „perverse“ Anreize dafür setze, alleinerziehend zu sein oder unverheiratet zu bleiben und lieber Leistungen zu beziehen als einer Erwerbsarbeit nachzugehen, was nicht nur zur Auflösung traditioneller Vorstellungen von Familien führe, sondern auch zu einem Anstieg an Erwerbslosigkeit und zu einer größer werdenden Last für den Staat (Murray 1996, S. 118–123). Demgegenüber steht eine strukturorientierte Lesart, der unter anderem Wilson (1987, 1991) und Field (1989) zuzuordnen sind und in der die Umstände derjenigen, die der Underclass zuzuschreiben sind, in den Fokus gesetzt werden. Aus dieser Sicht wird das Aufkommen der Underclass als ein Resultat des sozialen und ökonomischen Wandels verstanden (Macdonald 1997, S. 6). Darin ähnelt die strukturorientierte Perspektive auf die Underclass jener der sozialen Exklusion. Die kulturellen Besonderheiten im Ghetto werden so im Kontext der Organisation der Wirtschaft, der demographischen Veränderung und im politischen Rahmen gesetzt (Wilson 1987, S. 18).

Obwohl sich hierin die Wissenschaftler*innen uneins sind, kann man davon ausgehen, dass die Forschung um Underclass und sozialer Exklusion dem gleichen gesellschaftlichen Problem widmet. Ähnlich wie bei dem Konzept der sozialen Exklusion fokussiert sich der Under-

class-Begriff auf Veränderungen in der Erwerbsarbeit und ihre Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse in westlichen Industriegesellschaften (Kronauer 2002, S. 71). Tatsächlich unterscheidet die beiden Begriffe hauptsächlich eine verschiedene Tradition im europäischen und US-amerikanischen Armutsdiskurs voneinander, wobei sich der Begriff der Underclass auf eine individualistisch-funktionalistische Tradition im Hinblick der Betrachtung des Wohlfahrtsstaates bezieht, während der Begriff der sozialen Exklusion auf das Gewähren sozialer Rechte und das Integrationspotential im Wohlfahrtsstaat abzielt (Böhnke 2006, S. 52). Ein weiterer wichtiger Unterschied stellt die unterschiedliche Darstellung des Drinnen-Draußen-Gegensatzes dar. Während die Ausschließung in der sozialen Exklusion aus dem inneren der Gesellschaft resultiert, geht es im Diskurs um die Underclass vermehrt um die Reproduktion des Ausschlusses durch diejenigen, die „unten“ sind (Kronauer 2002, S. 71). In beiden Konzepten sind die Dimensionen des Ausschlusses aus der Erwerbsarbeit, des Auflösen sozialer Beziehungen und des Problems, dass die betroffenen Personen nicht mehr in einem angemessenen Maß am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, zentral (ebd., S. 71). Kronauer hat diese drei Dimensionen zusammengeführt und somit eine konzeptuelle Vorstellung des Exklusionsbegriffs entwickelt, dass sich im Vergleich zu anderen Exklusionsbegriffen sehr gut in eine empirische Arbeit integrieren lassen kann, ohne allzu viel von ihrer Komplexität einzubüßen. Dazu schöpfte er sowohl aus den Theorien zur sozialen Exklusion als auch der Underclass. Dieses Konzept wird nun detailliert vorgestellt.

2.3.5 Kronauers Zusammenführung als Interdependenz und Partizipation

Ausgehend von den oben dargestellten Konzepten und theoretischen Überlegungen entwickelt Martin Kronauer einen Überblick über die Dimensionen des Konzeptes der sozialen Exklusion, indem er zwei Modi der gesellschaftlichen Zugehörigkeit, die aufeinander Bezug nehmen, voneinander unterscheidet: denjenigen, der durch Interdependenz vermittelt wird und denjenigen, der durch Partizipation vermittelt wird (Kronauer 2002, S. 151ff.). Diesen Modi können drei Momente des Problems der Exklusion zugeordnet werden, wobei es sich um die Marginalisierung am Arbeitsmarkt und die Einschränkung der sozialen Beziehungen, die dem ersten Modus der gesellschaftlichen Zugehörigkeit zuzuordnen sind, und den Ausschluss von Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlich anerkannten Lebenschancen, der dem zweiten Modus zuordenbar ist, handelt. Die Partizipation ist an die Wahrnehmung sozialer Rechte geknüpft und lässt sich zudem erneut in die drei Dimensionen der materiellen, politisch-institutionellen und kulturellen Teilhabe unterteilen. Alle Dimensionen sollen im Folgenden kurz charakterisiert werden.

Zentral für die Untersuchung von sozialer Exklusion ist nach Kronauer der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit, obwohl dieser nicht zwangsläufig zu sozialer Ausgrenzung führen muss. Neben Erwerbsarbeit können auch andere Tätigkeiten, wie etwa eine Ausbildung zu machen oder sich daheim um die Familie und den Haushalt zu kümmern, zur Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung beitragen. Auch im Falle des Ruhestandes wird der Ausschluss aus Erwerbsarbeit sozial aufgefangen. Soziale Ausgrenzung droht dagegen, wenn der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit mit einem Statusverlust einhergeht, was vor allem für junge Erwerbslose und Langzeiterwerbslose gilt. Arbeitsmarktrisiken verschärfen sich zunehmend und sind zudem ungleich verteilt. Insbesondere Personen, die bereits Erfahrungen mit Erwerbslosigkeit gemacht haben, sowie jene, die eine schlechtere Stellung am Arbeitsmarkt haben, wie beispielsweise Migrant*innen oder Geringqualifizierte haben ein erhöhtes Risiko, erwerbslos zu werden, was bereits bestehende Ungleichheiten zuspitzt. Weiterhin beschreibt Kronauer die zeitliche Komponente des Statusverlusts der sozialen Ausgrenzung. Die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf den Statusverlust sind verringert, wenn eine erneute Beschäftigung in Aussicht steht und wenn eigene Vorstellungen in die Stellensuche einfließen können. Demgegenüber ist die Dauer der Erwerbslosigkeit entscheidend für die Chance des Wiedereinstieges in den Arbeitsmarkt. Ein wichtiger Faktor ist auch die Lebensphase, in der die Erwerbslosigkeit erlebt wird. So wird sie unterschiedlich empfunden und unterschiedlich mit ihr umgegangen, je nachdem, ob sie bereits in der Jugend oder erst im Alter erfahren wird. (Kronauer 2002, S. 156–168)

Bezüglich der Dimension des Ausschlusses aus sozialen Netzen bemerkt Kronauer, dass diese sich als Vereinzelung oder auch als Konzentration der Beziehungen mit Personen in der gleichen Situation äußern kann. Dabei ist die Zusammensetzung, Reichweite und Art der sozialen Beziehungen bei der Arbeitsstellensuche sowie bei dem Erhalt informeller Unterstützung essenziell. Isolation hat dagegen negative Auswirkungen auf die soziale Identität der Betroffenen. Die Einschränkung der sozialen Netze, die sowohl über eine Homogenisierung als auch eine Verminderung der Anzahl an Kontakten erfolgen kann, ist dabei eng mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt verbunden. Hierbei zeigt sich, dass die Qualität der Beziehungen vor Eintreten einer Krise, wie der Erwerbslosigkeit, entscheidend ist. Während Personen, die sich in einem stabilen sozialen Umfeld befinden, größere Chancen haben, durch dieses in eine neue Erwerbsarbeit vermittelt zu werden, laufen vor allem Alleinlebende Gefahr, zu vereinsamen. Andere soziale Kontakte verringern sich, da der Bezugsrahmen der Erwerbsarbeit wegfällt: So trifft man sich beispielsweise mit Eintreten der Erwerbslosigkeit nicht mehr mit früheren Arbeitskolleg*innen. (Kronauer 2002, S. 168–175)

Kronauer beschreibt Armut nicht als ein persönliches Merkmal, sondern als ein gesellschaftliches Verhältnis. Sie wird heute nicht mehr lediglich an konkreten Überlebenschancen gemessen, sondern an Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlich erreichten Lebensstandard. Voraussetzung dafür sind gesellschaftlich geteilte Vorstellungen darüber, was ein angemessener Lebensstandard ist. Erst durch diese geteilten Vorstellungen bedeutet die Unfähigkeit an ihm teilzunehmen, nicht einfach nur einen Mangel, sondern ein Ausschlussrisiko. Als besonders geeignet für die Betrachtung von ausgrenzender Armut beschreibt Kronauer daher das Konzept der materiellen Deprivation. Besonders der Verlust des Arbeitsplatzes und eine den Status nicht erhaltende Erwerbslosigkeit erhöhen das Armutsrisiko. Jedoch laufen nicht nur Erwerbslose Gefahr, von materieller Teilhabe ausgeschlossen zu sein, wie im Phänomen der *working poor* deutlich wird. Andererseits bedeutet Armut nicht automatisch Exklusion. Kronauer betont hier die Relevanz der biographischen und zeitlichen Komponente. So ist Armut viel besser auszuhalten, wenn abzusehen ist, dass sie bald vorübergeht. Bedeutsam sind daher Bildungsunterschiede. Während Personen mit hoher Bildung häufig nur zur Zeit ihrer Ausbildung und vor dem Eintritt ins Berufsleben armutsgefährdet sind, ist Armut für Menschen mit niedrigem oder keinem Bildungsabschluss eine langfristige Gefahr. Weiterhin tritt Armut in unterschiedlichen sozialen Situationen mehr oder weniger in den Vordergrund und wird daher unterschiedlich erfahren. Schmerzhaft Konfrontationen, die nicht nur die Person selbst, sondern auch ihre Kinder betreffen, sind beispielsweise teure Klassenfahrten. Eine Strategie der Betroffenen, die Demütigung der Offenlegung der eigenen Armut zu vermeiden, ist sich selbst aus Situationen, wie zum Beispiel dem Austausch von Geschenken, zurückzuziehen, was zu sozialer Isolierung führen kann. (Kronauer 2002, S. 175–182)

Ein Beispiel für den Ausschluss aus politischen Institutionen nach Kronauer ist die Verweigerung des Wahlrechts für Nicht-Staatsbürger*innen. Eine andere Möglichkeit der politisch-institutionellen Ausgrenzung findet sich in der Erosion des Umfangs und der Qualität von gewährten sozialen Schutzrechten. Dies ist etwa bei der Regulierung des Zugangs zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen der Fall. Als dritte Form politisch-institutioneller Exklusion beschreibt Kronauer die Unfähigkeit, bestimmten Bevölkerungsgruppen soziale Teilhabe zu vermitteln. Das wird vor allem in der Sicherung von Erwerbslosen und in Institutionen der Bildung deutlich. In modernen Gesellschaften findet somit Ausschluss meist nicht mehr durch Verweigerung des Zugangs zu Institutionen, sondern paradoxerweise durch die Inklusion in die Institutionen statt. Während für den Großteil der kurzfristig Erwerbslosen die Arbeitslosenversicherung ihren Zweck der Absicherung vor Risiken des Arbeitsmarktes erfüllt, sind für Langzeiterwerbslose spätestens mit dem Verfall des Versicherungsschutzes und der Abhän-

gigkeit von Sozialhilfe die Leistungen mit einem Statusverlust und einer zunehmenden Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt verbunden. Ein solcher Statusverlust geht mit dem Gefühl einher, von politischen Institutionen im Stich gelassen zu werden und führt zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung. Allein das Gefühl eines drohenden Statusverlust führe zudem dazu, sich vermehrt rechten Parteien zuzuwenden. (Kronauer 2002, S. 183–193)

Kronauer verwendet das Konzept der kulturelle Teilhabe und nicht jenes der Kultur der Armut, das Berührungspunkte mit der Underclass-Debatte hat, da eine eigenständige Kultur der Armut letztlich „nicht mehr als eine Reihe zentraler Armuts- und Deprivationsindikatoren sowie eine genaue und sensible Beschreibung von charakteristischen Reaktionen und Bewältigungsstrategien“ (Kronauer 2002, S. 195) darstelle. Zudem fänden sich kaum empirische Befunde, die die These der Kultur der Armut stützen würden. Kulturelle Ausgrenzung bedeutet nach Kronauer, dass Erwerbslose und Arme die geteilten in der Gesellschaft verbreiteten Lebensziele nicht verwirklichen können. Erwerbslose, vor allem Langzeiterwerbslose, meiden daher Situationen, in denen sie mit ihrer eigenen Erwerbslosigkeit konfrontiert werden, wozu beispielsweise Begegnungen mit Personen, denen gegenüber sie sich aufgrund ihrer Erwerbslosigkeit (selbst) rechtfertigen müssen, gehören. Denn gerade die geteilten Vorstellungen eines guten Lebens, bieten Anlass der Kränkung und des Ausschlusses von Personen, die diesen Vorstellungen nicht gerecht werden können. Vor allem ein guter sozialer Rückhalt kann dabei helfen, dass Betroffene mit ihrer Situation, kulturelle Ziele nicht erreichen zu können, besser zurechtkommen. (ebd., S. 193-204)

Die materielle Teilhabe offenbart sich also an einem in der Gesellschaft als angemessen bezeichneten Lebensstandard, wobei sich politisch-institutionelle Teilhabe durch Statusgleichheit und der Nutzung und dem Zugang zu Rechten und Institutionen zeigt, und kulturelle Teilhabe anhand der Chancen zur Umsetzung der individuellen und gesellschaftlich anerkannten Ziele der Lebensführung deutlich wird (Kronauer 2002, S. 152). Eine Übersicht über die Einteilung der Modi der Zugehörigkeit finden sich in Tabelle 1.

Tabelle 1: Modi der Zugehörigkeit nach Kronauer

Modi der Zugehörigkeit	Interdependenz	Partizipation
Interne Dimensionen	Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung	Materielle Teilhabe
	Einbindung in soziale Netze	Politisch-institutionelle Teilhabe
		Kulturelle Teilhabe

Quelle: Kronauer 2002, S.153

Interdependenz und Partizipation beeinflussen sich gegenseitig und sind zudem miteinander verschränkt. Beispielsweise kann eine fehlende Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu einem niedrigeren Einkommen führen, welches die materielle und kulturelle Teilhabe behindert. Menschen, die von Armut betroffen oder zumindest gefährdet sind, haben so häufig einfach nicht die finanziellen Mittel, um sich das Ticket für Konzerte oder den Museumsbesuch zu leisten.

2.4 Fazit: Ein Arbeitsbegriff für soziale Exklusion

In diesem Kapitel der Arbeit wurde die Entstehung und Weiterentwicklung des Exklusionsbegriffes beleuchtet sowie die ungleichheitstheoretische von der systemtheoretischen Perspektive auf Exklusion unterschieden. Wichtige Erkenntnisse für die weitere Arbeit mit dem Konzept der sozialen Exklusion sollen hier noch einmal zusammengefasst werden. So zeigte sich, dass der Exklusionsbegriff den französischen Debatten um die „neue soziale Frage“ entstammt. Er hebt sich von dem Armutsbegriff ab, indem er vermehrt die Folgen eines sozialstrukturellen Wandels in den Fokus stellt (Böhnke 2006, S. 13).

Bei sozialer Exklusion handelt es sich also um ein dynamisches, multidimensionales, relationales Phänomen, das sich im Zentrum der Gesellschaft, und nicht an seinen Rändern, abspielt. Der in aller Kürze vorgestellte systemtheoretische Exklusionsbegriff wird aus folgenden Gründen als Grundlage für diese Arbeit abgelehnt: Erstens lässt die systemtheoretische Perspektive keine Bewertung von Ausschlussprozessen zu, während in dieser Arbeit soziale Exklusion bewusst problematisiert wird. Weiterhin wird die spezielle historische Situation betont, die Exklusionsrisiken, wie sie hier behandelt werden, hervorbrachte. Nicht zuletzt sollen zudem Erwerbslosigkeit und Armut, als Vermittler von gesellschaftlicher Teilhabe, hier eine außerordentliche Position eingeräumt werden (Kronauer 2002, S. 135).

3 Wohlfahrtsstaaten und die Sicherung von Erwerbslosen

Die Erforschung von Wohlfahrtsstaaten hat in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen eine lange Tradition. In diesem Kapitel soll zuerst ein Arbeitsbegriff des Wohlfahrtsstaates erarbeitet werden, wobei die Nutzung der Begriffe Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat erklärt und die Funktionen des Wohlfahrtsstaates umrissen werden. Im Anschluss daran werden verschiedene Typen von Wohlfahrtsstaaten vorgestellt, wobei insbesondere die Typologisierungen nach Esping-Andersen und die Typologisierung in Regime der Arbeitslosenunterstützung von Gallie und Paugam vorgestellt werden. Daraufhin soll es konkreter um die tatsächliche Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen in Europa gehen und diese in ihrer historischen Entwicklung dargestellt werden.

3.1 Der Wohlfahrtsstaat – Definition und Funktion

Das Konzept des Wohlfahrtsstaates unterliegt, ähnlich dem der sozialen Exklusion, keiner einheitlichen Definition. Zudem ist es nicht immer eindeutig, welche Politikfelder ihm überhaupt zuzuordnen sind, da er in unterschiedlichen Ländern historisch verschieden verstanden wurde und noch immer wird (Schmid 2010, S. 43). So wird im englischsprachigen Raum auch die Bildungspolitik zum Wohlfahrtsstaat gezählt, während sich der Diskurs im deutschsprachigen Raum auf den Verlust von Arbeitskraft und Einkommen konzentriert (ebd., S. 43). Ähnlich ambivalent verhält es sich mit der Abgrenzung der Begriffe Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat, die oft konzeptionell getrennt oder aber bedeutungsgleich verwendet werden. Franz-Xaver Kaufmann beschreibt den Unterschied in der Nutzung der Begriffe Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat darin, dass ersterer eher in den Politik- und Rechtswissenschaften und zweiterer in den Sozialwissenschaften verwendet wird (Kaufmann 1997, S. 21). Er geht davon aus, dass Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat Begriffe für die gleiche Form gesamtgesellschaftlicher Entwicklung seien, die jedoch national variieren (ebd., S. 21). Im deutschen alltäglichen Sprachgebrauch ist der Begriff des Sozialstaates verbreiteter als der des Wohlfahrtsstaates, der als eher negativ behaftet beschrieben wird (ebd., S. 21). In Anlehnung an den internationalen Diskurs um den *welfare state* wird jedoch auch im deutschsprachigen Raum vermehrt auf den Begriff des Wohlfahrtsstaates zurückgegriffen.

Auf folgende häufig zitierte Definition von Harry Girvetz (1968) greift auch Kaufmann zurück: „Der Wohlfahrtsstaat ist der institutionelle Ausdruck der Übernahme einer legalen und damit formalen und ausdrücklichen Verantwortung einer Gesellschaft für das Wohlergehen ihrer Mitglieder in grundlegenden Belangen“. (Girvetz 1968, S. 512; zitiert nach Kaufmann 1997, S. 21). Im Gegensatz dazu beschreibt Esping-Andersen den Wohlfahrtsstaat so: „The welfare state is not just a mechanism that intervenes in, and possibly corrects, the structure of inequality; it is, in its own right, a system of stratification. It is an active force in the ordering of social relations.“ (Esping-Andersen 1990, S. 23). Während Girvetz also die Verantwortung der Gesellschaft in den Vordergrund stellt, betont Esping-Andersen strukturelle Ungleichheiten und die Möglichkeit der Neuordnung sozialer Verhältnisse. Der Wohlfahrtsstaat bietet nicht nur eine soziale Absicherung der Bürger*innen, in ihm liegt vielmehr das Potential, Handlungen und Interaktionsorientierungen der Bürger*innen mitzugestalten, ihnen soziale Rollen und Positionen zuzuweisen, sowie diese in Beziehung zu setzen (Lessenich 2008a, S. 485). Damit kann er als Instanz der Vergesellschaftung verstanden werden, die durch eine gleichzeitig ablaufende Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung sozialer Beziehungen gekennzeichnet ist (Lessenich 2008a, S. 485). Nahezu alle gesellschaftlichen Lebensbereiche sind von ihm beeinflusst. Damit ist der Wohlfahrtsstaat ein idealtypisches Beispiel einer strukturierenden Struktur (Lessenich 2012, S. 13). Gleichzeitig ist der Wohlfahrtsstaat aber auch eine strukturierte Struktur, da er nicht nur selbst Einfluss auf die sozialen Verhältnisse nimmt, sondern gleichzeitig selbst Gegenstand von sozialen Einflüssen ist (ebd., S. 15).

Bei der Auffassung des Wohlfahrtsstaates anhand seiner Funktionen in der sozialen Sicherung seiner Bürger*innen darf zudem nicht darüber hinweggesehen werden, dass Wohlfahrtsstaaten nicht ausschließlich Teilhabechancen hervorbringen, gesellschaftliche Integration fördern und Sicherung in prekären Lebenslagen bieten, sondern dass sie auch neue Ungleichheiten schaffen und alte verfestigen, soziale Exklusion produzieren und zur Disziplinierung und Kontrolle von Individuen herangezogen werden können (Lessenich 2008a, S. 483, 2012, S. 27f.). Diese Vorstellung als zwiespältiges Wesen ist nötig, um den modernen Wohlfahrtsstaat, seine Ausgestaltung und Wirkungen, zu verstehen (Lessenich 2012, S. 28).

Zusammenfassend lässt sich bezüglich des Wohlfahrtsstaates also sagen, dass er gleichzeitig gesellschaftlich strukturierend tätig ist und selbst strukturiert wird. Zudem zeichnet er sich dadurch aus, dass er sowohl ein Ort der Solidarität und Hilfe als auch eine Instanz sozialer Steuerung und Disziplinierung sein kann (Lessenich 2012, S. 28). Dabei ist zu bemerken, dass es den einen Wohlfahrtsstaat natürlich nicht gibt, sondern sich Wohlfahrtsstaaten voneinander

stark unterscheiden können. Die Abweichungen in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten ergeben sich dabei aus unterschiedlichen politischen Machtverteilungen in den Ländern, unterschiedlichen Herausforderungen und Problemen in ihren historischen Zeitpunkten und unterschiedlichen institutionellen Entscheidungen in der Vergangenheit (Schmid 2010, S. 46). Im Folgenden sollen Typisierungen von Wohlfahrtsstaaten vorgestellt werden, die für die Analyse und Auswertung der Ergebnisse der Masterarbeit als nützlich erscheinen.

3.2 Modelle der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung

Modelle von unterschiedlichen Systemen von Wohlfahrtsstaaten sind ein wichtiges Mittel, um internationale Vergleiche anzustellen. Das bekannteste und am häufigsten rezipierte Beispiel für eine Typenbildung von Wohlfahrtsstaaten stellen Esping-Andersens Regime in „The three world of welfare capitalism“ dar (Esping-Andersen 1990). Im folgenden Abschnitt soll sein Modell, dessen Weiterentwicklung und Kritik daran vorgestellt werden. Schließlich soll auf die Typisierung von Gallie und Paugam eingegangen werden, die sich explizit mit Systemen von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen im Falle von Erwerbslosigkeit auseinandergesetzt haben.

3.2.1 *Esping-Andersens Welten des Wohlfahrtskapitalismus*

Obwohl Gösta Esping-Andersens Modell der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus bereits über drei Jahrzehnte alt ist, ist es noch heute unter Sozialwissenschaftler*innen populär. Esping-Andersens unterscheidet in seinem Werk die drei Typen des liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Diese Unterscheidung macht er anhand von zwei Hauptprinzipien fest.

Erstens muss die Bereitstellung von sozialen Rechten und damit der Grad der Dekommodifizierung der Arbeitskraft berücksichtigt werden. Esping-Andersen definiert Dekommodifizierung in Anlehnung an Polanyi. Dieser beschreibt erstmals in „The Great Transformation“ (2021 [1944]) das Konzept der „fiktiven Ware Arbeitskraft“. Arbeitskraft sei demnach eine fiktive Ware, da Waren für ihn Objekte sind, die zum Zweck des Verkaufs auf dem Markt produziert werden, was nicht auf die Arbeitskraft zutrifft. Da dennoch so gehandelt wird, als sei der Arbeitsmarkt ein Markt und die Arbeitskraft eine Ware, spricht er von einer „fiktiven Ware“. Durch das Einrichten von Institutionen des Arbeitsmarktes können Statusrechte von Arbeitenden errichtet werden und so der Warencharakter der Arbeitskraft eingegrenzt werden,

was Polanyi als „Gegenbewegung der Gesellschaft“ und Esping-Andersen als Dekommodifizierung bezeichnet. Dekommodifizierung wird daher definiert als „the degree to which individuals or families can uphold a socially acceptable standard of living independently of market participation“ (Esping-Andersen 1990, S. 37). Hinsichtlich der Unterstützung von Erwerbslosen umfasst der Dekommodifizierungsindex Esping-Andersens die Nettoersatzrate für einen*n durchschnittliche*n Arbeiter*in in den ersten 26 Wochen der Erwerbslosigkeit, die Anzahl an Wochen in Beschäftigung, die für die Zahlung der Leistungen vorausgesetzt werden, die Anzahl an Tagen vor Beginn der Zahlungen, sowie der Anzahl an Wochen, die die Leistungen erhalten werden können sowie der Prozentsatz an Erwerbslosen, die Leistungen überhaupt beziehen. Berücksichtigt wurden weiterhin, ob es eine Bedürftigkeitsprüfung gibt (ebd., S. 54). Gray merkt dazu an, dass heutzutage, aufgrund des Umbaus der Wohlfahrtsstaaten seit den 1990er Jahren, weitere Dimensionen der Dekommodifizierung, etwa Auflagen für den Leistungserhalt, wie beispielsweise Anforderungen an die Stellensuche, Berücksichtigung finden müssten (Gray 2004, S. 17).

Zweitens bedarf es einer Betrachtung der Wirkung des Wohlfahrtsstaates auf die soziale Stratifikation (Esping-Andersen 1990, S. 23). Wie bereits im Kapitel 3.1 erläutert wurde, ist der Wohlfahrtsstaat nicht nur eine Institution sozialer Sicherung, sondern weist zudem Personen Rollen und Positionen zu. Esping-Andersen beschreibt den Wohlfahrtsstaat als eine Schlüsselinstitution hinsichtlich der Strukturierung von Klasse und sozialer Ordnung (ebd., S. 55). Ähnlich wie beim Grad der Dekommodifizierung berechnet er auch für dieses Kriterium Indexe. Er konstruiert drei verschiedene Indexe hinsichtlich konservativer, liberaler und sozialistischer Attribute. Um den Index für konservative Attribute aufzustellen, greift er auf die Merkmale der Anzahl an beruflich getrennten Rentenversicherungsanstalten sowie die Ausgaben für Pensionen an Staatsbedienstete in Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurück. Der Index für liberale Attribute beruht auf den Variablen der Ausgaben an Leistungen mit Bedürftigkeitsprüfung als Anteil der gesamten Ausgaben an Sozialleistungen sowie des Anteils von Ausgaben für private Pensionen an allen Pensionsausgaben. Für den Index an sozialistischen Attributen werden schließlich der Grad des Universalismus, gemessen am Anteil der potenziell Betroffenen, die von den jeweiligen Programmen abgedeckt sind, und die Differenz zwischen der durchschnittlichen und der maximalen Höhe an Leistungen herangezogen (ebd., S. 69ff.). Dabei kommt Esping-Andersen zu dem Ergebnis, dass sich aus der Analyse der Länderdaten Regimecluster bilden lassen (ebd., S. 76). Diese Regimecluster, wobei es sich um den liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat handelt, sollen nun vorgestellt werden.

Liberalen Wohlfahrtsstaaten zeichnen sich dadurch aus, dass Sozialleistungen häufig einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegen und es eher geringe universale Transferzahlungen und Leistungen der Sozialversicherungen gibt. Dekommodifizierungseffekte sind sehr gering in diesem Typ ausgeprägt. Vor allem der Markt aber auch die Familie sollen stattdessen mithilfe privater Wohlfahrtsangebote die geringen staatlichen Transferleistungen ausgleichen. Die Anforderungen für den Erhalt von Leistungen sind streng und oft mit Stigmatisierung verbunden. Gleichzeitig wird der Markt vom Staat gefördert, was entweder passiv durch die geringe Höhe der Leistungen oder aktiv durch die Subventionierung privater Versicherungssysteme geschieht. Daraus folgt, dass Empfänger*innen staatlicher Leistungen eine relative Gleichheit in ihrer Armut erleben, während die Mehrheit der Bevölkerung auf private Versicherungssysteme zurückgreift, was zu einem klassenpolitischen Dualismus führt. Zu diesem Typen zählt Esping-Andersen insbesondere die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien (Esping-Andersen 1990, S. 26f.)

In konservativen Wohlfahrtsstaaten ist die Dekommodifizierung der Arbeitskraft zwar stärker ausgeprägt als in liberalen Wohlfahrtsstaaten, jedoch sind diese stark auf den Erhalt von Statusunterschieden ausgelegt, weshalb die Umverteilungswirkung dieses Typen sehr gering ist. Private Versicherungsleistungen spielen bei diesem Typen nur eine untergeordnete Rolle. Da konservative wohlfahrtsstaatliche Regime häufig stark von der Kirche beeinflusst werden oder wurden, wird traditionellen Familienrollen ein wichtiger Platz eingeräumt, weswegen der Staat in Bereichen die das Familienleben betreffen, etwa der Kinderbetreuung, wenig eingreift. Als Beispiele für diesen Typen nennt Esping-Andersen Österreich, Frankreich, Deutschland und Italien. (Esping-Andersen 1990, S. 27)

Sozialdemokratische Regime sind dagegen universalistisch und Dekommodifizierungseffekte sind hier am stärksten ausgeprägt. Anstatt nur die grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen, soll hier ein gleicher Standard und gleiche Rechte für alle gesichert werden. Diese gleichen Rechte beschränken sich nicht wie in anderen Regimen auf Personen, die den Mindeststandard bekommen, sondern sind auch auf die Mittelschicht ausgeweitet. Der Regimetyp heißt sozialdemokratisch, da die Sozialdemokratie als die treibende Kraft hinter den Reformen gesehen wird. Alle Personen sind in einem einheitlichen Sozialversicherungssystem eingebunden, jedoch ist die Leistungshöhe gestaffelt nach dem früheren Verdienst. Private Versicherungsleistungen spielen keine Rolle. Esping-Andersen findet für diesen Typen keine Staaten, die ihm in ihrer Reinform nahekommen. Dennoch schließt er, dass die skandinavi-

schen Länder mehrheitlich sozialdemokratisch sind, obwohl in ihnen auch liberale Regimeelemente zu finden sind. (Esping-Andersen 1990, S. 27f.)

3.2.1.1 Kritik an den „drei Welten“ und deren Weiterentwicklung

Obwohl Esping-Andersens drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus dreißig Jahre nach seinem ursprünglichen Erscheinen auch heute noch viel rezipiert und genutzt wird, muss für ein umfängliches Bild auch die Kritik an dieser Typologie betrachtet werden. Wie Esping-Andersen später selbst eingestehen musste, war seine ursprüngliche Typologie „[...] too narrowly based on income-maintenance programmes, too focused on only the statemarket nexus, and too one-dimensionally built around the standard male production worker“ (Esping-Andersen 1999, S. 73). Die Kritik am Modell der „drei Welten“ und dessen Weiterentwicklung wird im Folgenden vorgestellt.

Einerseits wurde beanstandet, dass die Typologie bestimmte Ländergruppen nicht berücksichtige. Vor allem wurde kritisiert, dass den südeuropäischen Ländern kein eigener Typ zugeordnet wurde (Abrahamson 1991; Bonoli 1997; Leibfried 1993; Trifiletti 1999). Dieses Wohlfahrtssystem wird meist als rudimentär (Leibfried 1993; Rhodes 1996, S. 14) oder südeuropäisch (Bonoli 1997; Ferrera 1996; Kammer et al. 2012) beschrieben und ist dadurch gekennzeichnet, dass es nur wenig ausgebaut ist, was auch für den Grad an Dekommodifizierung gilt. Er ist dahingehend ähnlich dem liberalem Wohlfahrtsstaat, da die Rolle der Sozialhilfe als minimale Existenzsicherung betont wird und eine Integration in den Arbeitsmarkt erzwungen wird (Leibfried 1993, S. 141). Das Wohlfahrtssystem dieser Länder baut jedoch auf der Tradition der katholischen Kirche auf und ist zudem von der Dominanz des landwirtschaftlichen Sektors gekennzeichnet (ebd., S. 141f.). Andere Autor*innen finden zudem durch empirische Untersuchungen weitere Idealtypen. Zu nennen ist dabei insbesondere der Typus des radikalen Wohlfahrtsstaates (Castles und Mitchell 1993). Der radikale Typ wurde aufgrund der Kritik entwickelt, dass es zwischen den englischsprachigen Ländern, die Esping-Andersen dem liberalen Typen zugeordnet hatte, massive Unterschiede gibt und diese daher gar keinen einzelnen abgrenzbaren Typen bilden könnten. Der radikale Typ bietet ebenso wie der liberale nur ein geringes Maß an Auszahlungen an die Haushalte, ist dagegen aber von hohen Einkommens- und Gewinnsteuern gekennzeichnet, die eine egalitäre Umverteilung ermöglichen (Castles und Mitchell 1993, S. 106ff.). Umstritten ist weiterhin noch immer, ob es einen oder mehrere neue wohlfahrtsstaatliche Typen in den osteuropäischen Ländern gibt oder ob es sich hierbei um Nachahmungen westlicher Typen handelt (Arts und Gelissen 2012, S. 579).

So finden Castles und Obinger mithilfe von Clusteranalysen einen postkommunistischen¹ Typen (Castles und Obinger 2008, S. 336). Dieser lässt sich zudem in einen baltischen Subtypen und einen osteuropäischen Subtypen aufspalten (ebd., S. 337). Kollmorgen (2009) dagegen kommt zu dem Ergebnis, dass es in Mitteleuropa mehrere unterschiedliche Typen an Wohlfahrtsstaaten gibt, die als „Regime-(Re-)Kombination“ (Kollmorgen 2009, S. 80) zu verstehen seien, da in ihnen verschiedene wohlfahrtsstaatliche Idealtypen vermischt seien. Als postsozialistische Subtypen identifiziert Kollmorgen den neoliberal-sozialdemokratischen Typen, den rudimentär-staatspaternalistischen Typen und den staatsgeleiteten konservativ-korporatistischen Typen (ebd., S. 80f.).

Da es sich bei den „Drei Welten“ um theoretische Konstrukte handelt, kann nicht angenommen werden, dass reale Staaten diesen Idealtypen in einem vollen Umfang entsprechen. Das führt dazu, dass einige Länder nur schwer oder auch gar nicht dieser Typologie zugeordnet werden können. Am Beispiel der Niederlande oder der Schweiz wird das deutlich. Einige Autor*innen kategorisieren solche Länder daher als „Hybridtypen“ (Arts und Gelissen 2002; Kammer et al. 2012; Vrooman 2009, S. 231) oder als undefinierte Systeme (u.a. Ragin 1994; Schröder 2009), wobei es auch hier keine Gruppe an solchen nicht zuordenbaren Ländern gibt, sondern sich abermals die Zuordnung zu den Systemen je nach Autor*in, Untersuchungskriterien und berücksichtigten Politikfeldern unterscheidet². Kritisiert wurde an dem Vorgehen Esping-Andersens auch die Betonung der Dekommodifizierung als Hauptmerkmal für die Einordnung in verschiedene Systeme (Kohl 1993; Rieger 1998). Weitere Kritikpunkte sind eine Institutionenblindheit des Ansatzes, da verschiedene Staatsstrukturen und Wahlsysteme in der Ausprägung des Wohlfahrtsstaates eine Rolle spielen, jedoch von Esping-Andersen nicht berücksichtigt werden, sowie das Ausklammern von konfessionellen Einflüssen auf die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates (Manow 2002).

Die Kritik aus feministischer Sicht betont, dass Esping-Andersen die systematische Berücksichtigung von Geschlechterdimensionen vernachlässige (Becker 1999; Langan und Ostner 1991, S. 130; Trifiletti 1999). Die Autorinnen betonen, dass es wichtig ist, zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Geschlechterkategorien unterschiedliche Beziehungen zu den Prozessen der Kommodifizierung und Dekommodifizierung haben. So müsse bei der Betrachtung der Dekommodifizierung berücksichtigt werden, dass die Arbeitsleistung von Frauen, die keiner

¹ Die Begriffe postkommunistisch und postsozialistisch werden im wissenschaftlichen Diskurs meist synonym verwendet. Verwendet wird in dieser Arbeit der Begriff postsozialistisch.

² Ein guter Überblick über die Typologisierungen von wohlfahrtsstaatlichen Systemen in Anlehnung an Esping-Andersen (1990, 1999) findet sich bei Arts und Gelissen (2012) auf Seite 575 und 576.

Erwerbsarbeit nachgehen, erst gar nicht kommodifiziert wurde, weshalb man auch nicht von Dekommodifizierung sprechen könne (Becker 1999, S. 194f.; Langan und Ostner 1991, S. 130).

3.2.2 *Regime der Sicherung von Erwerbslosen*

Die Unterteilung in *unemployment welfare regimes*, also in Regime der Sicherung von Erwerbslosen, von Duncan Gallie und Serge Paugam (2000) stellt eine weitere interessante Typologisierung von wohlfahrtsstaatlichen Systemen dar, die sich insbesondere auf Unterschiede des Schutzes im Falle von Erwerbslosigkeit richtet und damit für die vorliegende Arbeit besonders relevant ist. Gallie und Paugam unterscheiden den sub-protektiven Typen, den liberalen, beziehungsweise minimalen Typen, den beschäftigungszentrierten Typen und den universalistischen Typen voneinander (ebd., S. 3ff.). Kriterien für diese Differenzierung sind der Anteil der Erwerbslosen, die Leistungen beziehen, die durchschnittliche Höhe von Leistungszahlungen pro Person als Anteil am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Ausgaben an aktiven Beschäftigungsmaßnahmen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes (ebd., S. 7).

Das sub-protektive Regime bietet weniger als ein grundlegendes Level an Sozialleistungen, die zudem nur einem geringen Anteil der Betroffenen zustehen. Zudem gibt es quasi keine aktive Beschäftigungspolitik, worunter Gallie und Paugam hauptsächlich Weiterbildungsmöglichkeiten verstehen. Sie beschreiben, dass es bei dieser Art von Regime zu erwarten sei, dass zahlreiche Erwerbslose unter der Armutsgrenze leben müssen. Zudem sei die Wahrscheinlichkeit von Langzeiterwerbslosigkeit hoch. Zu diesem Regime können vor allem die südeuropäischen Länder gezählt werden. (Gallie und Paugam 2000, S. 5)

Der liberale oder minimale Typ bietet ein höheres Maß an Schutz als der erste Typ, sichert jedoch auch nicht jeden, der von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen ist, ab und bietet nur in einem unzureichenden Maß einen finanziellen Ausgleich. Auch aktive Beschäftigungspolitik findet nur in einem geringen Umfang statt. Die Autoren betonen, dass das Besondere an diesem Typ die dahinterliegende Weltanschauung sei. Anders als beim sub-protektiven Regime, in dem es durch mangelnde Strukturen kaum politische Interventionen gibt, gibt es im liberalen oder minimalen Regime nicht den politischen Willen, Erwerbsarbeitslose besser abzusichern. Von diesen wird vielmehr erwartet, Eigenverantwortung zu übernehmen. In diesem Regime gibt es ein hohes Armutsrisiko für Erwerbslose. Beispiele sind Irland und das Vereinigte Königreich. (Gallie und Paugam 2000, S. 5f.)

Der dritte Typ, das beschäftigungsorientierte Regime, zeichnet sich dadurch aus, dass es einen höheren Schutz und einen höheren finanziellen Ausgleich für Erwerbslose bietet als die beiden vorherigen Systeme. Die aktive Beschäftigungspolitik ist in diesem Regimetyp besser ausgebaut und soll vor allem den Rückzug benachteiligter Gruppen aus dem Arbeitsmarkt verhindern. Ob eine Person jedoch für Leistungen infrage kommt, ist stark abhängig davon, welche Beschäftigungserfahrungen sie vorher gemacht hat. Dieses Regime schafft damit starke Statusunterschiede zwischen Erwerbslosen und benachteiligten Personen, die wenig Arbeitserfahrung haben oder bereits länger erwerbslos sind. Diese beiden Gruppen variieren daher hinsichtlich ihres Armutsrisikos. Frankreich und Deutschland gehören beispielsweise diesem Regime an. (Gallie und Paugam 2000, S. 6)

Das universalistische Regime dagegen schützt alle erwerbslosen Personen, bietet ein sehr hohes Maß an finanziellem Ausgleich und eine sehr ehrgeizige Beschäftigungspolitik. Die Leistungen werden dabei unabhängig vom Beschäftigungsstatus anderer Haushaltmitglieder gewährt. In diesem Regime ist daher zu erwarten, dass Erwerbslose weniger von Armut betroffen sind als in anderen Regimen und weniger von Marginalisierung am Arbeitsmarkt bedroht sind. Zudem erwarten die Autoren, dass es hier zur geringsten Diskriminierung hinsichtlich des Geschlechts oder des Alters kommt. Länder, die diesem Regime zugeordnet werden können, sind zum Beispiel Dänemark oder Schweden. (Gallie und Paugam 2000, S. 6)

Ozkan kritisiert an der Vorgehensweise von Gallie und Paugam, dass die durchschnittliche Höhe von Leistungszahlungen pro erwerbslose Person nicht gut genug zum Verständnis über die Höhe und Bezugsdauer von Leistungen beiträgt (Ozkan 2014, S. 49). Er argumentiert, dass stattdessen die Höhe der Ersatzraten und die Leistungsdauer berücksichtigt werden sollten (ebd., S. 49).

Es ist wichtig, zu bemerken, dass sich die Liste der Modelle wohlfahrtsstaatlicher Typen an dieser Stelle nicht erschöpft. Besonders die Typologie nach Korpi und Palme (1998) ist hierbei zu erwähnen. Da diese aber große Ähnlichkeit mit den Modellen von Gallie und Paugam und Esping-Andersen hat und die europäischen Länder in sehr ähnliche Cluster einteilt, wird auf eine weitergehende Darstellung dieses Modells verzichtet.

3.3 Der institutionelle Rahmen der Erwerbslosenunterstützung

In diesem Abschnitt sollen zuerst die verschiedenen Systeme zur Unterstützung Erwerbsloser dargestellt und voneinander unterschieden werden. Im Anschluss daran wird das Entstehen

von Systemen zur Unterstützung von Erwerbslosen in Europa historisch hergeleitet und darauf aufbauend die heutige Situation dargestellt. Der Fokus wird dabei auf die Krise des Wohlfahrtsstaates und die wachsende Relevanz von aktivierungspolitischen Maßnahmen gelegt, da davon auszugehen ist, dass diese einen bedeutenden Einfluss auf die Ausgestaltung und die Wirkung der Leistungen zur Sicherung von Erwerbslosen hat.

3.3.1 Die soziale Sicherung von Erwerbslosen

Arbeitslosenversicherungen sind nicht die einzigen staatlichen Programme, um den Einkommensverlust von Erwerbslosen auszugleichen. Allgemein lassen sich die Arbeitslosenversicherung (unemployment insurance/ UI) und die Arbeitslosenhilfe (unemployment assistance/ UA) voneinander unterscheiden. Während die Zahlungen von Arbeitslosenversicherung darauf abzielt, einen Teil des durch die Erwerbslosigkeit verursachten Lohnausfalles zu ersetzen, sollen Leistungen der Arbeitslosenhilfe dafür sorgen, dass die Armut in Familien, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind und ein niedriges Einkommen haben, beseitigt oder verringert wird. (Vroman 2001, S. 1). In den meisten Ländern gibt es beide Systeme, wobei Arbeitslosenhilfe gezahlt wird, wenn die Person nicht die Anforderungskriterien für die Arbeitslosenversicherung erfüllt oder diese bereits ausgeschöpft hat. Weitere Institutionen zur Unterstützung von Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sind zum Beispiel Abfindungszahlungen von Arbeitgeber*innen, Arbeitsprogramme, bei denen meist Löhne in Höhe des Mindestlohns oder darunter gezahlt werden oder in denen Sachleistungen als Gegenleistung für die erbrachte Arbeit gewährt werden, sowie die traditionelle Armenhilfe (Berg und Salerno 2008, S. 81f.). In Österreich stellt beispielsweise die Notstandshilfe ein solches UA-Programm dar und in Deutschland das Arbeitslosengeld II.

Arbeitslosenversicherungen haben das Ziel, Risiken, die aus der Erwerbslosigkeit erwachsen, vornehmlich die Armutsgefährdung durch Einbußen von Einkommen, zu mindern. Damit ermöglichen sie den Betroffenen, ihren Grundbedarf an Konsum zu decken. Häufig wird argumentiert, dass ein zu hohes Arbeitslosengeld dazu führe, dass Erwerbslose länger brauchen, um eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Ein angemessenes Arbeitslosengeld trägt jedoch dazu bei, dass Erwerbslose keine Arbeitsstellen antreten müssen, die ihrer Qualifikation nicht entsprechen oder die von schlechter Qualität sind, beispielsweise indem sie schlechte oder sogar gefährliche Arbeitsbedingungen aufweisen oder zu gering entlohnt werden (Centeno 2004; Tatsiramos 2009). Jeglichen Job annehmen zu müssen, belastet nicht nur die direkt betroffenen Erwerbslosen, sondern auch alle anderen Arbeitnehmer*innen, denen somit die Basis zur Verhandlung von höheren Gehältern, besseren Arbeitszeiten oder besseren Arbeitsbedingun-

gen entzogen wird. Eine weitere Funktion von Arbeitslosenversicherung ist die Stabilisierung der Wirtschaft in Zeiten von Rezessionen, indem die Nachfrage nach Verbrauchsgütern aufrechterhalten wird, da die Familien weiterhin Geld zur Verfügung haben.

Programme zur Sicherung von Erwerbslosen in westlichen Ländern unterscheiden sich zwar in ihrer konkreten Gestaltung, haben jedoch trotzdem viele Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Voraussetzungen des Leistungsanspruches, der Leistungsdauer und der Höhe der Leistungen (Moffitt 2014, S. 2f.). So ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld in fast allen Ländern an die unfreiwillige Kündigung eines Arbeitsplatzes gebunden, beim Amt muss eine Meldung über die Erwerbslosigkeit und eine Angabe über die individuellen Berufserfahrungen und Qualifikationen erfolgen und von den Betroffenen wird verlangt, aktiv nach einer neuen Anstellung zu suchen (ebd., S. 3). Vier Merkmale werden in der Literatur über die Charakterisierung von Arbeitslosenversicherungen als besonders zentral angesehen. Dabei handelt es sich um die Generosität der Leistungen, die Schärfe der Kontrollen gegen potentiellen Missbrauch, den Grad staatlicher Penetration hinsichtlich der Finanzierung und Verwaltung der Systeme und die Art der Redistribution, also das Ausmaß, in dem die Finanzierungs- und Leistungsvorschriften auf eine vertikale Umverteilung der Einkommen abzielen (Alber 1982, S. 172). Unterschiede gibt es zudem hinsichtlich der Dauer, die die Betroffenen vorher erwerbstätig sein mussten, wobei in den meisten Ländern verlangt wird, dass die Betroffenen einen bestimmten Mindestprozentsatzes des Vorjahres oder der letzten zwei oder drei Jahre in Beschäftigung verbracht haben (Moffitt 2014, S. 3). In einigen Ländern wird zudem verlangt, dass eine Wartezeit von meist 3 bis 14 Tagen nach Verlust des Arbeitsplatzes bis zum Leistungsbeginn verstreichen muss (ebd., S. 3).

Auch die Systeme der Arbeitslosenhilfe unterscheiden sich recht stark zwischen den europäischen Ländern. So ist in manchen Ländern die Arbeitslosenhilfe getrennt von der Arbeitslosenversicherung organisiert, während sie in anderen Ländern in einem gemeinsamen Rahmen eingebunden sind. Einige Systeme beruhen auf einer Bedürftigkeitsprüfung, während andere Pauschalleistungen bieten. In manchen Ländern ist die Arbeitslosenhilfe zudem mit der Sozialhilfe gleichgestellt (Esser et al. 2013, S. 12f.). Die Leistungshöhe der Arbeitslosenhilfe ist generell niedriger als jene der Arbeitslosenversicherung. Doch auch hier unterscheiden sich die Systeme in den Ländern durch ihre konkrete Ausgestaltung.

3.3.2 *Geschichte europäischer Arbeitslosenversicherungen und Arbeitslosenhilfesysteme*

Die Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen sind in Europa unterschiedlich historisch gewachsen und unterscheiden sich hinsichtlich ihres Umfangs, ihrer Intensität, ihrer Ziele und ihrer Kontrollmechanismen voneinander. Ihre Geschichte, Unterschiede und Gemeinsamkeiten sollen nun näher vorgestellt werden.

Meist war die Arbeitslosenversicherung die letzte implementierte Sozialversicherung, nachdem zuvor schon Arbeitsunfälle, Krankheit und Alter abgesichert wurden (Flora und Alber 1981, S. 52f.). Als Gründe dafür gelten einerseits die katastrophalen Auswirkungen und die relative Unvorhersehbarkeit von Massenarbeitslosigkeit, die die Anwendung von Versicherungstechniken erschwerten, und andererseits die schwierige Frage nach den Ursachen von Erwerbslosigkeit, die damit einhergeht (Alber 1981, S. 152). Aufgrund des Vorherrschens der Vorstellung von Arbeitslosen als den „unwürdigen Armen“ stellte die Einführung der Arbeitslosenversicherung im Vergleich zu den anderen Sozialversicherungen den radikalsten Bruch mit liberalen und patrimonialen Prinzipien dar (Flora und Alber 1981, S. 52). So wurde beispielsweise die nationale Arbeitslosenversicherung in Deutschland erst im Jahr 1927 eingeführt.

Bevor die ersten nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme umgesetzt wurden, gab es bereits lokale Arbeitslosenversicherungssysteme, die auf freiwilligen und obligatorischen Arbeitnehmer*innenbeiträgen und staatlichen Zuschüssen beruhten (Alber 1981, S. 152f.). Erwerbslose waren daher häufig auf die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder auf Unterstützung aus den Kommunen angewiesen. Als erstes Land führte Frankreich im Jahr 1905 eine auf dem Genter System beruhende freiwillige Arbeitslosenversicherung ein (ebd., S. 153). Das Genter System stellt eine Form der Arbeitslosenversicherung dar, die auf die Mitgliedschaft in Gewerkschaften basiert, aber staatlich subventioniert wird. Es folgten Norwegen (1906), Dänemark (1907), die Niederlande (1916), Finnland (1917), Belgien (1920), die Schweiz (1924) und Schweden (1934). Diese ursprünglichen Systeme wurden jedoch in den meisten Ländern mit Ausnahme von Dänemark, Finnland und Schweden später durch obligatorische Systeme ersetzt. In diesen Ländern sind die Arbeitnehmer*innen bis heute nicht automatisch durch staatliche Arbeitslosenversicherungen, sondern nur im Falle einer Mitgliedschaft in gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen abgesichert.

Die weltweit erste obligatorische Arbeitslosenversicherung wurde ausgerechnet im Vereinigten Königreich, dem Land der „Poor Laws“³, implementiert (Alber 1981, S. 154). Mit dem National Insurance Act aus dem Jahr 1911 wurde ein System eingeführt, das auf einer dreigliedrigen Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, die von den Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen und der Regierung getragen wurde, beruhte. Die Zahlung von Pauschalbeiträgen sollte zudem sicherstellen, dass besser bezahlte Arbeiter*innen nicht für Kolleg*innen mit einem höheren Risiko, erwerbslos zu werden, aufkommen müssen (ebd., S. 154). Die britische Arbeitslosenversicherung war jedoch zunächst nicht als eine Universalversicherung konzipiert, sondern als ein beitragsorientiertes System, das Arbeiter*innen in vielen Gewerben ausschloss und die anfangs nur jede*n zehnte*n Arbeiter*in versicherte (Hellwig 2005, S. 108f.). Pflichtversicherungen wurden in den folgenden Jahren und Jahrzehnten in Italien (1919), Österreich (1920), Irland (1923) und Deutschland (1927) eingeführt. Es folgten Norwegen (1938), Belgien (1944), die Niederlande (1949), Frankreich (1967) und die Schweiz (1976). Nur die Skandinavischen Länder behielten, wie oben erwähnt, das freiwillige System.

Um die Versicherungssysteme, die vor allem in den Zwischenkriegsjahren an ihren Belastungsgrenzen standen, zu entlasten, wurden in den meisten Ländern die Zahlung von Leistungen bei langfristiger Erwerbslosigkeit von den Arbeitslosenversicherungen abgegrenzt und spezielle Arbeitslosenhilfesysteme eingeführt, die niedrigere Sätze zahlten und meist eine Bedürftigkeitsprüfung voraussetzten (Alber 1981, S. 155). Nothilfeprogramme, die im Zuge der Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt wurden, gelten als die institutionellen Vorläufer der Arbeitslosenhilfe. Heute existieren in den meisten Ländern die Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe nebeneinander und bieten so eine doppelte Einkommenssicherheit (ebd., S. 155).

In den darauffolgenden Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates, während die Arbeitslosenzahlen abnahmen und somit die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherungen gering hielten (Sjöberg et al. 2012, S. 425). Mit den Ölkrisen der 1970er Jahre änderte sich dies jedoch abrupt. Die Ursache für die hohen Arbeitslosenzahlen wurde zunehmend in der Zahlung des Arbeitslosengeldes gesehen, was deren Ausgestaltung grundlegend in Frage stellte (ebd., S. 425).

Die Geschichte der Arbeitslosenversicherungen in Osteuropa unterscheidet sich von jener in Westeuropa. Die Schaffung von Arbeitsmärkten und das jähe Ende der garantierten Vollbe-

³ Zu den Gründen des Aufkommens der ersten Arbeitslosen-Pflichtversicherung im Vereinigten Königreich ist auf Matsunaga (2017) verwiesen.

schäftigung lösten einen Schock in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern aus und schufen einen großen Druck auf die Einführung von Systemen sozialer Absicherung (Orenstein 2008, S. 84). Im Übergangsprozess nach dem Fall der staatssozialistischen Systeme wurden in den nun postsozialistischen Ländern daher relativ rasch Systeme zur Versicherung von Erwerbslosen eingeführt. Diese orientierten sich weitestgehend an den Prinzipien der Arbeitslosenversicherungen in Westeuropa und bedienten sich einer bismarckschen Logik (Keune 2009, S. 68). So waren die Leistungen an das frühere Einkommen gekoppelt und beitragsfinanziert, wobei in einigen Ländern diese durch eine steuerbasierte Finanzierung ergänzt wurde. Während diese Arbeitslosenversicherungssysteme außerdem zu Beginn relativ großzügig angelegt waren, wurden im Laufe der Zeit die Zugangskriterien verschärft und sowohl Höhe als auch Dauer der Zahlungen reduziert (Keune 2009, S. 69). Beispielsweise lag der Anteil der Leistungsempfänger*innen in Polen im Jahr 1991 bei 79 % und im Jahr 2001 nur noch bei 20 % (ebd., S. 69). Hierbei lassen sich zudem große Unterschiede zwischen den Ländern beobachten (Orenstein 2008, S. 85). Auch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich im Laufe der Zeit zunehmend zwischen den ehemals staatssozialistischen Ländern. Obwohl in den meisten Ländern von minimalistischen Modellen gesprochen werden kann, zeigt sich, dass die nunmehr der Europäischen Union angehörigen Länder Mittel- und Osteuropas ein höheres Niveau an sozialer Sicherung besitzen als südosteuropäische Länder und ehemalige Staaten der Sowjetunion (Keune 2009, S. 74; Orenstein 2008, S. 85).

3.3.3 Arbeitslosenversicherungen und Arbeitslosenhilfe im Zeichen aktivierender Arbeitsmarktpolitik

Wie bereits oben erwähnt, ist Ende des 20. Jahrhunderts nicht nur in den Ländern Osteuropas die Arbeitslosenquote hoch. Diese große Anzahl an Erwerbslosen wurde von Politiker*innen und Bürger*innen vermehrt auf einen wirtschaftsstrukturellen Wandel zurückgeführt und der individuellen Unfähigkeit an Anpassungsvermögen sowie der damaligen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik zugeschrieben (Sowa und Zapfel 2015, S. 47). Damit wird die Verantwortung für die Integration in den Arbeitsmarkt zunehmend beim Individuum gesehen, was Ursachen von Erwerbslosigkeit, die nicht im individueller Handlungsraum liegen, verdecken kann (Klammer und Leiber 2014, S. 515). An der damaligen Arbeitsmarktpolitik wurde kritisiert, dass sie Arbeitslosigkeit befördere, indem sie die Leistungsbereitschaft von Erwerbslosen hemme, weswegen sie zunehmend nach neoliberalen Kriterien umgestaltet wurde (Sowa und Zapfel 2015, S. 47). Bezeichnend dafür ist vor allem die Aktivierungspolitik, mit deren

Einführung es zu einem Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik kam (Bäcker et al. 2020; Lessenich 2008b). Während der Wohlfahrtsstaat sich zuvor durch eine Verantwortung der Gesellschaft gegenüber der*des einzelnen Staatsbürgerin*Staatsbürgers auszeichnete, wird nun der Fokus, anstatt auf Kompensation, auf Beförderung und Befähigung der Betroffenen gesetzt (Lessenich 2008b, S. 16f.). Der Wohlfahrtsstaat richtete damit sein Augenmerk von individuellen Bedürftigen zum Interesse der Allgemeinheit:

„Fluchtpunkt dieser Bewegung ist nicht – nicht mehr und jedenfalls nicht primär – das Wohlergehen [...] der Bürgerinnen und Bürger, der Individuen und Haushalte. Der neue Geist des Wohlfahrtskapitalismus zielt vielmehr vorrangig auf das Wohl der ‚imagined community‘ (vgl. Anderson 1983) der ‚kollektiven Einzelnen‘, auf die Wohlfahrt der – im Kern immer noch national gedachten – ‚gesellschaftlichen Gemeinschaft‘“ (Lessenich 2008b, S. 17).

Der bekannteste Befürworter und Theoretiker dieser Politik war Anthony Giddens, der mit seinem „dritten Weg“ versuchte, die Sozialdemokratie zunehmend an neoliberale Konzepte anzunähern (Giddens 1999). Das zentrale Motto dieser Politik lautete: *„Keine Rechte ohne Verpflichtungen“* (Giddens 1999, S. 81 [Hervorhebungen im Original]). Aktivierung als sozialpolitisches Konzept wurde in den darauffolgenden Jahren europaweit aufgegriffen, was durch internationale und supranationale Instanzen, wie der OECD und der EU, noch verstärkt wurde und hinsichtlich der Maßnahmen eine Vereinheitlichung förderte (Dingeldey 2011, S. 357–362; Sowa und Zapfel 2015, S. 47). Daher lässt sich feststellen, dass, obwohl sich in den europäischen Ländern, wie oben gezeigt, die geschichtliche Ausprägung von Arbeitsmärkten und Sozialpolitik teilweise stark unterscheidet, sich die neuen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Innovationen sehr ähnlich sind (Scherschel et al. 2012, S. 7; Sowa und Zapfel 2015, S. 47).

Es zeigt sich, dass sich die Kommodifizierung von Arbeitskraft als ein zentrales Ziel der Aktivierungspolitik herausstellt, die einerseits durch eine Zunahme des Zwanges zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit als auch durch eine Zunahme an befähigenden Politiken gekennzeichnet ist (Dingeldey 2007). Unter dem Arbeitszwang lassen sich beispielsweise Kürzungen in Dauer und Höhe von Transferleistungen, Verschärfungen der Zugangskriterien und die zunehmende Konditionalisierung von Leistungen, das bedeutet, das Verknüpfen von dem Recht auf Leistungen an bestimmte Pflichten, fassen (ebd., S. 193). Die andere Seite, jene der Befähigung, umfasst unter anderem die Verbesserung von arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen, also der Vermittlung, Beratung und (Weiter)-Bildung, sowie anderen Dienstleistungen, wie dem Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten (ebd., S. 193). In Deutschland ist dieses Vorgehen als „Fördern und Fordern“ bekannt geworden. Ziel ist dabei nicht, eine Erhöhung der Beschäftigung durch Veränderungen auf den Arbeitsmärkten zu erreichen, sondern im

Gegenteil, diese möglichst ungeregelt zu halten und die Individuen dazu zu erziehen, sich den Anforderungen des Marktes zu beugen (Sowa und Zapfel 2015, S. 49). Gewünscht ist dabei die Verbesserung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit und der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbstätigkeit anstelle von Erwerbslosigkeit und Leistungsbezug (Eichhorst et al. 2008, S. 3). Jedoch haben aktivierende Maßnahmen nicht zwangsläufig die Folge einer schnelleren Reintegration in den Arbeitsmarkt (Eppel et al. 2016).

Dieser „Mix aus Zwang und Befähigung“ (Dingeldey 2007, S. 190), setzt sich zwar in allen europäischen Wohlfahrtsstaaten durch und entwickelt sich in die gleiche Richtung, unterscheidet sich jedoch noch immer zwischen den einzelnen Ländern. So beschreibt Dingeldey, dass in den von ihr untersuchten Wohlfahrtsstaaten, Deutschland, Dänemark und Großbritannien, aufgrund unterschiedlicher historischer Ausgangsbedingungen und verschiedener Reformstrategien die Stärke des Arbeitszwangs und der Umfang der Befähigung stark voneinander abweichen (Dingeldey 2007, 2011). Während in Dänemark vor allem eine Politik der Arbeitsmarktbefähigung umgesetzt wird, die im Vergleich mit den anderen Wohlfahrtsstaaten mit einem geringeren Arbeitszwang verbunden ist, wird in Großbritannien vorwiegend auf den Zwang zur Erwerbsarbeit durch geringe Leistungshöhen sowie weitere finanzielle Anreize gesetzt. Deutschland nimmt eine mittlere Position ein. Bemerkenswert ist hier jedoch, dass Maßnahmen der Arbeitsmarktbefähigung nur wenig ausgebaut sind oder sogar abgebaut wurden (Dingeldey 2007, S. 202).

3.4 Fazit: Vergangenheit und Gegenwart europäischer Erwerbslosenunterstützung

Ausgehend von Theorien zum Wohlfahrtsstaat wurden in diesem Kapitel zuerst Modelle zur Unterteilung von Wohlfahrtsstaaten und Systemen der Erwerbslosenunterstützung vorgestellt. Dabei wurde sich auf die Modelle von Esping-Andersen und Gallie und Paugam gestützt, die eine Einteilung in ähnliche Cluster vornehmen. Schließlich wurde ein Überblick über die Geschichte und Gegenwart europäischer Arbeitslosenversicherungen gegeben. In diesem Kapitel wurde deutlich, dass Sicherungssysteme bei Erwerbslosigkeit in Europa bestimmte Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihrer Ausgestaltung haben. Eine wichtige Rolle im aktuellen Diskurs stellen zudem aktivierungspolitische Maßnahmen dar. Darunter lassen sich arbeitsmarktpolitische Eingriffe, die durch eine Mischung aus Zwang und Befähigung Erwerbslose zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit bringen sollen, verstehen. Umstritten ist dabei, inwiefern

sie ein hilfreiches Mittel sind, um Erwerbslose effektiv, das heißt schnell und passgenau, in den Arbeitsmarkt zu überführen und inwiefern sie dazu beitragen, die Betroffenen unter Druck zu setzen und die Bedrohung von Armut und Stigmatisierung zu verstärken.

4 Forschungsstand

Nachdem die in dieser Arbeit relevanten Konzepte vorgestellt wurden, soll in diesem Kapitel ein Überblick über relevante Forschungsergebnisse hinsichtlich sozialer Exklusion von Erwerbslosen und dem Einfluss der Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen dargestellt werden. Zuerst wird das Zusammenwirken der Erwerbslosigkeit mit den in Kapitel 2 vorgestellten Exklusionsdimensionen thematisiert. Schließlich wird der Forschungsstand hinsichtlich der Einflussfaktoren von länderspezifischen Kontexteffekten auf die Exklusionsrisiken von Erwerbslosen vorgestellt. Die heterogene Verwendung des Begriffes der sozialen Exklusion schlägt sich auch in der empirischen Forschung nieder. Die folgende Darstellung des Forschungsstandes versucht daher die Forschungsergebnisse hinsichtlich ihres Konzeptes von sozialer Exklusion einzuordnen und die in dieser Arbeit relevanten Dimensionen von sozialer Exklusion von Erwerbsarbeitslosen darzustellen. Dabei ist in den Studien häufig nicht explizit von Exklusion die Rede, da häufig einzelne Dimensionen, wie die politische Partizipation erforscht wurden.

4.1 Exklusion von Erwerbslosen

Der negative Einfluss von Erwerbsarbeitslosigkeit auf vielfältige Exklusionsdimensionen wurde bereits in zahlreichen Studien festgestellt, doch das wohl bekannteste Beispiel dafür liefern Jahoda et al. in ihrer Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ (1975 [1933]). Darin beschreiben die Autor*innen die Auswirkungen der Schließung einer Textilfabrik und der daraufhin folgenden Massenarbeitslosigkeit in einer Gemeinde in Niederösterreich. So stellen Jahoda et al. unter anderem einen Rückgang von kulturellen Institutionen fest. Beispielsweise wird die Bibliothek seltener benutzt, obwohl in dieser Zeit die Entlehnungsgebühr entfiel, und es werden weniger Zeitungen gelesen. Auch das Interesse an Politik nimmt ab. Das lässt sich an der verminderten Anzahl an Mitgliedern in politischen Organisationen festmachen, obwohl die Wahlbeteiligung etwa gleichbleibt. Bei den erwerbslos gewordenen Bewohner*innen machen die Forscher*innen verschiedene Stadien der psychischen Abgleitens aus, die sie als die Ungebrochenen, die Resignierten und die Gebrochenen benennen. Diese verschiedenen Haltungen sind abhängig von der ökonomischen Situation der Haushalte. Mit einer finanziellen Schlechterstellung mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit ist zu erwarten, dass mehr Personen in Stadien der Resignation oder des Gebrochenseins wechseln. Es zeigt sich zudem, dass die Betroffenen ihre freie Zeit in der Erwerbslosigkeit vielfach nicht mehr gewinnbrin-

gend einsetzen können, was dazu führt, das häufig stattdessen nichts mehr getan wird (Jahoda et al. 1975, S. 70ff.). Auf Grundlage dieser Untersuchung entwickelte Jahoda (1981) später ihr Deprivationsmodell. Darin beschreibt sie die manifesten und latenten Funktionen der Erwerbsarbeit für den Aufrechterhalt der psychischen Gesundheit von denen Erwerbslose depriviert sind. Während unter der manifesten Funktion das Einkommen verstanden werden kann, zählen zu den latenten Funktionen der Erwerbsarbeit die zeitliche Strukturierung des Alltags, die Vermittlung von sozialen Kontakten, die Vergabe des sozialen Status, das Beitragen zu einem kollektiven Zweck und den Zwang zum Aktivsein (Jahoda 1981, S. 188). Dieses Modell erweist sich auch in der aktuellen Forschung als sehr robust. So fanden beispielsweise Zechmann und Paul (2019), die Daten aus 6 Wellen einer Langzeitstudie mit erwerbslosen Menschen in Deutschland auswerteten, dass der Zusammenhang von Erwerbslosigkeit und einer schlechten psychischen Gesundheit durch die von Jahoda beschriebenen latenten Funktionen der Erwerbsarbeit erklärt werden können.

Böhnke (2001) untersucht auf Grundlage der Daten des deutschen Wohlfahrtssurvey von 1998 unterschiedliche Dimensionen sozialer Exklusion, deren Struktur und deren Zusammenspiel mit Armutsbetroffenheit. Dazu unterscheidet sie Verteilungs- und Beziehungsaspekte sozialer Exklusion. Während unter Verteilungsaspekte materielle Kriterien, wie Langzeiterwerbslosigkeit, ein fehlender Berufsabschluss oder Einkommensarmut, fallen, sind mit Beziehungsaspekten gesellschaftliche Kategorien der Teilhabe gemeint, worunter Böhnke beispielsweise soziale Beziehungen oder politische Partizipation versteht. Sie findet heraus, dass mit steigender Anzahl an Nachteilen, wie Langzeiterwerbslosigkeit, einem geringen Einkommen oder schlechten Wohnverhältnissen, Personen geringere Beteiligungsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben artikulieren. Etwa jede*r vierte Betroffene von Armut hat eingeschränkte Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation und etwa jede dritte Person mit geringem Einkommen erlebt kumulierte Nachteile. Jedoch führt Armut nicht automatisch zu sozialer Exklusion, was Böhnke damit belegt, dass jede zweite arme Person von keiner einzigen Exklusionsdimension betroffen ist. Ein erhöhtes Risiko für soziale Exklusion haben Ostdeutsche, Geschiedene in Ein-Personen-Haushalten und Personen, die unter andauernden schlechten Lebensbedingungen wohnen. (Böhnke 2001)

Obwohl sich die jeweiligen Indikatoren in den Studien unterscheiden, finden die Autor*innen vorwiegend negative Effekte von Erwerbslosigkeit auf die Einbindung in soziale Netze, die zudem häufig über die Periode der Erwerbslosigkeit hinaus wirken können (Brand und Burgard 2008). Mithilfe von Längsschnittdaten des Swiss Household Panels aus den Jahren 1999

bis 2010 untersuchen Rözer et al. detailliert die soziale Teilhabe von erwerbslosen Personen (Rözer et al. 2020). Dabei legen sie das Augenmerk darauf, inwiefern sich die Partizipation zwischen sozialen Gruppen und hinsichtlich der Länge der Erwerbslosigkeit unterscheidet. Getrennt voneinander betrachten sie dabei die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf den Umfang sozialer Netzwerke, die Häufigkeit des sozialen Kontakts und die Unterstützung, die sich die Befragten von ihrem sozialen Netz erwarten können. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass kurzfristige Erwerbslosigkeit in der Regel zu einem Rückgang an gesellschaftlicher Teilhabe führt. Dagegen steigert sich die gesellschaftliche Teilhabe im Falle von Langzeiterwerbslosigkeit. Diese Aussagen müssen jedoch genauer betrachtet werden. So verlieren ältere Menschen an sozialen Kontakten sowohl bei kurzer als auch länger andauernder Erwerbslosigkeit. In den anderen sozialen Gruppen scheinen die sozialen Netze eher stabil zu bleiben oder sich sogar zu vergrößern. Besonders bei jüngeren Menschen ist das der Fall. Es zeigt sich außerdem, dass vor allem die Unterstützung des Netzwerkes im Falle der Erwerbslosigkeit nachlässt. Zudem gibt es Unterschiede in den Veränderungen im Netzwerk hinsichtlich der Typen der sozialen Beziehungen. So sind schwächere Verbindungen, etwa zu Nachbar*innen oder Bekannten stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als beispielsweise Familienverbindungen. Pohlan (2019) hingegen findet in ihrer Studie, die auf Daten des deutschen Panels Arbeitsmarkt und soziale Sicherung basiert, keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen einem Arbeitsplatzverlust und der Anzahl an Freunden, hebt jedoch auch die Relevanz der Dauer der Erwerbslosigkeit hervor. So fühlen sich Personen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, sozial stärker ausgeschlossen als Personen, die erst vor kurzem ihren Arbeitsplatz verloren haben (Pohlan 2019). Dieser Befund tritt jedoch nicht in allen Studien auf. So zeigt sich beispielsweise bei Stelzer-Orthofer und Kranewitter (2006), die Daten von Erwerbslosen aus Oberösterreich auswerten, ein negativer Einfluss von Erwerbslosigkeit auf die Zufriedenheit mit den sozialen Kontakten. Kontakte mit Freund*innen und Bekannte lassen bei einer länger andauernden Erwerbslosigkeit über 2 Jahre vermehrt nach (ebd., S. 28).

Auch Kunze und Suppa zeigen unter Rückgriff auf Daten des deutschen Sozioökonomischen Panels von 1991 bis 2011 auf, wie Erwerbslosigkeit die soziale Teilhabe beeinflusst (Kunze und Suppa 2017). Soziale Teilhabe wurde hierbei unter verschiedenen Aspekten gemessen, die die Häufigkeit der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, soziale Treffen, die aktive Ausübung von Sport, dem Aushelfen von Freund*innen, das Leisten von Freiwilligenarbeit und die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen beinhaltet. Dabei fanden sie signifikante negative und teilweise langwierige Einflüsse von Erwerbslosigkeit auf alle untersuchten Aspekte und widersprechen in ihren Ergebnissen somit teilweise jenen von Pohlan, die keinen

signifikanten Zusammenhang von Erwerbslosigkeit und der Anzahl an Freund*innen finden konnte.

Falk und Katz-Gerro (2016) untersuchen den Einfluss von demografischen und sozioökonomischen Merkmalen auf den Besuch von Kulturstätten in 24 Ländern der EU. Sie stellen fest, dass erwerbslose Menschen deutlich seltener als andere Museen, Kunstgalerien und historische Stätten besuchen und dies häufig auch gar nicht tun. Im Gegensatz dazu haben Bildung und Haushaltseinkommen in allen untersuchten Ländern ähnliche positive Auswirkungen auf die kulturelle Teilhabe, was den Ergebnissen aus weiteren Studien entspricht (Kraaykamp und Nieuwbeerta 2000; Yaish und Katz-Gerro 2012). Unterschiede zwischen den Ländern finden sich in den Einflüssen von Alter und Geschlecht, die zudem auch eher schwach ausgeprägt sind. Die Wahrscheinlichkeit, kulturelle Stätten zu besuchen, ist am höchsten in Skandinavien und dem Vereinigten Königreich und am geringsten im südlichen Europa (Falk und Katz-Gerro 2016).

Aus dem Deutschen Freiwilligensurvey 2014 wird deutlich, dass Menschen in Erwerbslosigkeit sich zudem weniger freiwillig engagieren als Erwerbstätige und Schüler*innen oder andere Nicht-Erwerbstätige wie Pensionist*innen (Simonson und Hameister 2017). Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Erwerbslosigkeit mit einem niedrigen Bildungsabschluss zusammenfällt. Der negative Zusammenhang zwischen Erwerbslosigkeit und Freiwilligentätigkeiten wird in mehreren Studien bestätigt (Kunze und Suppa 2017). Jedoch finden sich nicht immer signifikante Effekte (Pohlan 2019). Dabei wird das Ausüben eines Ehrenamtes mit positiven Outcomes in Verbindung gebracht. So haben Erwerbslose, die sich freiwillig engagieren, eine bessere Chancen auf Wiederbeschäftigung (Strauß 2009).

Im Zentrum der Debatte um Armut steht in westlichen Gesellschaften vor allem der relative Armutsbegriff, in dem Armut in Relation zu dem durchschnittlichen Lebensstandard in einer Gesellschaft betrachtet wird. Die Armutsrisikogrenze wird meist so definiert, dass Personen, deren mittleres Nettohaushaltseinkommen unter 60 % des nationalen Medianeinkommens beträgt, als armutsgefährdet bezeichnet werden können. Von Armutsgefährdung sind besonders jene Erwerbslose betroffen, die schon zuvor kaum oder gar nicht von ihrem Einkommen aus Erwerbsarbeit leben konnten sowie Langzeiterwerbslose (Schönherr et al. 2014; Statistik Austria 2019). Gleiches gilt für Kinder und Jugendliche, Frauen, Ein-Eltern-Haushalte, Haushalte mit vielen Kindern, alleinlebende Personen, Migrant*innen und gering qualifizierte (Bäcker und Kistler 2021; Statistik Austria 2019). Die Berücksichtigung von Studien hinsichtlich

des Armutsrisikos ist relevant, da Armut als ein Aspekt sozialer Ausgrenzung zu verstehen ist (Stelzer-Orthofer 2001, S. 152).

Christoph und Lietzmann (2013) können am Fall des deutschen Arbeitslosengeldes II, bei Empfänger*innen, die vergleichsweise lange Arbeitslosengeld II erhalten, eine höhere materielle Deprivation, aber kein geringeres Einkommen feststellen. Das Haushaltseinkommen wird durch die staatliche Unterstützung über die Zeit der Erwerbslosigkeit konstant gehalten, weswegen dieses sich nicht als Indikator für den materiellen Lebensstandard eigne. Dass dieser mit zunehmender Bezugsdauer sinkt, während das Einkommen gleich bleibt, erklären die Autoren damit, dass zunächst die ersparten Ressourcen aufgebraucht werden. (Christoph und Lietzmann 2013)

Dass Armutsgefährdung jedoch nicht nur die materielle Teilhabe einschränkt, kann Becker (2015) nachweisen, die die Konsumteilhabe von Personen, die staatliche Mindestsicherung beziehen, vor und nach den deutschen „Hartz-IV“-Reformen untersucht. Dabei findet sie heraus, dass sowohl Einkommen als auch Konsum der Haushalte, die staatliche Mindestsicherung beziehen nach den Reformen stark gesunken sind. Das zeigt sich insbesondere in den Ausgaben für soziale und kulturelle Teilhabe, aber schlägt sich sogar in gesunkenen Ausgaben für Lebensmittel nieder. (Becker 2015)

Die empirischen Ergebnisse hinsichtlich der Auswirkung von Erwerbslosigkeit auf politische Partizipation sind im Vergleich zu jenen der materiellen oder kulturellen Teilhabe recht ambivalent. Forscher*innen fanden heraus, dass sich erwerbslose Personen weniger häufig als andere an politischen Wahlen beteiligen (Böhnke 2006; Zandonella und Hacker 2016). Die niedrigere Wahlbeteiligung ist zudem über die Zeit der Erwerbslosigkeit hinaus zu beobachten (Azzollini 2021). Zudem zeigen Erwerbslose ein relativ geringes Vertrauen in politische Institutionen (Foster und Frieden 2017; Giustozzi und Gangl 2021; Zandonella und Hacker 2016).

Das Konzept der Internal Political Efficacy gibt Aufschluss darüber, inwieweit die eigenen zur Verfügung stehenden Ressourcen, politischen Einfluss auszuüben, eingeschätzt werden, und wird im Zusammenhang mit Erwerbslosigkeit von Marx und Nguyen (2016) untersucht. Sie stellen einen signifikanten negativen Effekt der Erwerbslosigkeit auf die politische Wirksamkeit fest, der besonders stark bei Männern, Mittel- bis Hochverdiener*innen und politisch Unabhängigen zu finden ist. Die jüngere sowie die ältere Altersgruppe sind besonders stark betroffen, was Menschen in einem Alter „dazwischen“ auslöst. Andere Forscher*innen argumentieren jedoch, dass sich eine geringere politische Partizipation von erwerbslosen Perso-

nen hauptsächlich auf einen niedrigen sozioökonomischen Status und die soziale Herkunft zurückführen lässt (Kroh und Könnecke 2013; Scott und Acock 1979).

Weiterhin wurden zudem die Einflüsse des Bildungsgrades auf die Teilhabe-Dimensionen untersucht. Hierbei zeigten sich niedrige Bildungsabschlüsse als ein wichtiger Indikator für die Erklärung einer fehlenden Teilhabe am Arbeitsmarkt (Groh-Samberg und Lohmann 2014). Groh-Samberg und Lohmann beschreiben, dass zudem eine niedrige Bildung mit einer geringeren politischen und kulturellen Teilhabe einhergeht. Dieser Zusammenhang von einem geringen Bildungsstand und Dimensionen sozialer Exklusion wurde in Studien mehrfach bestätigt (Böhnke 2006; Solga 2012). Häufig beschrieben ist auch der Effekt der formellen Bildung auf die materielle Teilhabe. So verfügen Erwerbslose mit einem höheren Bildungsabschluss auch über einen höheren materiellen Lebensstandard (Christoph 2008; Christoph und Lietzmann 2013)

4.2 Einfluss von Kontextfaktoren auf Erwerbslose

Da in dieser Arbeit nicht nur die Exklusionsrisiken von Erwerbslosen, sondern auch die Auswirkungen der Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme betrachtet werden, lohnt es sich, die Studienlage zu Einflussfaktoren von länderspezifischen Kontexteffekten auf die Exklusionsrisiken und das Wohlergehen von Erwerbslosen wiederzugeben.

Dieckhoff und Gash (2015) untersuchen den Zusammenhang von sozialer Teilhabe und Erwerbslosigkeit mit Berücksichtigung unterschiedlicher nationaler Politiken und finden signifikante Unterschiede zwischen den 26 von ihnen analysierten Ländern der EU. So ist in Ländern, in denen Erwerbslosigkeit mit einem höheren Armutsrisiko verbunden ist, ein größerer Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen hinsichtlich der sozialen Teilhabe zu sehen. Paugam und Russel (2000) finden zudem Unterschiede in der sozialen Teilhabe Erwerbsloser zwischen Nord- und Südeuropa. Besonders im informellen Umfeld sind Erwerbslose im nördlichen Europa stärker von sozialer Isolation betroffen. Diese Differenz wird von den Autor*innen auf die große Bedeutung familiärer Bindungen und einer traditionelleren Organisation des sozialen Lebens sowie durch die schwächere Ausprägung von Wohlfahrtsystemen und damit einem Angewiesensein auf familiäre Unterstützung zurückgeführt (Paugam und Russel 2000, S. 247). Besonders relevant ist zudem die Stigmatisierung Erwerbsloser, die in den südeuropäischen Ländern geringer, aber beispielsweise in Deutschland oder Belgien besonders stark ausgeprägt ist (ebd., S. 261-263).

Julkunen (2002) vergleicht Schottland mit nordischen Ländern, die dem sozialdemokratischen Wohlfahrtstypen zugeordnet werden können, hinsichtlich der Auswirkungen von Langzeiterwerbslosigkeit auf die soziale Teilhabe bei jungen Menschen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in den Ländern mit einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodell die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die soziale Teilhabe wirksamer verringert werden als im liberalen Modell, dem Schottland zugeordnet werden kann. Es lassen sich jedoch auch Unterschiede zwischen den nordischen sozialdemokratischen Ländern feststellen. So ist Dänemark bei der Aufrechterhaltung einer hohen sozialen Teilhabe der Erwerbslosen deutlich erfolgreicher. (Julkunen 2002)

Mit Rückgriff auf Daten des European Quality of Life Survey aus dem Jahr 2003 untersucht Petra Böhnke (2008), inwiefern materielle Deprivation die soziale Integration beeinflusst und wie sich dieser Effekt im Vergleich zwischen den Ländern Europas unterscheidet. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass materielle Deprivation zwar mit sozialer Desintegration zusammenhängt, diese Beziehung sich jedoch zwischen den einzelnen Ländern unterscheidet. Soziale Desintegration hängt vor allem in den alten Mitgliedstaaten der EU mit materiellen Nachteilen zusammen (ebd., S. 141). Böhnke folgert, dass in Ländern, in denen die Sozialsysteme eher weniger ausgebildet sind und wo der Familienzusammenhalt einen hohen Stellenwert hat, arme Personen eher soziale Unterstützung erwarten können. Sie vermutet, dass, wenn Armut in einem Land weitverbreitet ist, diese weniger dem Individuum vorgeworfen und eher als kollektives Problem wahrgenommen wird, weswegen eine soziale Desintegration aufgrund der geringeren Stigmatisierung unwahrscheinlicher ist. Anzumerken ist bei dieser Studie, dass Böhnke nicht Erwerbslosigkeit sondern Armut untersuchte.

Studien aus Deutschland untersuchen die Auswirkungen von Sanktionen auf das Teilhabempfinden von ALG-II-Bezieher*innen. So finden Schreyer et al. (2012) mithilfe biographisch-narrativer Interviews mit jungen ALG-II-Bezieher*innen heraus, dass Sanktionen die Betroffenen in vielfacher Weise belasten, die über eine materielle Notlage hinausgehen und häufig auch nach dem eigentlichen Sanktionszeitraum bestehen bleiben. So beeinträchtigen die Sanktionen häufig die sozialen Nahbeziehungen der Sanktionierten, fördern kriminelles Verhalten zur Beschaffung von Geld, werden als degradierend wahrgenommen und führen zu einem Gefühl der sozialen Ausgrenzung und der Überforderung. In einer quantitativen Studie untersuchten Grüttner und Kollegen (2016) unter Rückgriff auf Daten des Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) in Kombination mit administrativen Daten, ebenfalls inwiefern Sanktionen sich auf das subjektive Empfinden der sozialen Teilhabe von ALG-II-

Bezieher*innen auswirken. Sie finden auf Grundlage einfacher OLS-Regressionen heraus, dass Sanktionen mit einem erhöhten Exklusionsempfinden verknüpft sind, was sich jedoch in der Betrachtung des Längsschnitts nicht zeigt. Das weist darauf hin, dass es keinen kausalen Effekt von Sanktionierungen auf das Teilhabeempfinden gibt. Die Autoren vermuten, dass Personen, die bereits ihre Teilhabe als eingeschränkt empfinden, ein erhöhtes Risiko an Sanktionierung haben. Grüttner et al. vermuten, dass bereits die Androhung von Sanktionen auf das Teilhabeempfinden wirken (Grüttner et al. 2016, S. 84).

In seiner Studie untersucht Bäckman (2005) die Auswirkungen unterschiedlich ausgestalteter Arbeitslosenversicherungen auf die Armutsquoten und findet heraus, dass diese von großer Bedeutung sind, um Varianz zwischen Ländern zu erklären. Besonders die Höhe der Nettoersatzrate spielt dabei eine wichtige Rolle und erklärt einen größeren Anteil an der Gesamtvarianz als die anderen strukturellen Faktoren der Abdeckungsquote und der Dauer der Zahlungen (Bäckman 2005).

Stelzer-Orthofer (2001) findet in ihrer Untersuchung heraus, dass in Ländern mit höheren Ausgaben für Sozialleistungen geringere Armutsquoten vorliegen und ein geringerer Anteil der Bevölkerung ein niedriges Einkommen bezieht (Stelzer-Orthofer 2001, S. 163). Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten sind durch sehr hohe Sozialausgaben und geringen Armutsquoten gekennzeichnet, während in konservativen Wohlfahrtsstaaten sich moderate Armutsquoten bei hohen Sozialleistungsausgaben und bei rudimentären Regimen geringe Sozialleistungsausgaben mit einem hohen Anteil an Armutsbetroffenen zeigen. Großbritannien hat trotz hohen Ausgaben für Sozialleistungen eine recht hohe Armutsquote, was Stelzer-Orthofer darauf zurückführt, dass das System in Großbritannien, da es auf zielgruppenorientierte und nicht auf einkommensabhängige Leistungen setzt, weniger Umverteilung bewirkt (Stelzer-Orthofer 2001, S. 164).

Anderson (2001) findet heraus, dass die Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen hinsichtlich ihres politischen Interesses und des Wahlverhaltens stark in den europäischen Ländern variieren, ohne dafür eine Erklärung zu haben (Anderson 2001, S. 283–285). Er findet zudem keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen Erwerbslosen in unterschiedlich entwickelten Wohlfahrtsstaaten in Bezug auf politischen Extremismus, politischem Interesse oder Wahlbeteiligung. Marx und Nguyen beschreiben jedoch, dass in Ländern mit geringer Wohlfahrtsstaatlichkeit, niedrigem wirtschaftlichen Entwicklungsstand, hohen Arbeitslosenquoten und großer Einkommensungleichheiten der negative Effekt von Erwerbslosigkeit auf die politische Wirksamkeit besonders stark ist (Marx und Nguyen 2016).

Andererseits kann Erwerbslosigkeit in bestimmten Fällen, so argumentieren Lahusen und Baumgarten (2006), auch mit einer erhöhten politischen Aktivität einhergehen. Sie untersuchen Protestepisoden von Erwerbslosen in Deutschland und Frankreich und kommen zu dem Ergebnis, dass durch gewisse Rahmenbedingungen, wie beispielsweise durch die Unterstützung durch Dritte, in diesem Fall durch linke Gewerkschaften und durch das Vorhandensein gewisser Anlässe, politische Proteste durchaus möglich sind.

Kamerade und Bennett (2018) untersuchen in ihrer ländervergleichenden Studie den Zusammenhang zwischen dem ehrenamtlichen Engagement von Erwerbslosen und ihrem Wohlbefinden und der psychischen Gesundheit. Sie stellen fest, dass Erwerbslose, die sich ehrenamtlich engagieren, ein höheres Maß an Wohlbefinden und eine bessere psychische Gesundheit aufweisen. In Ländern mit höheren Leistungen geben Erwerbslose, unabhängig davon, ob sie ehrenamtlich tätig sind, ein besseres Wohlbefinden und eine bessere psychische Gesundheit an. Die Autor*innen kommen jedoch überraschenderweise zu dem Ergebnis, dass Freiwilligentätigkeiten bei Erwerbslosen auch negative Effekte auf deren psychische Gesundheit haben kann. Dieser lässt sich in Ländern mit weniger großzügigen Arbeitslosenunterstützung nachweisen (Kamerade und Bennett 2018).

Wulfgramm (2014) untersucht in einer Studie unter Verwendung einer Mehrebenen- und Panelanalyse, inwieweit sich Unterschiede im Wohlbefinden von Erwerbslosen auf die nationale Ausgestaltung und Großzügigkeit der Arbeitsmarktpolitik zurückführen lassen. Dabei findet sie heraus, dass Erwerbslosigkeit in allen europäischen Ländern eine negative Auswirkung auf die individuelle Lebenszufriedenheit hat. In Ländern mit einem großzügigeren Arbeitslosengeld ist dieser Effekt jedoch stark abgeschwächt. Sie findet keinen robusten Effekt der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die Zufriedenheit von Erwerbslosen. In anderen Forschungsarbeiten wurde ein solcher Effekt von aktiver Arbeitsmarktpolitik hingegen deutlicher festgestellt (Coutts et al. 2014).

Di Tella und Kolleg*innen (2003) zeigen, dass das subjektive Wohlbefinden von einer Vielzahl an makroökonomischen Variablen, unter anderem dem Bruttoinlandsprodukt, der Arbeitslosenquote und der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates beeinflusst wird. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass ein höheres Bruttoinlandsprodukt mit einer höheren individuellen Zufriedenheit zusammenhängt und, dass ein großzügigeres Arbeitslosengeld zu einer gesteigerten Zufriedenheit von Erwerbslosen führt. Dagegen stellt Eichhorn (2014) fest, dass das Wohlbefinden von Erwerbslosen zwar zwischen verschiedenen Ländern variiert, diese Varianz aber nicht auf das Arbeitslosengeld zurückzuführen sei. Auch bezüglich des Einflusses

der Arbeitslosenquote kommen Forscher*innen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Häufig wird argumentiert, dass die eigene Erwerbslosigkeit als weniger schlimm empfunden wird, wenn die Erwerbslosigkeitserfahrung mit vielen Personen in der Umgebung geteilt wird. Erwerbslosigkeit würde in solchen Fällen nicht so stark von der sozialen Norm abweichen, wie in Regionen, in denen eine geringe Erwerbslosigkeit herrscht. Hinweise darauf finden sich in mehreren Studien (Clark und Oswald 1994). Pittau et al. (2010) beispielsweise finden jedoch keinen lindernden Einfluss von einer hohen Erwerbslosenrate auf den Effekt von Erwerbslosigkeit auf Wohlbefinden. Di Tella et al. (2003) weisen sogar eine geringeren Zufriedenheit in Zusammenhang mit höheren Arbeitslosenquoten nach. Sie vermuten, dass eine höhere Arbeitslosenquote dazu führt, dass Erwerbslose ihre Arbeitsmarktchancen pessimistischer einschätzen (Di Tella et al. 2003, S. 823).

4.3 Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich Erwerbslosigkeit in einer komplexen Weise mit den anderen Determinanten sozialer Exklusion in Verbindung bringen lässt. Diese Zusammenhänge werden in den dargestellten Studien in einem unterschiedlichen Maße gefunden und teilweise auch mit unterschiedlichen Vorzeichen. Es wird zudem deutlich, dass sie hinsichtlich vielfältiger Merkmale der Individuen, wie zum Beispiel der Dauer der Erwerbslosigkeit, variieren. Zudem zeigt sich auf Grundlage des dargestellten Forschungsstandes, dass der länderspezifische Kontext einen Einfluss auf die Ausprägung der verschiedenen Dimensionen sozialer Exklusion und andere individuelle Lebenslagen, wie der psychischen Gesundheit und das Wohlbefinden, hat. Vor allem die Ausgestaltung der Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen wird dabei als wichtiger Einfluss beschrieben.

Ein systematischer Vergleich der Auswirkungen der unterschiedlichen Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherungen auf die Exklusionsrisiken von Erwerbslosen findet jedoch kaum statt. So fehlt es bisher an Forschungsarbeiten, die explizit den Einfluss der Ausgestaltung von wohlfahrtsstaatlichen Systemen der Arbeitslosenunterstützung auf verschiedene Exklusionsrisiken von Erwerbslosen in den Fokus setzen.

5 Hypothesen

Unter Berücksichtigung der theoretischen Einordnung und dem bisherigen Stand der Forschung werden in diesem Kapitel Hypothesen erarbeitet und vorgestellt, die im weiteren Verlauf der Arbeit einer Überprüfung standhalten sollen. Die Formulierung der Hypothesen orientiert sich an den Fragestellungen, die in dieser Arbeit bearbeitet werden. Sie lauten:

Wie unterscheiden sich die Risiken sozialer Exklusion von Erwerbslosen? Gibt es dabei Unterschiede hinsichtlich sozialer Gruppen?

Ist ein Unterschied zwischen europäischen Ländern in der Ausprägung von Dimensionen sozialer Exklusion von Erwerbslosen erkennbar?

Falls ja: Lässt sich dieser durch die unterschiedliche Ausgestaltung staatlicher Leistungen bei Arbeitslosigkeit erklären?

Zuerst soll die Ebene der Individuen betrachtet werden und Vermutungen aufgestellt werden, welche individuellen Merkmale und Lebenssituationen mit den Exklusionsrisiken korrelieren. Im Anschluss daran soll der Blick auf die unterschiedliche Ausprägung der abhängigen Variablen im Ländervergleich und den Einfluss der Systeme der Erwerbslosenunterstützung erweitert werden.

5.1 Hypothesen auf Individualebene

Wie bereits in Kapitel 2.3 beschrieben wurde, ist die Einbindung in eine Erwerbsarbeit zentral für die Vergesellschaftung von Individuen (Castel 2008). Frühere Forschungsergebnisse legen nahe, dass sich erwerbslose Personen unter anderem aus dem sozialen Leben zurückziehen, da sie die eigene Erwerbslosigkeit nicht preisgeben wollen, weil diese mit einem verminderten sozialen Status und Scham einhergeht (Roberts 2013, S. 5). Daher kann angenommen werden, dass Personen mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit ein höheres Risiko auf soziale Exklusion haben. Mehrere Studien legen den Schluss nahe, dass Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, sich stärker sozial ausgegrenzt fühlen als Personen, die noch nicht so lange erwerbslos sind (Pohlan 2019; Stelzer-Orthofer und Kranewitter 2006). Dieser Effekt findet sich jedoch nicht immer und wird sogar mit umgekehrten Vorzeichen beschrieben (Rözer et al. 2020). In der Gruppe derjenigen, die unter einem Jahr erwerbslos sind, finden sich zudem vermutlich viele Personen, die sich in der Übergangszeit zwischen Anstellungen befin-

den, und sogenannte Drehtürarbeitslose. Darunter versteht man jene erwerbslose Personen, die kurze und immer wiederkehrende Erwerbslosigkeit erfahren, wie beispielsweise Saisonarbeitskräfte. Von diesen kann angenommen werden, dass sie weniger von den Exklusionsdimensionen betroffen sind, da sie häufig bereits eine erneute Anstellung in Aussicht haben oder diese erwarten können. In der Studie von Christoph und Lietzmann (2013) zeigt sich, dass eine längere Dauer des Arbeitslosengeld-II-Bezugs mit einer erhöhten materiellen Deprivation einhergeht, auch wenn das Einkommen gleich bleibt, was vermuten lässt, dass nicht nur die Höhe des Einkommens sondern auch die Dauer des Bezuges wichtig für die materielle Teilhabe ist. Daher lautet die Hypothese:

Hypothese_{1.1}: Personen, die langzeiterwerbslos sind, sind eher von materieller, politisch-institutioneller und kultureller Teilhabe ausgeschlossen und sind schlechter in soziale Netze eingebunden als Personen, die erst kurz erwerbslos sind.

Petra Böhnke hat in ihren Studien festgestellt, dass Armut mit verminderten sozialen Kontakten einhergeht (Böhnke 2008, 2001). Obwohl in dieser Arbeit nicht Armut per se, sondern Erwerbslosigkeit im Fokus steht, kann davon ausgegangen werden, dass ein niedriges Einkommen bei Erwerbslosen häufig mit einem höheren Armutsrisiko einhergeht. Eine naheliegende Vermutung ist zudem, dass auch die materielle Teilhabe einer Person daran gebunden ist, wie viel Geld sie zur Verfügung hat und daher auch, wie hoch ihr Einkommen ist. Da auch kulturelle Teilhabe häufig finanzielle Ressourcen erfordert, wird zudem davon ausgegangen, dass kulturelle Teilhabe mit einem höheren Einkommen einhergeht. Der Theorie folgend, dass politische Teilhabe mit dem sozialen Status verbunden ist, wird in dieser Arbeit vermutet, dass vor allem ein niedriger sozialer Status mit geringerer politisch-institutioneller Teilhabe von Erwerbslosen einhergeht, was nahelegt, dass Erwerbslose, die über ein geringeres Einkommen verfügen, eine geringere politische Teilhabe zeigen. Zudem wurde beschrieben, dass Armut für die mit Arbeitslosigkeit verbundene Not eine wichtige Rolle spielt (Zechmann und Paul 2019).

Hypothese_{1.2}: Erwerbslose mit einem höheren Einkommen sind besser in soziale Netze eingebunden, weniger häufig von materieller Deprivation betroffen und zeigen häufiger kulturelle und politisch-institutionelle Teilhabe.

Vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu sein, muss nicht gleichbedeutend damit sein, keiner Arbeit nachzugehen. Arbeit im Haushalt und in der Betreuung der Kinder stellt ebenso eine Form von Arbeit dar, die häufig von Frauen verrichtet werden. Solche Formen der Care-

Arbeit strukturieren den Alltag und können vor Stigmatisierung schützen (Jahoda et al. 1975, S. 83ff.; Kronauer 2002, S. 157). Andererseits bedeuten Kinder im Haushalt für erwerbslose Personen häufig eine große finanzielle Belastung (Schönherr et al. 2014, S. 8). Daher wird angenommen, dass in Haushalten mit Kindern, Erwerbslose häufiger mit materieller Deprivation zu kämpfen haben, aber besser in soziale Netze eingebunden sind.

Hypothese_{1.3}: Personen mit Kindern im Haushalt sind besser in soziale Netze eingebunden aber zeigen eine geringere materielle Teilhabe.

Empirisch zeigte sich bereits in früheren Studien, dass Personen mit geringer formeller Bildung weniger politisches Interesse und kulturelle Teilhabe zeigen (Böhnke 2006; Groh-Samberg und Lohmann 2014). In diesen Studien werden jedoch nicht gezielt erwerbslose Personen untersucht. Studien, die explizit die politische Teilhabe von Erwerbslosen thematisieren, kommen zu ambivalenten Ergebnissen (Kroh und Könnecke 2013; Marx und Nguyen 2016; Scott und Acock 1979). Wie bereits für Hypothese_{1.2} beschrieben wird, wird hier argumentiert, dass die politische Teilhabe mit dem sozialen Status verbunden ist, was nahelegt, dass Erwerbslose, die über ein geringeres Einkommen und geringere Bildung verfügen, eine geringere politisch-institutionelle Teilhabe zeigen.

Fällt niedrige Bildung mit Erwerbslosigkeit zusammen, dann engagieren sich Personen selten ehrenamtlich (Simonson und Hameister 2017). Ehrenamtliche Tätigkeit lässt sich als Ausdruck kultureller Teilhabe verstehen. Ein ähnlicher Eindruck bestätigt sich in Studien, die nicht spezifisch erwerbslose Personen untersuchen (Falk und Katz-Gerro 2016; Kraaykamp und Nieuwbeerta 2000; Yaish und Katz-Gerro 2012) und in denen der Zusammenhang zwischen Bildungsressourcen und kultureller Teilhabe betrachtet wird, was für diese Arbeit nahelegt, dass deren Ergebnisse auch auf erwerbslose Personen übertragbar sind. Zudem erfordert kulturelle Teilhabe häufig finanzielle Ressourcen, die bei Menschen mit geringerer Bildung tendenziell weniger stark ausgeprägt sind. Dass materielle Teilhabe in der Erwerbslosigkeit stark mit dem Bildungsstand korreliert, zeigt sich ebenfalls am Forschungsstand (Christoph 2008; Christoph und Lietzmann 2013).

Hypothese_{1.4}: Erwerbslose mit einer niedrigen Bildung zeigen eine geringere kulturelle, politisch-institutionelle und materielle Teilhabe als Erwerbslose mit mittlerer oder hoher Bildung.

Auf die Rolle des Bürger*innenstatus und damit der Ausbildung sozialer Rechte für die gesellschaftliche Teilhabe weist Kronauer in Anlehnung an Marshall (1987) hin (Kronauer

2002, S. 91). Staatsbürger*innen anderer Länder haben nicht die gleichen Rechte wie Personen, die die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie wohnen, besitzen. Insbesondere hinsichtlich politischer Rechte, zum Beispiel dem Wahlrecht, wird dies deutlich. Zwar stehen in Europa meist Migrant*innen sofort oder sehr schnell ökonomische und soziale Rechte zu, doch ist dies vor allem bei irregulären Migrant*innen nicht der Fall (Ataç und Rosenberger 2013, S. 46). Daher wird erwartet, dass Staatsbürger*innen anderer Länder in allen Dimensionen schlechter abschneiden und dies vor allem hinsichtlich der politisch-institutionellen Teilhabe der Fall ist.

Hypothese_{I.5}: Erwerbslose mit einer Staatsbürgerschaft eines anderen Landes zeigen eine geringere Einbindung in soziale Netze, sowie eine geringere materielle, kulturelle und vor allem politisch-institutionelle Teilhabe.

5.2 Hypothesen auf Kontextebene

Die zweite Forschungsfrage beschäftigt sich damit, inwiefern es länderspezifische Unterschiede hinsichtlich der Ausprägungen der Exklusionsdimensionen bei Erwerbslosen gibt. In dieser Arbeit wird argumentiert, dass Erwerbslose in unterschiedlichen europäischen Ländern auch unterschiedlich stark Risiken sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind. Die Theorie, dass sich Ausgrenzungserfahrungen im Vergleich zwischen Ländern unterscheiden ist nicht neu und wurde bereits in früheren Arbeiten festgestellt (Böhnke 2006). Weiterhin ist davon auszugehen, dass nicht alle Dimensionen sozialer Exklusion in gleichem Maße von den gleichen Prädiktoren erklärt werden können. Vielmehr wird vermutet, dass die Ausprägungen in der Ausgestaltung von Systemen zur Unterstützung von Erwerbslosen unterschiedliche Einflüsse auf einzelne Exklusionsrisiken haben.

Hypothese_{L.1}: Es lassen sich hinsichtlich aller vier Dimensionen Unterschiede zwischen den Ländern feststellen.

Die dritte Forschungsfrage bezieht sich auf die Erklärung der in Forschungsfrage 2 vermuteten internationalen Unterschiede in den Exklusionsrisiken und versucht diese durch die unterschiedliche Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme zu erklären. Die aufgeführten Hypothesen beziehen sich zum einen auf die Erklärungskraft der idealtypischen Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen als auch auf konkrete Kennzahlen der Ausgestaltung der verschiedenen Systeme, wie die Nettoersatzrate, die Strenge der Ausgestaltung der

Unterstützungsleistungen, der Abdeckungsrate von Erwerbslosen durch diese Leistungen sowie des Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitslosenquote im jeweiligen Land.

Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten wurden in der Vergangenheit im Vergleich zu liberalen Regimen mit vermehrter Einbindung in soziale Netze in Zusammenhang gebracht (Julkuunen 2002). Unterschiede in der sozialen Teilhabe wurden weiterhin auf kulturelle Unterschiede im familiären Zusammenhalt zurückgeführt (Paugam und Russel 2000). Traditionell beruht das rudimentäre Regime, das in den südeuropäischen Ländern vorherrscht, auf Traditionen der katholischen Kirche und ist stark von der Rolle der Familie geprägt, die Verantwortung übernehmen muss (Leibfried 1993, S. 141; Paugam und Russel 2000). Eine stärkere Einbindung in soziale Netze in rudimentären Systemen könnte also erwartet werden, wenn man davon ausgeht, dass sich Erwerbslose in diesen Ländern zwangsläufig an ihre Familien und andere soziale Beziehungen wenden müssen, um Unterstützung zu erhalten.

Hypothese_{L2}: Im Vergleich zu anderen Regimen ist die Einbindung in soziale Netze in rudimentären und sozialdemokratischen Systemen wahrscheinlicher.

Der rudimentäre Wohlfahrtsstaat, der mit dem von Gallie und Paugam als sub-protektiv beschriebenen Regime korrespondiert, bietet ebenso wie der liberale Wohlfahrtsstaat nur einen geringen und vermutlich nicht ausreichenden Schutz für Erwerbslose (Esping-Andersen 1990, S. 26f.; Gallie und Paugam 2000, S. 5 f.; Leibfried 1993, S. 141). In Bezug auf postsozialistische Länder wird häufig von minimalistischen Modellen gesprochen, auch wenn diejenigen Staaten, die nun der EU angehören, im Vergleich zu südosteuropäischen Ländern und ehemaligen Staaten der Sowjetunion ein höheres Niveau sozialer Sicherung besitzen (Keune 2009, S. 74; Orenstein 2008, S. 85). Die Betrachtung des Forschungsstandes hat gezeigt, dass großzügige wohlfahrtsstaatliche Leistungen vielfach mit einem höheren Wohlbefinden von Erwerbslosen in Zusammenhang gebracht werden können (Kameråde und Bennett 2018; Wulfgramm 2014). Es wird angenommen, dass daher in Wohlfahrtsstaaten mit großzügigeren Leistungen, vor allem sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten, das Risiko auf Exklusionsrisiken kleiner ist als in Wohlfahrtsstaaten, die keinen umfassenden Schutz bieten, wie das rudimentäre, postsozialistische oder liberale Regime. Es wird erwartet, dass konservative Staaten eine mittlere Position einnehmen, da in ihnen ein umfangreicherer Schutz für Erwerbslose erwartet wird als in rudimentären, postsozialistischen oder liberalen Regimen, aber ein geringerer Schutz als in sozialdemokratischen Regimen.

Hypothese_{L.3}: Die politisch-institutionelle, materielle und kulturelle Teilhabe ist in sozialdemokratischen Systemen im Vergleich zu rudimentären, postsozialistischen oder liberalen Systemen wahrscheinlicher.

Die Einteilung in wohlfahrtsstaatliche Regime hat, wie in Kapitel 3.2 beschrieben, den Nachteil, dass es sich um eine Einteilung in Idealtypen handelt, die in der Realität häufig schwer zu differenzieren und zuzuordnen sind. Hierbei sei insbesondere auf schwer zuordenbare Misch- und Sonderformen wie beispielsweise die Schweiz und der diffusen Einordnung der postsozialistischen Länder in die Idealtypen hingewiesen (Arts und Gelissen 2012, S. 579; Kollmorgen 2009, S. 80). Daher wird davon ausgegangen, dass sich aufgrund dieses hohen Grades an Ausdifferenzierung, die Kontexte verschiedener Arbeitslosenunterstützungssysteme besser unter Rücksichtnahme von Indikatoren der konkreten Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme als durch Idealtypen erklären lassen.

Hypothese_{L.4}: Die Variablen zur Ausprägung der Systeme zur Unterstützung Erwerbsloser eignen sich besser als Prädiktoren als die Regime-Klassifizierung.

Die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung soll in dieser Arbeit anhand der Merkmale der Höhe der Nettoersatzrate, der Quote der Erwerbslosen, die von den Leistungen abgedeckt sind (Abdeckungsquote) und der Strenge der Anforderungen für den Leistungserhalt erfasst werden. Zudem werden die Arbeitslosenquote und das Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt. Die folgenden Hypothesen beziehen sich auf diese Faktoren.

Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben wurde, zeichnen sich wohlfahrtsstaatlichen Systeme der Erwerbslosenunterstützung durch einen Mix aus Zwang und Befähigung aus. Sie haben damit neben der Funktion der Absicherung der Betroffenen auch das Potential neue Ungleichheiten zu schaffen und bereits bestehende zu verfestigen (Lessenich 2008b, S. 483). Ausgehend von den oben beschriebenen Studien von Schreyer et al. (2012) und Grüttner et al. (2016) ist zu vermuten, dass bereits die Androhung von Sanktionen als Zwangsmaßnahme mit einem Rückgang von sozialen Nahverbindungen einhergehen kann. Daher wird die Hypothese aufgestellt, dass in Systemen mit strengeren Anforderungen, Erwerbslose seltener gut in soziale Netze eingebunden sind.

Hypothese_{L.5}: In Ländern, in denen der Leistungserhalt mit strengeren Anforderungen verbunden ist, ist die Wahrscheinlichkeit der guten Einbindung in soziale Netze von Erwerbslosen geringer.

Partizipationsmöglichkeiten werden insbesondere institutionell vermittelt, weswegen Kronauer den Staat in einer besonderen Verantwortungsposition sieht (Kronauer 2002, S. 45 f.). Wohlfahrtsstaaten könnten demnach Teilhabe fördern, indem sie allen Erwerbslosen ausreichend Ressourcen für einen angemessenen Lebensstandard zur Verfügung stellen, ohne die Betroffenen zu stigmatisieren. In dieser Arbeit wird vermutet, dass die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe von Erwerbslosen an die zur Verfügung stehenden Ressourcen geknüpft ist, was bereits in Hypothese_{L.3} dargelegt wurde. Da eine höhere Nettoersatzrate nachweislich eine wichtige Rolle in der Armutsbekämpfung spielt (Bäckman 2005), sollte diese vor allem die Chance auf materielle Teilhabe erhöhen.

Eine hohe Nettoersatzrate bedeutet jedoch nicht automatisch, dass alle Erwerbslosen auch von ihr profitieren können. Die Abdeckungsquote, also der Anteil der Erwerbslosen, die tatsächlich auch Unterstützungsleistungen erhält, sollte sich daher ebenso als aussagekräftig erweisen. Doch auch die kulturelle und politisch-institutionelle Teilhabe könnten von der Ausgestaltung der Unterstützungssysteme beeinflusst werden. Beispielsweise ist die kulturelle Partizipation häufig mit einem finanziellen Aufwand verbunden. Zudem zeigte sich in früheren Studien bereits, dass Länder mit einem höheren Armutsrisiko unter den Erwerbslosen eine geringere formelle Partizipation und eine geringe Ausgewahrscheinlichkeit aufweisen (Dieckhoff und Gash 2015). Hinsichtlich der politisch-institutionellen Teilhabe finden Marx und Nguyen (2016), in deren Stichprobe nicht ausschließlich Erwerbslose untersucht wurden, heraus, dass in Ländern mit geringer Wohlfahrtsstaatlichkeit, niedrigem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und hohen Arbeitslosenquoten, der Unterschied in der politischen Partizipation von Erwerbslosen und Erwerbstätigen besonders stark ausgeprägt war. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass Erwerbslose in diesen Ländern eine geringere politisch-institutionelle Teilhabe zeigen als in anderen Ländern. Gallie und Paugam beschreiben, dass vermutlich die Abdeckungsquoten ein entscheidender Faktor dafür ist, wie sich der Wohlfahrtsstaat auf die Erfahrung von Erwerbslosigkeit auswirkt (Gallie und Paugam 2000, S. 4). Dabei spielt die Anerkennung der Erwerbslosigkeit als „echte“ Erwerbslosigkeit eine Rolle (ebd., S. 4).

Hypothese_{L.6}: In Ländern mit hohen Nettoersatzraten und größerer Abdeckung von Betroffenen haben Erwerbslose eine höhere Wahrscheinlichkeit auf materielle, kulturelle und politisch-institutionelle Teilhabe.

Hypothese_{L.7}: Ein höheres Bruttoinlandsprodukt ist mit einer vermehrten politisch-institutionellen Teilhabe von Erwerbslosen verbunden.

Dass eine hohe Arbeitslosenquote zu einer geringeren politischen Partizipation führt ist theoretisch jedoch nicht so einfach nachzuvollziehen. Hier wird stattdessen argumentiert, dass eine höhere Arbeitslosenquote das Stigma der Erwerbslosigkeit reduziert. Sind sehr viele Personen in der Umgebung einer Person ebenfalls erwerbslos, so wird die eigene Erwerbslosigkeit vermutlich nicht im gleichen Maße als individuelles Versagen wahrgenommen. Empirische Ergebnisse hinsichtlich dieses Zusammenhanges sind jedoch widersprüchlich (Clark und Oswald 1994; Pittau et al. 2010). Dennoch wird die Hypothese aufgestellt, dass diese Stigmataeffekte vor allem für die politisch-institutionelle und kulturelle Partizipation sowie die Einbindung in soziale Netze eine Rolle spielen.

Hypothesen_{L.8}: Hohe Arbeitslosenquoten sind mit einer höheren politisch-institutionellen und kulturellen Teilhabe sowie Einbindung in soziale Netzwerke von Erwerbslosen verbunden.

6 Methode

In diesem Kapitel soll das empirische Vorgehen dargelegt werden. Dafür soll zuerst die angewendete Methode der logistischen Mehrebenenanalyse vorgestellt und deren Vorteile sowie Voraussetzungen besprochen werden. Weiterhin wird auf die Vorgehensweise im theoriegeleiteten Aufbau und der Evaluierung der Modelle, sowie auf Details bezüglich der verwendeten Statistiksoftware, der Gewichtung sowie dem Vorgehen hinsichtlich der Standardisierung der Variablen eingegangen.

6.1 Die logistische Mehrebenenanalyse

6.1.1 Was ist die logistische Mehrebenenanalyse?

In dieser Arbeit liegen die abhängigen Variablen nicht in einer kontinuierlichen sondern einer binären Form vor (näheres dazu in Kapitel 7). Daher lässt sich nicht wie bei linearen Regressionen annehmen, dass eine Normalverteilung der Fehlerwerte vorliegt. Um dennoch aussagekräftige Ergebnisse erzielen zu können, werden verallgemeinerte lineare Modelle berechnet. Diese nehmen eine zur Berechnung notwendige Transformation sowie die Wahl der Fehlerverteilung in die Spezifikation der Modelle auf (Hox 2010, S. 113). Da die abhängigen Variablen in dieser Arbeit dichotom sind, handelt es sich bei der Transformation um eine logit-Transformation und die logit-Funktion wird als Link verwendet. Anstatt Werte der abhängigen Variablen auf Grundlage der unabhängigen vorherzusagen, wie dies bei linearen Modellen der Fall ist, werden mithilfe logistischer Modelle Wahrscheinlichkeiten des Eintreffens eines Ereignisses berechnet. Logistische Regressionsmodelle lassen im Vergleich zu linearen Modellen sinnvollere Aussagen über die geschätzten Werte zu, indem diese sich nur zwischen 1 und 0 befinden können, und besser mit der Relation von Mittelwert und Varianz, die häufig für diskrete Variablen besteht, umgehen können (Snijders und Bosker 1999, S. 207f.).

In dieser Arbeit werden also logistische Modelle gerechnet. Doch was versteht man unter logistischen Mehrebenenmodellen? In den Sozialwissenschaften werden für die Analyse von Querschnittsdaten die drei Analysestrategien der Individualdatenanalyse, der Aggregatdatenanalyse und der Mehrebenenanalyse voneinander unterschieden (Tausendpfund 2020, S. 121). Herkömmliche Regressionen auf Grundlage von Individualdaten erlauben Rückschlüsse über den Zusammenhang von einer oder mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variablen. So kann beispielsweise untersucht werden, inwiefern sich die Dauer der Erwerbs-

losigkeit auf die Einbindung in soziale Netze ausübt. Dagegen erlauben Analysen auf Grundlage von Aggregatdaten Aussagen über Effekte auf Makroebene. Ein Beispiel dafür wäre ein möglicher Zusammenhang zwischen der Erwerbslosenrate und der durchschnittlichen politischen Partizipation in den jeweiligen Ländern. Die Besonderheit der Mehrebenenanalyse ist, dass die abhängige Variable auf der Individualebene zu verorten ist, während die unabhängigen Variablen sowohl der Individualebene als auch der Aggregatebene angehören können. Hat eine Variable auf Individualebene einen Effekt auf die abhängige Variable, spricht man von einem Individualeffekt, während der Effekt einer Variable auf Aggregatebene einen Kontexteffekt darstellt (Tausendpfund 2020, S. 122). Ein struktureller Effekt liegt wiederum vor, wenn der Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable auf Individualebene durch unabhängige Variablen auf der Aggregatebene beeinflusst wird (ebd., S. 122).

Damit wird die Mehrebenenanalyse den theoretischen Überlegungen, dass sowohl individuelle Merkmale als auch Kontextfaktoren auf der Makroebene einen Einfluss auf das Risiko der sozialen Exklusion ausüben, gerecht. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass mithilfe der Mehrebenenanalyse die Realität besser abgebildet werden kann als mit alternativen Methoden. Eine alternative Vorgehensweise zur Berechnung der Modelle wäre die Berechnung von einzelnen Regressionsmodellen für die jeweiligen Länder, was bei der Anzahl der berücksichtigten Länder jedoch sowohl sehr aufwendig als auch schwer miteinander zu vergleichen wäre. Weiterhin wären Effekte auf Länderebene schwierig zu testen (Pötschke 2006, S. 174). Außerdem gibt es die Möglichkeit der Aggregation der Daten auf Individual-ebene, was den Nachteil hätte, dass Effekte ausschließlich auf der Länderebene interpretierbar wären. Zudem könnten Gruppenunterschiede nicht adäquat abgebildet werden und damit die ursprüngliche Datenstruktur nicht berücksichtigt werden. Des weiteren bestünde hierbei die Gefahr, dass Informationen verloren gehen könnten (Snijders und Bosker 1999, S. 13ff.). Die dritte alternative Option ist die Disaggregation der Variablen auf Länderebene. Bei dieser Methode läuft man Gefahr, einen Fehler erster Art zu begehen, also fälschlicherweise die Nullhypothese zurückzuweisen, und Unterschiede zwischen den Ländern zu unterschätzen (ebd., S. 16f.). Bei gewöhnlichen Regressionen liegen ausschließlich feste Effekte (Fixed Effects) vor. Das bedeutet, dass es genau einen Achsenschnittpunkt und eine Steigerung der Regressionsgeraden gibt. Bei der Mehrebenenanalyse ist es jedoch möglich, dass es für die Gruppen, in diesem Fall die einzelnen Länder, unterschiedliche Achsenschnittpunkte (Random Intercepts) und auch unterschiedliche Steigungen (Random Slopes) gibt.

Logistische Mehrebenenmodelle bauen auf der oben dargestellten Logik der gewöhnlichen logistischen Modelle auf und werden daher im Grunde gleich interpretiert (Pötschke 2014, S. 233). Anders als bei linearen Regressionen, bei denen meist auf das Schätzverfahren der kleinsten Quadrate zurückgegriffen wird, werden Mehrebenenanalysen mithilfe der Maximum-Likelihood-Methode (ML-Methode) geschätzt. Bei dieser werden in einem iterativen Verfahren jene Schätzparameter ausgewählt, die aufgrund der beobachteten Stichprobe die maximalste Wahrscheinlichkeit aufweisen. Der Vorteil der ML-Methode ist, dass sie Schätzungen erlaubt, die robust gegenüber geringfügigen Verletzungen der Annahmen, wie zum Beispiel der Normalverteilung der Residuen, sind und die zudem effizient und konsistent sind (Hox 2010, S. 40f.)

6.1.2 Ansprüche der Modelle an die Daten

Bei einer Mehrebenenanalyse können, wie oben beschrieben, individuelle und kontextuelle Effekte simultan abgebildet werden. Im Fall dieser Arbeit handelt es sich hierbei um personenbezogene (1. Ebene) und länderbezogene (2. Ebene) Einflüsse auf das Exklusionsrisiko in der Erwerbslosigkeit. Die hierarchische Struktur der Daten, das bedeutet die Zuordenbarkeit eines Elements auf der unteren Ebene zu genau einem Element auf der darüberliegenden Ebene, ist eine wichtige Anforderung an die Modelle, die in dieser Arbeit erfüllt ist. Neben der hierarchischen Strukturiertheit der Daten müssen allerdings noch andere Voraussetzungen erfüllt sein, um eine Mehrebenenanalyse durchführen zu können. Dazu gehört eine gewisse Anzahl an Fällen auf beiden Ebenen. Es wird als wichtiger angesehen, dass eine große Anzahl an Beobachtungen auf der Kontextebene vorliegt, als eine große Anzahl an Beobachtungen auf der Individualebene (Maas und Hox 2005, S. 88). Für Analysen mit einer dichotomen abhängigen Variable ist eine größere Stichprobe zudem bedeutsamer, als für die Analysen mit normalverteilten Daten (Hox 2010, S. 235 ff.). Dennoch gibt es in der Literatur keine konkrete und einheitliche Mindestanzahl, die für die Durchführung einer Mehrebenenanalyse gegeben sein muss. Die angemessene Anzahl an Fällen ist im Gegenteil höchst umstritten. Der Ursprung der Debatte geht auf Krefts 30/30-Regel zurück, die besagt, dass mindestens 30 Fälle auf zweiter Ebene je mindestens 30 Fälle auf erster Ebene beinhalten sollten (Kreft 1996). Maas und Hox schlagen vor, mindestens 30 Gruppen einzubeziehen, wenn Kontexteffekte berücksichtigt werden, und 50 Gruppen, wenn die Standardfehler gut geschätzt werden sollen (Maas und Hox 2004, S. 135). Dagegen empfehlen andere Autor*innen, unter Rücksichtnahme von Cross-Level-Effekten darauf zu achten, dass die zweite Ebene lediglich aus

mehr als 20 Gruppen besteht (Kreft und De Leeuw 1998, S. 126). In der Praxis wird jedoch häufig auch mit kleineren Gruppengrößen gearbeitet.

In dieser Arbeit sollen auf Kontextebene 29 Länder in die Analyse einfließen. Das Einbeziehen einer größeren Anzahl an Ländern ist aufgrund der Datenlage und der reell begrenzten Anzahl europäischer Länder nicht möglich. Daher soll bei der Auswertung besonders darauf Acht gegeben werden, einerseits sparsam mit den Level-2-Variablen zu verfahren und keine Random Slopes zu berechnen und andererseits, eine mögliche Verzerrung der Signifikanz-Schätzer in Betracht zu ziehen. Der Verzicht auf Random Slopes stellt für die Arbeit kein Hindernis dar, da ein größeres Interesse an den Kontexteffekten besteht.

6.2 Vorgehensweise

6.2.1 *Modellaufbau*

6.2.1.1 *Modellaufbau nach Hox*

Die Schätzung der Modelle für die Mehrebenenanalyse ist an dem Vorgehen nach Hox orientiert (Hox 2010, S. 56–59). Dieser empfiehlt, den Modellaufbau in 5 Schritten durchzuführen, die im Folgenden vorgestellt werden sollen.

Der erste Schritt stellt die Analyse ohne jegliche erklärende Variablen mithilfe des sogenannten Intercept-Only-Modells, im deutschen auch Nullmodell genannt, dar. Mit diesem können zwar nur wenige Informationen über die eigentliche Forschungsfrage und die Überprüfung der Hypothesen gewonnen werden, jedoch kann so der Intraklassenkorrelationskoeffizient (ICC) ermittelt werden, die beschreibt, wie die Zugehörigkeit zu einem Land den Anteil der Gesamtvarianz maximal erklärt. Der ICC kann einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Wert von 0 würde bedeuten, dass die Gesamtvarianz nur auf Unterschiede innerhalb der Gruppen zurückgeht, also ausschließlich von den Individualvariablen erklärt werden kann. Die Beurteilung des ICC ist abhängig vom Kontext der Untersuchung vorzunehmen (Hox 2010, S. 244). Als Richtwert schlägt Hox vor, in den meisten Fällen 0,05 als kleinen, 0,10 als mittleren und 0,15 als hohen Wert zu interpretieren (ebd., S. 244). Ist der ICC zu gering, sollte hinterfragt werden, ob ein Weiterführen der Mehrebenenanalyse sinnvoll ist. Im nächsten Schritt kommen alle erklärende Variablen auf der untersten Ebene, in diesem Fall der Individualebene, hinzu. Diese werden zunächst als fixe Parameter dem Modell zugeführt. „Fixed“ heißt, dass die Regressionslinien der verschiedenen Länder zwar in ihrem Niveau variieren,

die Regressionskoeffizienten jedoch konstant gehalten werden. Mithilfe dieses Modells kann die Erklärungskraft der Variablen auf Individualebene untersucht werden. Im dritten Schritt werden zusätzlich dazu die erklärenden Variablen der Kontextebene, in diesem Fall Nationalstaaten, berücksichtigt. Mithilfe dieses Modells kann untersucht werden, ob die unabhängigen Variablen auf Länderebene die Variation zwischen den Gruppen in der abhängigen Variable erklären. Im vierten Schritt wird überprüft, ob eine der Steigungen der erklärenden Variablen eine signifikante Varianzkomponente zwischen den Gruppen aufweist. Dabei empfiehlt Hox, Modelle mit Random Slopes aller Variablen einzeln zu berechnen und dadurch zu ermitteln, bei welchen Variablen sich die Varianzkomponenten zwischen den Gruppen signifikant unterscheiden, um diese schließlich zusammen in das Modell zu überführen. Der letzte Schritt besteht schließlich darin, Cross-Level-Interaktionen in das Modell einzubauen. Dabei handelt es sich um Interaktionseffekte über beide Ebenen hinweg. Cross-Level-Interaktionen sind interessant, wenn man davon ausgeht, dass der Einfluss eines Prädiktors auf der ersten Ebene auf die abhängige Variable von einem Prädiktor der zweiten Ebene abhängig ist. (Hox 2010, S. 56–59).

6.2.1.2 Modellaufbau in dieser Arbeit

In dieser Arbeit sollen die Dimensionen der sozialen Exklusion getrennt voneinander betrachtet werden, um Unterschiede der Effekte besser darstellen zu können. Daher werden die nach Hox beschriebenen Modelle einzeln für jede abhängige Variable berechnet. Es werden für jede Determinante ein Nullmodell mit und ohne Random Intercept geschätzt und auf dieser Basis der ICC ermittelt. Danach wird ein Modell mit den Variablen der Individualebene geschätzt. Im nächsten Schritt werden Kontexteffekte hinzugefügt. Das erste Modell mit Kontexteffekten berücksichtigt die Arbeitslosenquote als Kontrollvariable und zudem die wohlfahrtsstaatlichen Regime. Das zweite Modell beinhaltet die Arbeitslosenquote, das Bruttoinlandsprodukt, die Abdeckungsquote, den Strenge-Index und die Nettoersatzrate. Diese Modelle mit Prädiktoren auf Länderebene werden einzeln berechnet, damit einerseits ein besserer Vergleich zwischen der Aussagekraft der beiden Herangehensweisen möglich ist und andererseits, da das Einbeziehen aller erklärenden Variablen auf Länderebene aufgrund ihrer Anzahl zu einer unzuverlässigen Schätzung führen könnte.

In dieser Arbeit sollen nur Modelle bis zum dritten Schritt, der Berechnung von Modellen mit Kontexteffekten, geschätzt werden. Dies hat zwei Gründe. Zum einen sind solche Modelle ausreichend, um die Forschungsfragen und Hypothesen zu bearbeiten. Da die Anzahl der Länder mit 29 für eine Mehrebenenanalyse zudem relativ gering ist (siehe Kapitel 6.2), sollte

der Verzicht auf Random Slopes und Cross-Level-Interaktionen zudem zu einer genaueren Schätzung der Parameter führen (Hox 2010, S. 235).

6.2.2 Gütemaße

6.2.2.1 Fitmaße

Die Güte der Modelle lässt sich in logistischen Mehrebenenmodellen mit verschiedenen Kennzahlen beschreiben. Mithilfe von AIC und BIC wird ein Vergleich zwischen den unterschiedlichen Modellen möglich, um das am besten passende Modell zu ermitteln (Wenzelburger et al. 2014, S. 78). Das Akaike Informationskriterium (AIC) ist ein Gütekriterium, das zum Vergleich von Modellspezifikationen herangezogen wird. Je niedriger der Wert ist, desto besser ist die Anpassung des Modells. In Mehrebenenmodellen wird das AIC auf Grundlage der Devianz berechnet, wobei die Devianz mit der verdoppelten Anzahl der geschätzten Parameter addiert wird (Hox 2010, S. 50). Das Schwarz-Bayes-Informationskriterium, auch bayessches Informationskriterium genannt (BIC) beruht ebenfalls auf der Devianz, wobei auch hier ein niedrigerer Wert für eine bessere Modellanpassung spricht. Das BIC bestraft komplexere Modelle stärker als das AIC, was dazu führt, dass kleinere Modelle bevorzugt werden. Da jedoch in Mehrebenenanalysen einen unterschiedlichen Stichprobenumfang auf den verschiedenen Ebenen haben, ist das AIC zu bevorzugen (ebd., S. 51). In dieser Arbeit werden sowohl AIC als auch BIC angegeben.

AIC und BIC sind jedoch nur deskriptiver Natur und beziehen sich immer nur auf die Anpassung eines einzelnen Modells, weswegen keine Hypothesen zur relativen Modellanpassung formal getestet werden können. Um zu eruieren, ob Unterschiede in der Anpassung innerhalb der Stichprobe auch repräsentativ für einen Unterschied in der Anpassung in der Gesamtbevölkerung ist, werden die Modelle mithilfe des Likelihood-Ratio-Tests (LRT) untereinander verglichen. Bei dem LRT handelt es sich um einen Hypothesentest, bei denen verschiedene Maximum-Likelihood-Schätzungen miteinander verglichen werden. Grundsätzlich vergleicht der Test die Passform zweier Modelle miteinander, wobei die Nullhypothese besagt, dass das kleinere Modell das bessere Modell ist. In diesem Fall wird bei einem p-Wert kleiner als 0,05 diese Nullhypothese verworfen. Einerseits kann so durch den LRT überprüft werden, ob das Hinzufügen weiterer Variablen zu einer signifikanten Verbesserung des Modelles führt. Andererseits kann auch evaluiert werden, ob durch die Spezifikation von Random Effects das Modell signifikant besser zu den Daten passt. Der Vorteil des AIC oder BIC gegenüber dem LRT ist, dass auch Modelle, die nicht hierarchisch sind, also nicht auf die selben Variablen

zurückgreifen, aber auf Basis der selben Daten berechnet werden, verglichen werden können (Hox 2010, S. 47).

6.2.2.2 *Maße für die Erklärungskraft*

Die oben vorgestellten Gütemaße sind zwar gut geeignet, um Modelle untereinander hinsichtlich der am besten passenden Modellspezifikationen zu ermitteln, bieten jedoch kein absolutes Maß für die Erklärungskraft der Modelle (Wenzelburger et al. 2014, S. 78). Um diese zu bewerten, wird bei der Auswertung von Mehrebenenmodellen auf das Pseudo- R^2 zurückgegriffen. Ähnlich wie das R^2 bei linearen Regressionen, gibt das Pseudo- R^2 Auskunft über die erklärte Devianz und ermöglicht einen Vergleich zwischen den geschätzten Modellen. Es gibt jedoch nicht nur eine Möglichkeit, das Pseudo- R^2 zu berechnen, sondern vielmehr unterschiedliche Maßzahlen, die eine unterschiedliche Aussagekraft haben. Die am häufigsten verwendeten Pseudo- R^2 sind jene von Maddala (1986), McFadden (1979), Raudenbush und Bryk (2002) sowie nach Snijders und Bosker (1994). In dieser Arbeit wird Nakagawa's R^2 verwendet (Nakagawa et al. 2017). Nakagawa et al. schlagen vor, zwei Typen von R^2 zu berechnen: das marginale R^2 und das konditionelle R^2 . Während das marginale R^2 nur die Varianz der Fixed Effects einbezieht, berücksichtigt das bedingte R^2 sowohl die Fixed- als auch Random Effects. Ein höheres R^2 in einem Modell weist darauf hin, dass ein größerer Anteil der Gesamtvarianz durch das Modell erklärt werden kann.

6.2.3 *Statistiksoftware, Gewichtung und Standardisierung*

Die Analyse wird mithilfe der Statistiksoftware R in der Version 4.1.2 durchgeführt. Im Anhang sind die verwendeten Pakete aufgelistet. Die Modelle werden mithilfe der Funktion `glmer` aus dem Paket `lme4` geschätzt.

Die Annahme der zufallsbasierten Stichprobenziehung kann bei einer großen Datenerhebung wie der EU-SILC nicht aufrechterhalten werden. Von Eurostat wird vorgegeben, dass die Daten auf einer national repräsentativen Wahrscheinlichkeitsstichprobe der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung beruhen soll und unabhängig von Staatsangehörigkeit, Sprache oder rechtlichem Aufenthaltsstatus erfolgen soll (Eurostat 2018). Um Defizite in der Stichprobe auszugleichen, werden Stichprobengewichte herangezogen, die hinsichtlich der Verteilung von Haushalten und Personen in der Gesamtpopulation, des Geschlecht, Alters, der Haushaltsgröße und -zusammensetzung und Wohnorte, sowie Einkommensdaten korrigierend wirken sollen (Eurostat 2020b). Die Analyse in dieser Arbeit soll daher das persönliche Quer-

schnittsgewicht (Variable PB040) nutzen. Diese Gewichte wurden skaliert, um Schätzung zu verbessern und die Berechnung der Modelle zu vereinfachen (Asparouhov 2006; Carle 2009).

Die metrischen unabhängigen Variablen auf Kontextebene wurden für die Analyse um ihren Mittelwert zentriert und schließlich skaliert, indem der Wert durch die Standardabweichung dividiert wurde. In dieser Weise wurden die Variablen des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf nach Kaufkraftparitäten, der Erwerbslosenrate, der Abdeckung der Erwerbslosen durch staatliche Unterstützungsleistungen, der Nettoersatzrate und des Indexes zur Erfassung der Strenge der jeweiligen Systeme standardisiert. Eine solche Zentrierung hat den Vorteil, dass die Regressionskonstante der zentrierten Variablen für Personen mit mittleren Merkmalsausprägungen interpretiert werden kann. Sie hat weiterhin den Vorteil, dass dadurch Konvergenzprobleme vermieden werden können. Die metrische Variable auf Individualebene, das verfügbare Haushaltseinkommen, nachfolgend auch als Einkommen bezeichnet, wird nicht anhand des Mittelwertes der Gesamtstichprobe, sondern am Mittelwert des jeweiligen Landes zentriert. Dieses sogenannte Group-Mean-Centering ist sinnvoll, wenn die relative Positionierung eines Individuums im Vergleich zu anderen Individuen der gleichen Gruppe als relevant erachtet wird, was auch unter dem Namen „frog pond effect“ bekannt ist (Hox 2010, S. 69). Dieser Effekt beschreibt, dass Personen in unterschiedlichen Ländern aber mit dem gleichen Einkommen, je nachdem, wie hoch das Einkommen der anderen Personen im gleichen Land ist, ihre Situation subjektiv unterschiedlich einschätzen. Die Zentrierung des Einkommens am Grand-Mean, also am Mittelwert aller Fälle ungeachtet der Länderzugehörigkeit, hätte den Nachteil, dass sowohl Unterschiede innerhalb einer Landes (Within-Effect) und Unterschiede zwischen den Ländern (Between-Effect) nicht mehr nachzuvollziehen wären. Da angenommen wird, dass hinsichtlich des Einkommens die relative Position eines Individuums in Bezug auf den Mittelwert ihrer Gruppe von größerer Bedeutung ist als die absoluten Werte, wird diese Variable am Group-Mean zentriert.

7 Daten

Im Folgenden sollen die verwendeten Datenquellen vorgestellt werden und die Konstruktion der abhängigen sowie unabhängigen Variablen erläutert werden. Dies erfolgt zuerst auf der Individualebene, für die Daten der EU-SILC herangezogen werden, und schließlich auf der Kontext- oder Länderebene, die mithilfe von Daten der World Bank, der OECD und der ILO beschrieben werden.

7.1 Daten und Operationalisierung auf Individualebene

7.1.1 Methodologie der EU-SILC

EU-SILC ist eine jährlich durchgeführte, EU-weite Erhebung zu Einkommens- und Lebensbedingungen von Privathaushalten. SILC steht für "Statistics on Income and Living Conditions". Sie beinhaltet vorwiegend Fragen über Lebensbedingungen, Einkommen, Armut, Deprivation und sozialer Exklusion, wobei die Definition sozialer Exklusion im Rahmen der EU-SILC sich vorwiegend auf materielle Aspekte sozialer Teilhabe bezieht. Die EU-SILC wird jährlich durchgeführt. Es wird in dieser Arbeit auf Daten aus dem Jahr 2015 zurückgegriffen, was den Vorteil hat, dass in diesem Jahr zusätzliche Fragen zur sozialen und kulturellen Teilhabe sowie zur materiellen Deprivation gestellt wurden, die für diese Analyse relevant sind (Eurostat 2016).

Die Daten in der EU-SILC basieren auf einer national repräsentativen Wahrscheinlichkeitsstichprobe der im jeweiligen Land in Privathaushalten lebenden Bevölkerung und erfassen Personen unabhängig von ihrer Sprache, Nationalität oder ihrem Aufenthaltsstatus. Befragt werden Personen ab 16 Jahren. In der EU-SILC werden sowohl Längsschnitt- als auch Querschnittsdaten erhoben. Die Längsschnittdaten stammen aus einer rotierenden Panelstudie, in der Haushalte in mindestens vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt werden (Eurostat 2018).

Die Befragung wurde in allen damaligen 28 Mitgliedsstaaten, sowie in Island, Norwegen, der Schweiz, der Türkei, Montenegro, Serbien und Mazedonien durchgeführt (Eurostat 2016, S. 17). Da sich das Forschungsinteresse auf Exklusionsdimensionen von Erwerbslosen bezieht, werden nur Personen, die selbst angeben, erwerbslos zu sein (Variable PL031) berücksichtigt. Zudem wird die Stichprobe auf Personen im erwerbsfähigen Alter beschränkt, weswegen Per-

sonen über 65 Jahren ausgeschlossen werden. Weiterhin wurden die Länder Zypern, Island und Serbien von der Analyse ausgeschlossen, da es für diese Länder keine vergleichbaren Daten bezüglich der Abdeckungsquote, der Nettoersatzraten beziehungsweise der Strenge der wohlfahrtsstaatlichen Systeme gibt. Daher werden in dieser Analyse insgesamt 29 Länder mit 25.644 Befragten berücksichtigt.

7.1.2 Abhängige Variablen

Als abhängige Variablen sollen die einzelnen Dimensionen von sozialer Exklusion, also Einbindung in soziale Netze, kulturelle Teilhabe, materielle Teilhabe und politisch-institutionelle Teilhabe herangezogen. Die fünfte Dimension, die Teilhabe am Arbeitsmarkt, wird bereits durch die Stichprobe, die ausschließlich aus Erwerbslosen besteht, berücksichtigt. Durch getrennte Analysen für verschiedene Dimensionen sozialer Exklusion kann untersucht werden, ob sich bestimmte Dimensionen stärker in internationalen Vergleich unterscheiden und stärker von der Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme betroffen sind als andere. Dazu wurden Variablen erstellt, die auf Basis der Datenlage eine möglichst gute Darstellung der Dimensionen bieten sollen. Diese Variablen sollen im Folgenden vorgestellt werden. Da es bisher keine Forschungen gibt, die auf der EU-SILC aufbauend diese Dimensionen in gleicher Weise untersuchten, erfolgt die Wahl der abhängigen Variablen vor allem theoriegeleitet als ausgerichtet an frühere Operationalisierungen.

7.1.2.1 Einbindung in soziale Netze

Um die Einbindung in soziale Netzwerke festzustellen, wurde auf Variablen aus dem Ad-Hoc Modul des Datensatzes, also des Schwerpunktes des Fragebogens im Jahr 2015, zurückgegriffen. Dabei handelt es sich um die Variablen der Häufigkeit des Treffens mit Familienmitgliedern oder Verwandten (PS050), der Häufigkeit des Treffens mit Freund*innen (PS060), der Häufigkeit des Kontakts mit Familienmitgliedern oder Verwandten (PS070), der Häufigkeit des Kontakts mit Freund*innen (PS080), der Möglichkeit, Hilfe in jeglicher Form von Verwandten, Freund*innen oder Nachbarn zu bekommen (PS090), sowie der Möglichkeit, persönliche Anliegen mit mindestens einer Person besprechen zu können (PS091). Die ersten 4 Indikatoren haben die Ausprägungen täglich, jede Woche (nicht täglich), mehrfach im Monat (nicht jede Woche), einmal im Monat, wenigstens einmal im Jahr (weniger als einmal im Monat) und nie. Die anderen beiden Indikatoren sind mit den Antwortmöglichkeiten Ja und Nein dichotom erfasst. Als nicht gut eingebunden in soziale Netze gilt für diese Untersuchung eine Person, die weder jemanden hat, mit dem persönliche Anliegen besprochen werden können, noch Verwandte, Freunde oder Nachbarn um Hilfe bitten kann und weniger als einmal wö-

chentlich mit Familie oder Freund*innen Kontakt hat oder zusammenkommt. Ein Überblick über die Verteilung dieser Variable findet sich in Tabelle 2.

7.1.2.2 *Kulturelle Teilhabe*

Zur Erfassung der kulturellen Teilhabe werden zum einen die Variablen PS010 - PS040 herangezogen. In diesen Variablen werden Informationen über die Häufigkeit des Besuches des Kinos, kultureller Veranstaltungen, Sportevents und Live Performances erfasst. Die möglichen Ausprägungen sind erneut täglich, jede Woche (nicht täglich), mehrfach im Monat (nicht jede Woche), einmal im Monat, wenigstens einmal im Jahr (weniger als einmal im Monat) und nie. Weiterhin wird in der EU-SILC abgefragt, ob die befragte Person ehrenamtlich tätig ist. Dabei wird informelle Freiwilligenarbeit (PS100), die eine unbezahlte Tätigkeit außerhalb einer Organisation oder Einrichtung darstellt, und formelle Freiwilligenarbeit (PS101), die in einer Organisation oder Einrichtung stattfindet, voneinander unterschieden. In dieser Untersuchung wird eine Person mit kultureller Teilhabe als eine Person erfasst, die mindestens eine der vier oben genannten Aktivitäten mindestens einmal im Jahr ausführt oder sich entweder formell oder informell freiwillig engagiert. Die Verteilung für diese Variable findet sich ebenfalls in Tabelle 2.

7.1.2.3 *Materielle Teilhabe*

Wer als arm gilt oder nicht, zeichnet sich dadurch aus, wie die Person am als in der Gesellschaft als angemessen zu bezeichnenden Lebensstandard teilhaben kann (Kronauer 2002, S. 176). Hierbei ergibt sich für diese Untersuchung die Einschränkung, dass ein angemessener Lebensstandard in den unterschiedlichen Ländern dieser Arbeit etwas anders bedeuten kann. Kronauer kritisiert jedoch das häufige Vorgehen, Armutsgrenzen bei 40 % oder 60 % des Durchschnittseinkommens festzusetzen, da diese „statistische[n] Notbehelfe“ (ebd., S. 177) zu unscharfe Indikatoren von relativer Deprivation seien. Da zudem das Bruttoinlandsprodukt als Kontrollvariable auf Länderebene fungiert und somit Unterschiede in den Lebensstandards in den einzelnen Ländern in den Modellen bereits berücksichtigt werden, wird in dieser Arbeit auf eine die Dimension der materiellen Teilhabe theoretisch besser beschreibende Art der Operationalisierung zurückgegriffen und ein sich in der Vergangenheit bewährtes Messinstrument der EU-SILC verwendet werden (Alkire et al. 2014). Materielle Teilhabe wird in dieser Arbeit anhand der Kriterien der schweren materiellen Deprivation von Eurostat verstanden (Eurostat 2012, S. 9). Schwere materielle Deprivation ist definiert als erzwungene Unfähigkeit mindestens vier der folgenden Posten finanziell zu bewältigen: (1) unerwartet anfallende Ausgaben aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten, (2) mindestens eine Woche pro

Jahr Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen, (3) Vermeidung von Zahlungsrückständen (bei Hypotheken, Mieten, Stromrechnungen oder Ratenzahlungen), (4) jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine hochwertige vegetarische Mahlzeit zu essen, (5) die Wohnung angemessen zu heizen, (6) eine Waschmaschine, (7) einen Farbfernseher, (8) ein Telefon, (9) ein Auto zu besitzen. Diese Informationen finden sich in der Variablen RX060. Im Gegensatz dazu müssen für „einfache“ materielle Deprivation drei Indikatoren erfüllt sein. Ein Überblick über die materielle Teilhabe findet sich in Tabelle 2.

7.1.2.4 Politisch-institutionelle Teilhabe

Die politisch-institutionelle Teilhabe wurde mithilfe des Indikators der Teilnahme an politischen Protestaktionen erfasst (Variable PS102). Die Befragten sollten angeben, ob sie in den vergangenen 12 Monaten als aktive*r Bürger*in aufgetreten sind und beispielsweise Petitionen unterzeichnet, an Protestaktionen oder Demonstrationen teilgenommen oder Briefe an Politiker*innen oder Medien geschrieben haben. Auch Formen der politischen Partizipation über das Internet, wie das Unterschreiben von Online-Petitionen sind darin einbezogen. Ist dies der Fall, so wird dies als politisch-institutionelle Teilhabe gewertet. Leider gibt es in der EU-SILC-Daten keine Informationen über das Wahlverhalten der Befragten oder der Einschätzung des eigenen politischen Einflusses, die aus diesem Grund nicht berücksichtigt werden konnten. Auch die Verteilung dieser Variable ist in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2: Verteilung der abhängigen Variablen

	ungewichtet	gewichtet
Variablen	N = 25,644 ¹	N = 33,238 ¹
Einbindung in soziale Netze	20,190 (79%)	25,535 (77%)
kulturelle Partizipation	15,244 (59%)	19,749 (59%)
materielle Partizipation	18,362 (72%)	24,346 (73%)
politische Partizipation	1,994 (7.8%)	3,008 (9.1%)
¹ n (%)		

7.1.3 Unabhängige Variablen

Das Geschlecht wird in der EU-SILC als eine dichotome Variable erfasst, die die Ausprägungen männlich und weiblich enthält (Variable PB150). Das Alter wurde als Geburtsjahr aufgenommen und mithilfe des Interviewzeitpunktes als Alter in Jahren umgerechnet (Variable PB140). Schließlich wurden 6 Altersgruppen gebildet. Diese sind: Personen bis einschließlich

19 Jahren, 20-29-jährige, 30-39-jährige, 40-49-jährige, 50-59-jährige und 60-65-jährige. Das Bildungsniveau wurde als höchste erfolgreich abgeschlossene ISCED-Stufe der UNESCO erfasst (Variable PE040). ISCED steht für International Standard Classification of Education. Anhand dieser Stufen wird das Bildungsniveau in die Kategorien niedrig (ISCED 0–2), mittel (ISCED 3–4) und hoch (ab ISCED 5) aufgeteilt. Zudem wird die Variable der Staatsbürgerschaft einbezogen (Variable PB220A). In der EU-SILC wird diese als Variable mit 3 Ausprägungen erfasst, je nachdem ob die Person die lokale Staatsbürgerschaft, eine Staatsbürgerschaft in einem Land der EU oder eine andere Staatsbürgerschaft besitzt. Die Dauer der Erwerbslosigkeit wird in der EU-SILC als Anzahl an Monaten erfasst (Variable PL080). Gibt die befragte Person an, länger als zwölf Monate erwerbslos zu sein, so wird sie der Kategorie 12 Monate hinzugerechnet. Aus diesem Grund, und da die Monate 1 bis 11 relativ selten angegeben wurden, wurde die Variable ordinal in 3 Kategorien umcodiert. So wird nun zwischen Personen, die unter einem Monat, zwischen einem und 11 Monaten und ab 12 Monaten erwerbslos sind, unterschieden. Eine weitere unabhängige Variable stellt die Haushaltszusammensetzung dar (Variable HX060). Die ursprünglich 10 Kategorien wurden dafür zu folgenden 7 Kategorien zusammengefasst: Ein-Personen-Haushalt, zwei Erwachsene ohne Kinder, zwei Erwachsene mit mindestens einem Kind, Ein-Eltern-Haushalt, anderer Haushalt mit Kindern und anderer Haushalt ohne Kinder. Die Kategorie „Andere Form von Haushalt“ wurde von der Analyse ausgeschlossen, da sie in vielen Ländern gar nicht angegeben wurde. Die letzte erklärende Variable auf Individualebene stellt das Einkommen dar. Dabei handelt es sich um die Variable HY020, dem verfügbaren Haushaltseinkommen. Eine Übersicht über die verwendeten Variablen ist in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3: Unabhängige Variablen auf Individualebene

Variablen	ungewichtet	gewichtet
	N = 25,644 ¹	N = 33,238 ¹
Geschlecht		
Männer	13,114 (51%)	17,434 (52%)
Frauen	12,530 (49%)	15,804 (48%)
Alter		
bis 25 J.	3,842 (15%)	4,800 (14%)
26-35 J.	5,583 (22%)	7,819 (24%)
36-45 J.	5,502 (21%)	7,340 (22%)
46-55 J.	6,070 (24%)	7,628 (23%)
56-65 J.	4,647 (18%)	5,651 (17%)
Bildungsniveau		
niedrig	9,333 (36%)	13,532 (41%)
mittel	12,173 (47%)	14,205 (43%)
hoch	4,138 (16%)	5,501 (17%)
Einkommen	12,499 (6,473, 21,570)	14,890 (8,181, 24,578)
Staatsbürgerschaft		
Staatsbürgerschaft des jew. Landes	23,973 (93%)	30,110 (91%)
Staatsbürgerschaft in EU	524 (2.0%)	892 (2.7%)
andere Staatsbürgerschaft	1,147 (4.5%)	2,236 (6.7%)
Haushaltsstruktur		
Ein-Personen-HH	3,008 (12%)	5,766 (17%)
2 Erwachsene, keine Kinder	5,148 (20%)	6,786 (20%)
2 Erwachsene mit min. 1 Kind	6,202 (24%)	7,898 (24%)
Ein-Eltern-HH	987 (3.8%)	1,613 (4.9%)
Anderer HH mit Kindern	4,150 (16%)	4,345 (13%)
Anderer HH ohne Kinder	6,149 (24%)	6,830 (21%)
Dauer der Erwerbslosigkeit		
bis 1 Monat	2,683 (10%)	3,760 (11%)
1 bis 12 Monate	5,764 (22%)	7,453 (22%)
ab 12 Monate	17,197 (67%)	22,025 (66%)

¹ n (%); Median (IQR)

7.2 Daten und Operationalisierung auf Länderebene

Die Daten der 2. Ebene, die länderspezifisch sind, stammen aus unterschiedlichen Datenquellen. Einige der verwendeten Indikatoren wurden aufbauend auf bestehenden Datensätzen und theoretischen Berücksichtigungen selbst kalkuliert. Im Folgenden sollen die verwendeten Indikatoren vorgestellt werden. Dabei handelt es sich um das Bruttoinlandsprodukt (BIP), der

Arbeitslosenquote, der Abdeckung von Personen von Leistungen zu Erwerbslosenunterstützung, der Strenge dieser Leistungssysteme, der Nettoersatzrate und der Zuordnung zu wohlfahrtsstaatlichen Regimen.

Als Indikator für die Höhe des Lebensstandards eines Landes soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) berücksichtigt werden. Da das Interesse an dieser Variable jedoch nicht an der reinen Wirtschaftsleistung liegt, sollte es in Relation zu der Menge an Gütern und Dienstleistungen betrachtet werden, die vor Ort mit dem gleichen Einkommen gekauft werden können. Um den internationalen Vergleich daher sinnvoller zu gestalten, sollen Kaufkraftparitäten (KKP) berücksichtigt werden. Es wird aus diesem Grund auf das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf zurückgegriffen. Die Daten dazu stammen von der World Bank und beziehen sich auf das Jahr 2015 (World Bank 2021). Die Variable des BIP ist in den Tabellen 4 und 5 dargestellt.

Eine weitere Determinante auf Makroebene stellt die Nettoersatzrate dar. Diese bezeichnet das Verhältnis des Haushaltsnettoeinkommens in einem ausgewählten Monat der Erwerbslosigkeit zum Haushaltsnettoeinkommen vor dem Arbeitsplatzverlust. Dabei ist zu beachten, dass es die eine Nettoersatzrate nicht gibt. Vielmehr gibt es eine Vielzahl an Nettoersatzraten, die hinsichtlich der familiären und individuellen Merkmalen der Bezieher*innen, der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit sowie den verschiedenen Strukturen und Ansprüchen der Arbeitslosenversicherungs- und Sozialhilfesysteme variieren (Martin 1996, S. 100). Für diese Arbeit wird auf Daten der OECD zurückgegriffen (OECD 2022a). Es wird der Durchschnitt der Nettoersatzraten einer alleinstehenden Person ohne Kinder und eines Paares mit zwei Kindern, bei denen die*der Partner*in 67 % des Durchschnittseinkommens verdient, berechnet. In beiden Fällen wird davon ausgegangen, dass die Person zuvor 67 % des Durchschnittseinkommens verdiente. Damit schließt sich diese Arbeit dem Vorgehen vorherigen Studien an, in denen ein internationaler Vergleich der Nettoersatzraten vorgenommen wurde (Knotz und Lindvall 2015; Sjöberg 2010; Eichhorst und Marx 2020). Es ist jedoch zu erwarten, dass das Verwenden anderer persönlicher Merkmale zu anderen Ergebnissen führen würde. Da die Nettoersatzraten in einigen Ländern über die Dauer der Erwerbslosigkeit relativ gleich bleiben und in anderen sich stark verändern, wird der Durchschnittswert über 60 Monate Erwerbslosigkeit berechnet. In Tabelle 4 und 5 sind die nach dem oben beschriebenen Vorgehen selbst kalkulierten Nettoersatzraten der in der Analyse berücksichtigten Länder dargestellt und zusammengefasst.

Hinsichtlich der Abdeckungsquote lassen sich die beobachtete Abdeckung und die implizite Abdeckung unterscheiden. Während die implizite Abdeckung diejenigen Personen meint, die

Ansprüche auf Leistungen bei Erwerbslosigkeit haben, meint die beobachtete Abdeckung jene Unterstützungsleistungen, die tatsächlich erhalten werden (OECD 2018, S. 187). Die International Labour Organization (ILO) erhebt Daten über den Anteil der Erwerbslosen, die sowohl durch beitragspflichtige als auch beitragsfreie Systeme abgesichert sind. Diese Abdeckungsquote beinhaltet alle Personen, die tatsächlich Leistungen erhalten. Die Abdeckungsquote ist im Datensatz „SDG labour market indicators“ zu finden (ILOSTAT 2021a). Ein Nachteil dieses Datensatzes ist, dass nicht alle Daten aus dem Jahr 2015 stammen. Für die meisten Länder wurden daher Daten aus dem Jahr 2014 stellvertretend herangezogen, da auch meist keine Daten für das Jahr 2016 zur Verfügung standen. Für Österreich und Bulgarien waren die Jahre 2014 und 2016 verfügbar, weswegen aus Gründen der Einheitlichkeit Daten des Jahres 2014 gewählt wurden. Für Kroatien waren bedauerlicherweise nur Daten aus 2013 vorhanden und für Deutschland aus dem Jahr 2016. Auch diese Variable ist in den Tabellen 4 und 5 dargestellt.

Die Arbeitslosenquote gibt die Relation von erwerbslosen Personen zur Zahl der Erwerbspersonen an, wobei es Unterschiede zwischen der österreichischen Definition und der internationalen Definitionen gibt. Die österreichische nationale Arbeitslosenquote, die vom Arbeitsmarktservice veröffentlicht wird, beruht auf den vorgemerkten Erwerbslosen und den beim Dachverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten (Statistik Austria 2021). In der Definition der ILO gilt eine Person als arbeitslos, wenn sie im erwerbsfähigen Alter ist, im Referenzzeitraum keiner abhängigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit nachging, arbeitsfähig ist, also während des Bezugszeitraums für eine bezahlte oder selbständige Tätigkeit zu Verfügung steht und auf Arbeitssuche ist, das bedeutet, in einem bestimmten Zeitraum in der letzten Zeit bestimmte Schritte unternommen hat, um eine bezahlte Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu suchen (International Labour Organization o. J.). Die Daten der Arbeitslosenquote stammen von der ILOSTAT Datenbank der International Labour Organization (ILOSTAT 2021b). Eine Übersicht findet sich in den Tabellen 4 und 5.

Als weitere Variable auf Länderebene wird ein Index namens Strictness of activation requirements der OECD herangezogen (OECD 2022b). Dieser gibt Aufschluss darüber, wie streng die Anspruchsvoraussetzungen für Empfänger*innen von Leistungen zur Unterstützung von Erwerbslosen sind (Immervoll und Knotz 2018; Langenbacher 2015). Er setzt sich aus 11 Kategorien zusammen, die angeben, welche Anforderungen gestellt werden. Die Werte reichen dabei von 1 (am wenigsten streng) bis 5 (am strengsten). Diese 11 Kategorien sind den

Komponenten der Anforderungen an die Verfügbarkeit, Anforderungen an die Stellensuche und Sanktionen zuzuordnen. Zur Komponente Anforderungen an die Verfügbarkeit zählen die Verfügbarkeit der Betroffenen während einer Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen (ALMP), Anforderungen an die berufliche Mobilität, Anforderungen an die geografische Mobilität sowie Gründe für die Ablehnung von Stellenangeboten. Die Anforderungen an die Stellensuche beinhaltet Informationen über die Häufigkeit der Stellensuche und der Dokumentation der Aktivitäten zur Stellensuche. Die letzte Komponente der Sanktionen schließt Fragen bezüglich der Sanktionen für freiwillige Erwerbslosigkeit, Sanktionen für die Ablehnung von Stellenangeboten, Sanktionen für die wiederholte Ablehnung von Stellenangeboten sowie Sanktionen für die Nichtteilnahme an Beratungen oder aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen und für die wiederholte Nichtteilnahme an Beratungen oder aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen ein. Aus diesen Komponenten wurde schließlich von der OECD ein gewichteter Index berechnet. Dieser wird separat für bis zu 3 Ebenen der Erwerbslosenunterstützung angegeben. Unter Ebene 1 fallen beispielsweise Arbeitslosenversicherungsleistungen, während Arbeitslosenhilfesysteme unter Ebene 2 fallen. Der Index wird nicht jährlich berechnet, weswegen lediglich Daten aus dem Jahr 2014 oder 2017 für diese Analyse verwendet werden können. Die Daten sind für die Jahre 2014 und 2017 hinsichtlich der ersten Ebene der Arbeitslosenversicherung und lediglich für 2017 hinsichtlich der niedrigeren Ebenen verfügbar. Um eine möglichst gute Aussage über die Strenge der Systeme zu ermöglichen und dabei nicht nur die Arbeitslosenversicherungen, sondern auch weitere Systeme zur Erwerbslosenunterstützung zu berücksichtigen, wurden die Werte aus dem Jahr 2017 herangezogen. Im Vergleich der Werte aus den Jahren 2014 und 2017 zeigte sich, dass sich diese in den meisten Ländern nicht oder nur sehr geringfügig veränderten, womit eine Differenz zwischen den beiden Werten von unter 0,2 gemeint ist. Aus diesem Grund wird angenommen, dass diese Werte auch für das Jahr 2015 Gültigkeit haben. Der Strenge-Index geht als Mittelwert-Index über alle Ebenen hinweg in die Analyse ein. Die für diese Arbeit konstruierte Variable findet sich in den Tabellen 4 und 5.

Die Einordnung hinsichtlich der Regime erfolgt nach den theoretischen Klassifikationen nach Esping-Andersen (1999) und nach Gallie und Paugam (2000). Gallie und Paugam haben für ihre Unemployment Benefit Regimes 12 Länder zugeordnet. Da in dieser Arbeit jedoch insgesamt 29 Länder untersucht werden und versucht wird, möglichst einen aktuellen Stand abzubilden, wurde sich weiterhin auf aktuellere Literatur gestützt, die zwar wohlfahrtsstaatliche Systeme unterscheidet, aber nicht speziell Erwerbslosigkeit in den Fokus stellt (Pfeifer 2012; Stovicek und Turrini 2012). Aus diesem Grund wurde sich dafür entschieden, die Terminologie der wohlfahrtsstaatlichen Regime zu verwenden und somit den liberalen, konservativen,

sozialdemokratischen, rudimentären und postsozialistischen Typen zu unterscheiden. Dies spielt vor allem für die Interpretation der Ergebnisse eine Rolle. Eine die in dieser Arbeit genutzte Einteilung findet sich in der untenstehenden Tabelle 5.

Tabelle 4: Unabhängige Variablen auf Länderebene

Variablen	
BIP/Kopf in KKP	
Mean (SD)	33,052 (10,713)
Median (IQR)	29,965 (26,760, 36,899)
Range	18,392, 107,860
Arbeitslosenquote	
Mean (SD)	13.9 (6.8)
Median (IQR)	11.9 (9.0, 22.1)
Range	4.3, 24.9
Nettoersatzrate	
Mean (SD)	51 (10)
Median (IQR)	51 (44, 57)
Range	36, 84
Abdeckungsquote	
Mean (SD)	39 (26)
Median (IQR)	37 (21, 47)
Range	10, 100
Strenge-Index	
Mean (SD)	3.19 (0.46)
Median (IQR)	3.08 (2.89, 3.47)
Range	2.30, 4.32
Regime	
sozialdemokratisch	806 (3.1%)
konservativ	2,820 (11%)
liberal	759 (3.0%)
rudimentär	12,274 (48%)
postsozialistisch	8,985 (35%)
Einkommen (Gruppenmittelwert)¹	
Mean (SD)	14,993 (5,625)
Median (IQR)	13,258 (10,267, 18,797)
Range	3,753, 32,504
¹ berechnet mit gewichteten Daten	

Tabelle 5: Unabhängige Variablen auf Länderebene nach Regimezugehörigkeit

		BIP/Kopf in KKP	Arbeitslosenquote	Nettoersatzrate	Abdeckungsquote	Strenge-Index	Einkommen (Gruppenmittelwert) ¹
konservativ							
	Belgien	46.200,90	8,48%	72,07%	100,00%	2,92	24.328,73
	Deutschland	47.609,78	4,62%	59,40%	100,00%	3,12	17.911,69
	Frankreich	40.850,00	10,35%	63,80%	94,70%	3,29	24.345,43
	Luxemburg	107.859,69	6,67%	67,30%	49,50%	3,73	32.311,97
	Niederlande	50.288,59	6,87%	66,95%	73,00%	3,15	22.406,68
	Österreich	49.865,90	5,72%	67,47%	100,00%	2,99	25.521,35
	Mittelwert	57.112,48	7,12%	66,17%	86,20%	3,20	24.470,97
postsozialistisch							
	Bulgarien	18.391,84	9,14%	43,80%	26,20%	2,89	5.640,86
	Estland	29.175,93	6,19%	48,72%	41,50%	3,65	12.449,34
	Kroatien	23.301,20	16,18%	47,89%	20,00%	4,17	10.267,46
	Lettland	24.972,79	9,87%	51,33%	33,30%	3,47	9.601,16
	Litauen	28.834,43	9,12%	57,55%	25,90%	2,30	7.314,61
	Polen	26.862,05	7,50%	53,25%	15,50%	3,08	9.828,52
	Rumänien	21.605,84	6,81%	41,00%	22,70%	3,42	3.753,38
	Slowakei	29.964,89	11,48%	44,40%	9,90%	3,31	12.893,44
	Slowenien	31.628,25	8,96%	61,78%	25,90%	3,90	14.873,54
	Tschechien	33.899,29	5,05%	50,60%	35,80%	2,73	11.235,31
	Ungarn	26.806,60	6,81%	42,83%	12,40%	2,76	6.477,97
	Mittelwert	26.858,46	8,83%	49,38%	24,46%	3,24	9.485,05
sozialdemokratisch							
	Dänemark	49.045,34	6,28%	83,90%	47,70%	2,90	21.632,53
	Finnland	42.497,70	9,38%	70,93%	95,30%	2,78	20.525,33
	Norwegen	60.368,92	4,30%	62,50%	61,80%	2,88	27.115,06
	Schweden	49.103,13	7,43%	66,60%	25,90%	3,38	23.529,05
	Mittelwert	50.253,77	6,85%	70,98%	57,67%	2,99	23.200,49
rudimentär							
	Griechenland	26.760,36	24,90%	36,30%	21,00%	3,00	12.203,21
	Italien	36.899,39	11,90%	45,88%	37,80%	3,39	20.684,27
	Malta	37.455,07	5,38%	56,50%	62,20%	4,32	18.797,24
	Portugal	29.660,90	12,44%	56,55%	46,60%	3,61	13.257,95
	Spanien	34.903,13	22,06%	52,95%	37,10%	2,68	18.368,58
	Mittelwert	33.135,77	15,34%	49,64%	40,94%	3,40	16.662,25
liberal							
	Irland	69.028,77	9,91%	63,38%	100,00%	2,40	24.190,51
	Schweiz	66.020,20	4,80%	62,85%	57,70%	3,53	32.504,27
	Vereinigtes Königreich	42.912,88	5,30%	59,60%	60,00%	3,71	19.192,96
	Mittelwert	59.320,62	6,67%	61,94%	72,57%	3,21	25.295,91

¹ berechnet mit gewichteten Daten

8 Darstellung der Ergebnisse

Im folgenden Kapitel sollen die Ergebnisse der Regressionen dargestellt werden. Der Aufbau dieses Kapitels folgt einerseits den vier Dimensionen als abhängige Variablen und andererseits dem schrittweisen Aufbau der Modelle. Daher wird jede Dimension und die für sie gerechneten Modelle einzeln vorgestellt und schließlich gemeinsam anhand der Forschungsfragen besprochen.

In den Regressionstabellen am Ende des Kapitels sind die Ergebnisse übersichtlich aufgeführt. Die Darstellung erfolgt in Odd Ratios. Odd Ratios größer als 1 geben an, dass es wahrscheinlicher ist, dass das Ereignis eintritt als dass es nicht eintritt, während Odd Ratios von 1 anzeigen, dass das Eintreten und Nicht-Eintreten des Ereignisses gleich wahrscheinlich sind und Odd Ratios kleiner als 1 angeben, dass das Nicht-Eintreten wahrscheinlicher ist. Während in den Tabellen alle verwendeten Variablen angegeben werden, soll im Text jedoch nur auf die für die Überprüfung der Hypothesen relevanten Effekte sowie auf die Gütekriterien der Modelle eingegangen werden. Die Evaluierung der Hypothesen und Diskussion der Ergebnisse erfolgt im nachfolgenden Kapitel.

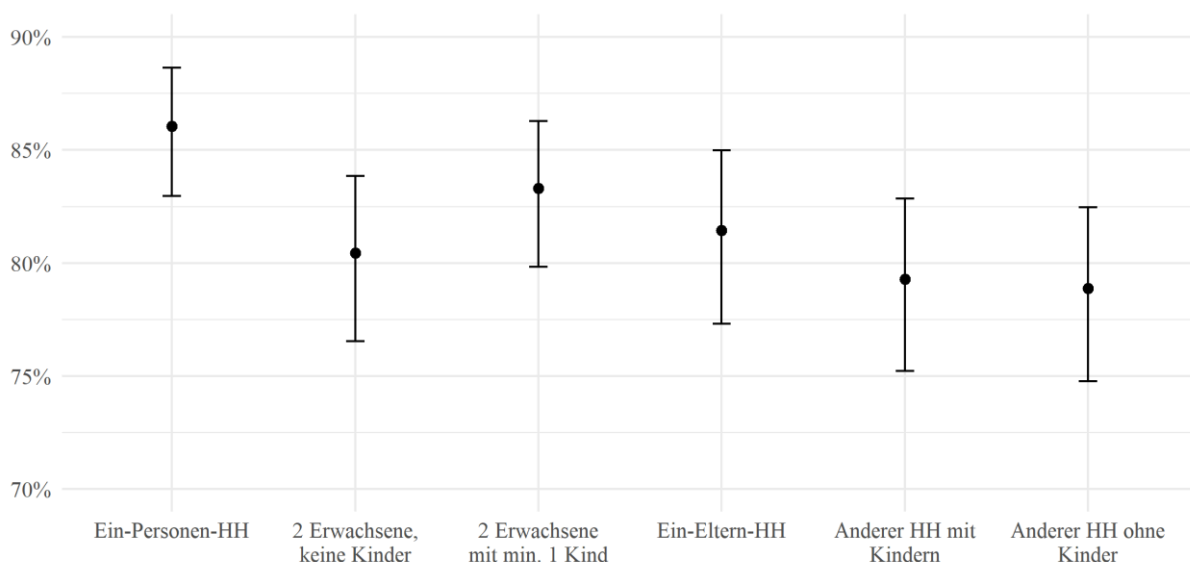
8.1 Einbindung in soziale Netze

In der Tabelle 6 sind die Ergebnisse der Regressionen für die abhängige Variable der Einbindung in soziale Netze dargestellt. Die Referenzkategorie ist, dass es keine gute Einbindung in soziale Netze gibt. Das bedeutet, es werden die Odd Ratios für das Zutreffen des Falles der Einbindung in soziale Netze geschätzt. Aus dem Nullmodell lässt sich der Intraklassenkorrelationskoeffizient (ICC) berechnen. Für die abhängige Variable der Einbindung in soziale Netze beträgt dieser 0,06. Das bedeutet, dass der Anteil der Level 2-Varianz an der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen 6 % beträgt.

In der zweiten Zeile ist das Modell 1, ein Modell mit Random Intercept und Prädiktoren auf erster Ebene, dargestellt. Alle Prädiktoren dieses Modells mit Ausnahme der Ausprägung der Dauer der Erwerbslosigkeit über 12 Monate erweisen sich als statistisch signifikant. Hinsichtlich des Einkommens wird deutlich, dass Personen mit einem höheren Einkommen eine statistisch signifikant größere Wahrscheinlichkeit haben, in soziale Netze eingebunden zu sein. Hierbei ist zu beachten, dass die Höhe des Einkommens durch die Zentrierung am Gruppenmittelwert als eine relative Positionierung in den Ländern zu interpretieren ist. Hinsichtlich

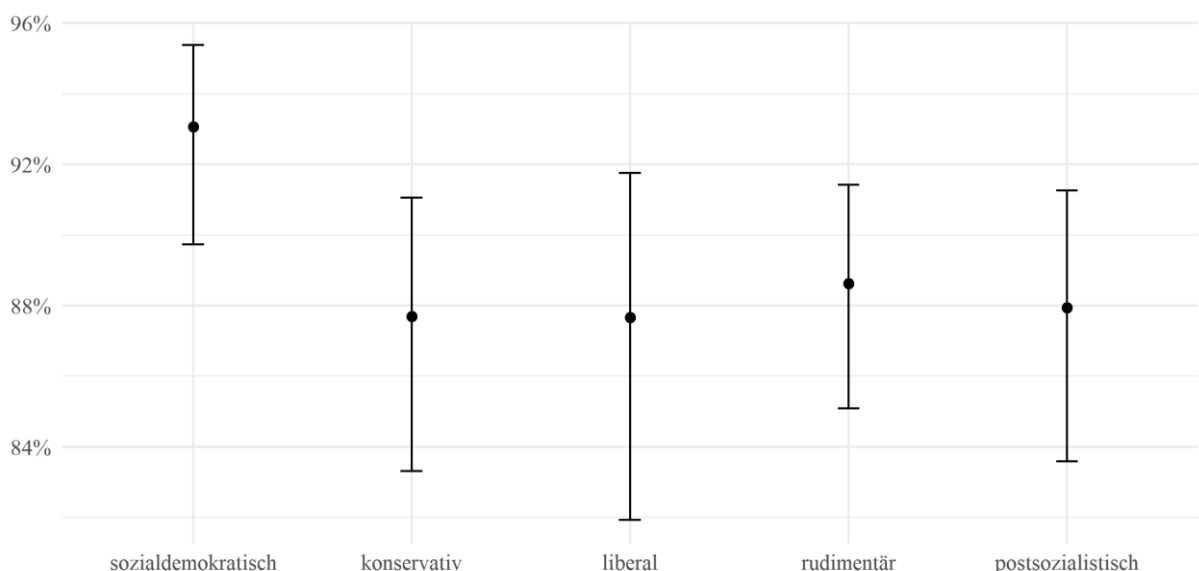
der Staatsbürgerschaft wird deutlich, dass Personen mit Staatsbürgerschaft des Landes in dem sie wohnen, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, gut in soziale Netze eingebunden zu sein als Personen, die eine andere Staatsbürgerschaft haben. Personen, die unter einem Jahr erwerbslos sind, haben eine niedrigere Wahrscheinlichkeit, gut in soziale Netze eingebunden zu sein als Personen, die über einem Monat aber unter einem Jahr erwerbslos sind. Bei der Betrachtung der Haushaltsstruktur wird deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit, gut in soziale Netze eingebunden zu sein, bei den Ein-Personen-Haushalten höher ist als bei allen anderen Haushaltstypen. In der Abbildung 1 sind die geschätzten Wahrscheinlichkeiten (Predicted Probabilities) mit Konfidenzintervallen für die abhängige Variable der Einbindung in soziale Netze nach Haushaltstypen dargestellt, um die Ergebnisse dieser Variable übersichtlicher zu visualisieren. Die Schätzungen beruhen dabei auf dem Mittelwert für numerische Variablen, während kategoriale Variablen anhand ihres Referenzlevels berücksichtigt werden. Dies gilt für alle dargestellten Predicted Probabilities in dieser Arbeit. Die Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze für eine erwerbslose Person in einem Ein-Personen-Haushalt beträgt dabei 86 % [CI 0.83, 0.89]. Die Predicted Probabilities für eine Person in einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und keinen Kindern liegt bei 80 % [CI 0.77, 0.84], in einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und mindestens einem Kind bei 83 % [CI 0.80, 0.86], in einem Ein-Eltern-Haushalt bei 81 % [CI 0.77, 0.85], in einem anderen Haushalt mit Kindern bei 79 % [CI 0.75, 0.83] und in einem anderen Haushalt ohne Kinder ebenfalls bei 79 % [CI 0.75, 0.82].

Abbildung 1: Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze nach Haushaltstypen



Das Modell 2, das zusätzlich Prädiktoren der Regimezugehörigkeit enthält, zielt darauf ab, den Einfluss der Regimezugehörigkeit zu evaluieren. Neben der Regimezugehörigkeit wird auch die Arbeitslosenquote als Kontrollvariable sowie das Einkommen auf Aggregatebene als Berücksichtigung zur Berechnung der korrekten Between- und Within-Effekten dem Modell hinzugefügt. Der Gruppenmittelwert des Einkommens hat keinen statistisch signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der Einbindung in soziale Netze. Hinsichtlich der Zuordnung zu wohlfahrtsstaatlichen Regimen zeigt sich jedoch, dass erwerbslose Personen in Ländern mit als konservativ, liberal oder postsozialistisch zu beschreibenden Wohlfahrtsstaaten eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit haben, gut in soziale Netze eingebunden zu sein, als Erwerbslose in sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodellen. Die Predicted Probabilities hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Einbindung in soziale Netzwerke nach Regimen sind in Abbildung 2 visualisiert. Die Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze für eine erwerbslose Person in einem Land mit sozialdemokratischem Regime beträgt dabei 93 % [CI 0.90, 0.95], mit konservativem Regime 88 % [CI 0.83, 0.91], mit liberalem Regime 88 % [CI 0.82, 0.92], mit rudimentärem Regime 89 % [CI 0.85, 0.91] und mit postsozialistischem Regime 88 % [CI 0.84, 0.91].

Abbildung 2: Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze nach Regimen

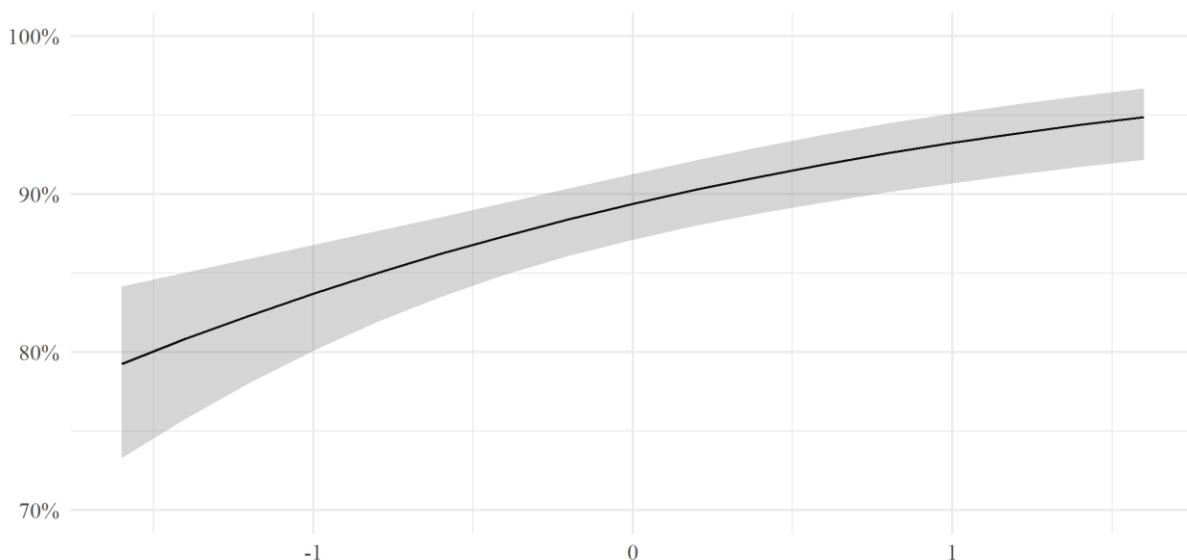


Als weiterer Prädiktor erweist sich zudem der Effekt der Arbeitslosenquote als statistisch signifikant. Erwerbslose in Ländern mit einer höheren Arbeitslosenquote haben eine höhere Wahrscheinlichkeit gut in soziale Netze eingebunden zu sein als Erwerbslose in Ländern mit

einer niedrigeren Arbeitslosenquote. Durch das Hinzufügen der Prädiktoren auf Länderebene ändern sich die Effekte und Standardfehler auf Individualebene nicht.

Im letzten Modell werden anstatt der Regimezugehörigkeit Kontextvariablen berücksichtigt, die Informationen über die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme zur Absicherung von Erwerbslosen geben, sowie der Arbeitslosenquote. Ebenso wie im Modell 2 weißt auch im Modell 3 das durchschnittliche Haushaltseinkommen von Erwerbslosen keinen statistisch signifikanten Effekt auf. Die Arbeitslosenquote hat einen ähnlich starken und statistisch signifikanten Effekt wie im Modell 2. Auch hier zeigt sich, dass Erwerbslose in Ländern mit einer höheren Arbeitslosenquote eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, gut in soziale Netze eingebunden zu sein als in Ländern mit einer geringeren Arbeitslosenquote. Die Predicted Probabilities für die Wahrscheinlichkeit der Einbindung in soziale Netzwerke nach Arbeitslosenquote sind in Abbildung 3 dargestellt. Da die Variablen z-standardisiert wurden, gibt die x-Achse über den Abstand zum Mittelwert Auskunft. Ein Wert von 1 bedeutet hierbei zum Beispiel, dass die Arbeitslosenquote eine Standardabweichung vom Mittelwert entfernt ist.

Abbildung 3: Predicted Probabilities für die Einbindung in soziale Netze nach der Arbeitslosenquote



Dagegen zeigt sich hinsichtlich des BIP, der Nettoersatzrate, der Abdeckungsquote und dem Strenge-Index kein statistisch signifikanter Effekt. Auch im Modell 3 ändern sich durch das Hinzuziehen der Prädiktoren auf zweiter Ebene nicht die Effekte auf Individualebene.

Beim Vergleich von AIC und BIC der Modelle der Dimension der Einbindung in soziale Netze wird deutlich, dass das Modell 2 mit den Prädiktoren der Regimezugehörigkeit im Ver-

gleich mit den anderen Modellen den geringsten Wert des AIC hat, während das Individualmodell (Modell 1) den geringsten Wert des BIC ausweist. Der Unterschied des BIC erklärt sich durch die für den BIC strenger bewerteten zusätzlichen Variablen. Auch die Erklärungskraft des Modells 2 ist am besten, was ein Blick auf die R^2 -Werte zeigt. Mit diesem können 14,6 % der Varianz erklären werden. Die Hinzunahme der Individualvariablen hat jedoch eine größere Erklärungskraft als die Hinzunahme der Kontextvariablen. Die Auswertung des Likelihood-Ratio-Tests (LRT) zeigt, dass das Nullmodell mit Random Intercepts statistisch signifikant besser als das Nullmodell ohne Berücksichtigung der hierarchischen Struktur ist. Weiterhin gibt der LRT darüber Auskunft, dass das Modell 1 gegenüber dem Nullmodell zu bevorzugen ist und jeweils Modell 2 und 3 eine Verbesserung gegenüber dem Modell 1 darstellen. Ein Vergleich zwischen Modell 2 und 3 ist mit dem LRT nicht möglich, da diese auf unterschiedliche Variablen beruhen und in diesem Sinne nicht hierarchisch sind.

Tabelle 6: Modelle der abhängigen Variable der Einbindung in soziale Netze

	Nullmodell		Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Predictors	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error
Intercept	3.35 ***	0.32	6.22 ***	0.75	9.70 ***	3.99	5.19 ***	1.93
Ebene 1								
Geschlecht (Ref.: Männer)								
Frauen			1.31 ***	0.04	1.30 ***	0.04	1.30 ***	0.04
Alter (Ref.: bis 25 J.)								
26-35 J.			0.74 ***	0.04	0.74 ***	0.04	0.74 ***	0.04
36-45 J.			0.47 ***	0.02	0.47 ***	0.02	0.47 ***	0.02
46-55 J.			0.39 ***	0.02	0.39 ***	0.02	0.38 ***	0.02
56-65 J.			0.47 ***	0.03	0.48 ***	0.03	0.47 ***	0.03
Bildungsniveau (Ref.: Niedrig)								
Mittel			1.31 ***	0.04	1.31 ***	0.04	1.31 ***	0.04
Hoch			1.57 ***	0.07	1.56 ***	0.07	1.56 ***	0.07
Einkommen			1.39 ***	0.04	1.39 ***	0.04	1.39 ***	0.04
Staatsbürgerschaft (Ref.: lokale Staatsbürgerschaft)								
Staatsbürgerschaft in EU			0.71 ***	0.06	0.71 ***	0.06	0.70 ***	0.06
andere Staatsbürgerschaft			0.63 ***	0.03	0.63 ***	0.03	0.63 ***	0.03
Dauer Erwerbslosigkeit (Ref.: bis 1 Monat)								
1 bis 12 Monate			1.26 ***	0.06	1.26 ***	0.06	1.26 ***	0.07
ab 12 Monate			0.94	0.04	0.94	0.04	0.94	0.04
Haushaltsstruktur (Ref.: Ein-Personen-HH)								
2 Erwachsene, keine Kinder			0.67 ***	0.03	0.67 ***	0.03	0.66 ***	0.03
2 Erwachsene, min. 1 Kind			0.81 ***	0.04	0.81 ***	0.04	0.81 ***	0.04
Ein-Eltern-Haushalt			0.71 ***	0.05	0.71 ***	0.05	0.71 ***	0.05
Anderer HH mit Kindern			0.62 ***	0.04	0.62 ***	0.04	0.62 ***	0.04
Anderer Haushalt ohne Kinder			0.60 ***	0.03	0.61 ***	0.03	0.60 ***	0.03
Ebene 2								
Einkommen (Gruppenmittelwert)					1.46	0.37	1.60	0.61
Arbeitslosenquote					1.63 ***	0.17	1.64 ***	0.17
Regime (Ref.: Sozialdemokratisch)								
Konservativ					0.53 **	0.11		
Liberal					0.53 **	0.13		
Rudimentär					0.58	0.16		
Postsozialistisch					0.54 *	0.16		
BIP							1.03	0.12
Nettoersatzrate							1.03	0.10
Abdeckungsquote							0.95	0.08
Strenge-Index							1.04	0.08
Random Effects								
σ^2	3.29		3.29		3.29		3.29	
τ_{00}	0.23 country		0.25 country		0.06 country		0.08 country	
ICC	0.06		0.07		0.02		0.02	
N	29 country		29 country		29 country		29 country	
Observations	25644		25644		25644		25644	
Marginal R ² / Conditional R ²	0.000 / 0.064		0.066 / 0.131		0.131 / 0.146		0.123 / 0.145	
AIC	32304.473		31143.836		31122.019		31131.327	
BIC	32320.78		31298.73		31325.82		31335.13	

* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$ *** $p < 0.001$

8.2 Kulturelle Teilhabe

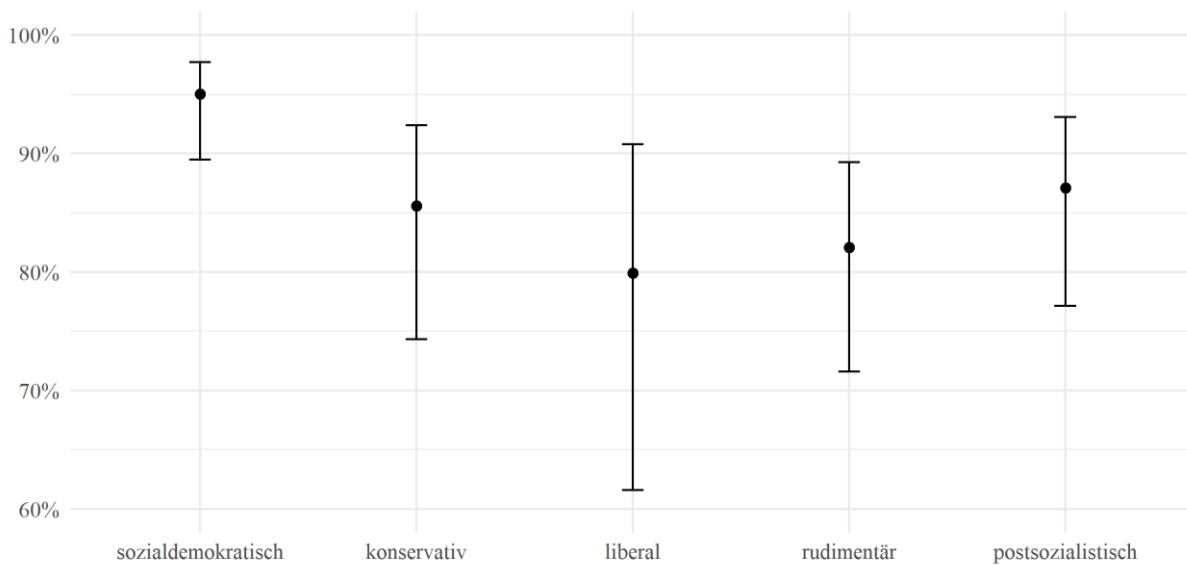
In der Tabelle 7 werden die Odd Ratios für das Zutreffen des Falles der kulturellen Teilhabe geschätzt. Der aus dem Nullmodell berechnete ICC von 0,23 deutet darauf hin, dass 23 % der Gesamtvarianz auf die Varianz auf Länderebene zurückzuführen ist.

In dem ersten Modell der abhängigen Variable der kulturellen Teilhabe sind erneut ausschließlich Prädiktoren auf Individualebene berücksichtigt. Es zeigt sich bei allen Prädiktoren ein statistisch signifikanter Effekt, außer beim Geschlecht und bei einer Ausprägung der Dauer der Erwerbslosigkeit. Große Unterschiede hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit auf gute kulturelle Teilhabe zeigen sich hinsichtlich des Bildungsniveaus. So ist die Wahrscheinlichkeit der kulturellen Teilhabe bei Personen mit mittlerer und besonders mit hoher Bildung deutlich größer als bei Personen mit niedriger Bildung. Ein höheres Einkommen, gemessen am Landesdurchschnitt, ist ebenso mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf kultureller Teilhabe verbunden. Sowohl Staatsbürger*innen eines EU-Mitgliedsstaates als auch Staatsbürger*innen eines Drittstaates haben im Vergleich zu Personen mit Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes eine geringere Wahrscheinlichkeit auf kulturelle Teilhabe. Hinsichtlich der Dauer der Erwerbslosigkeit wird deutlich, dass Personen, die bereits über 12 Monate erwerbslos sind, eine geringere Wahrscheinlichkeit auf kulturelle Partizipation haben als Personen, die unter einem Monat erwerbslos sind.

Betrachtet man das Modell 2, in dem Informationen zur Regimezugehörigkeit der Länder dem Modell hinzugefügt worden, so wird deutlich, dass ein starker und statistisch signifikanter Effekt vom mittleren Einkommen ausgeht. Daher lässt sich schließen, dass Personen in Ländern, in denen das durchschnittlich Einkommen von Erwerbslosen relativ hoch ist, eine beträchtlich höhere Wahrscheinlichkeit auf kulturelle Teilhabe haben. Hinsichtlich der Regimezugehörigkeit erweisen sich die Effekte der Ausprägungen des konservativen, liberalen und rudimentären Regimes als statistisch signifikant. Es zeigt sich, dass Erwerbslose, die in einem konservativen, liberalen oder rudimentären Wohlfahrtsstaat leben, eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit auf kulturelle Teilhabe haben als Erwerbslose in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten. Die Predicted Probabilities der Wahrscheinlichkeit der kulturellen Teilhabe nach Regimen sind in Abbildung 4 abgebildet. Die Predicted Probabilities für die kulturelle Teilhabe einer erwerbslose Person in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat beträgt dabei 95 % [CI 0.90, 0.98], in einem konservativen Regime 86 % [CI 0.74, 0.92], in einem liberalen Regime 80 % [CI 0.62, 0.91], in einem rudimentären Regime 82 % [CI 0.72, 0.89] und in einem postsozialistischen Regime 87 % [CI 0.77, 0.93].

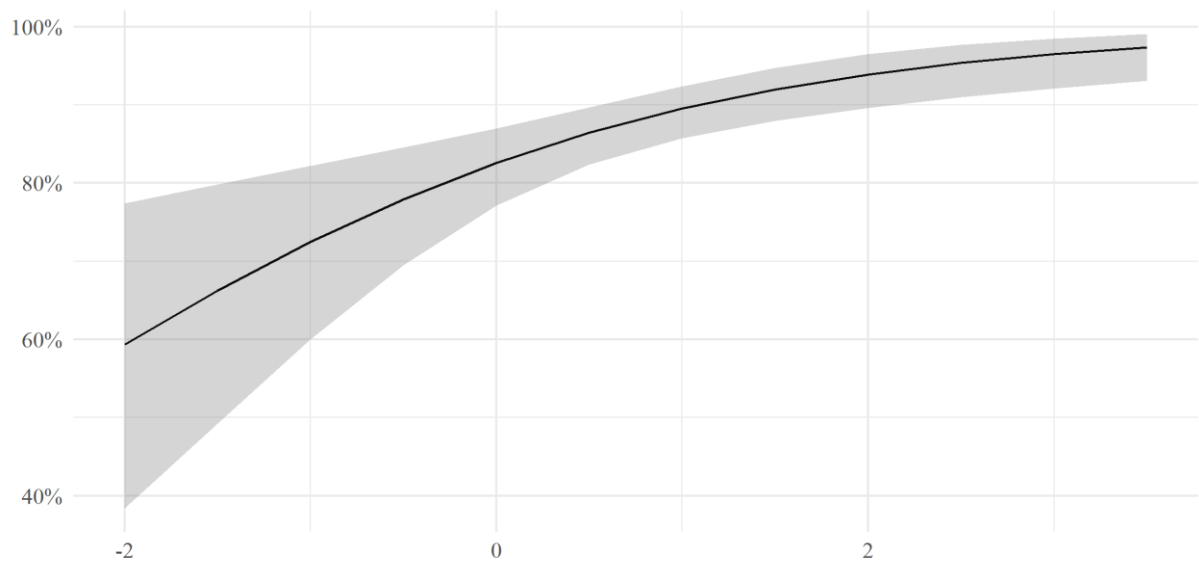
Der Effekt Arbeitslosenquote ist statistisch nicht signifikant. Die Effekte auf Individualebene und die Standardfehler werden durch das Hinzuziehen der Prädiktoren auf Länderebene nicht beeinflusst.

Abbildung 4: Predicted Probabilities für die kulturelle Teilhabe nach Regimen



Im Modell 3 werden anstelle der Regimezugehörigkeit erneut die Variablen der Nettoersatzrate, der Abdeckungsquote, des Strenge-Index und des BIP hinzugezogen. Im Gegensatz zum vorherigen Modell erweist sich hier der Effekt des durchschnittlichen Haushaltseinkommens von Erwerbslosen in den jeweiligen Ländern nicht als statistisch signifikant. Auch die Arbeitslosenquote, die Höhe des BIP, die Abdeckungsquote und der Strenge-Index haben keinen signifikanten Effekt auf die abhängige Variable. Statistisch signifikant ist lediglich der Effekt der Nettoersatzrate. So haben Erwerbslose in Ländern mit einer höheren Nettoersatzrate auch eine höhere Wahrscheinlichkeit auf kulturelle Teilhabe. Die Darstellung dieses Zusammenhangs findet sich in Abbildung 5. Die x-Achse zeigt durch die z-Standardisierung der Nettoersatzrate die Standardabweichungen vom Mittelwert an. Auch in diesem Modell werden die Effekte der Variablen auf Individualebene und deren Standardfehler nicht durch das Hinzuziehen der Prädiktoren auf Länderebenen beeinflusst.

Abbildung 5: Predicted Probabilities für die kulturelle Teilhabe nach der Nettoersatzrate



Vergleicht man für die zweite abhängige Variable, der kulturellen Teilhabe, AIC und BIC der Modelle, so kommt man zu dem Schluss, dass der niedrigste Wert des AIC beim Modell 2 liegt, während das BIC das Individualmodell bevorzugt. Das R^2 gibt jedoch darüber Auskunft, dass das Modell 1 die größte Erklärungskraft hat, wenn man sowohl die Fixed Effects als auch Random Effects betrachtet. Das marginale R^2 , das nur die Fixed Effects berücksichtigt zeigt das Modell 3 als jenes mit der besten Erklärungskraft an. Der LRT deutet darauf hin, dass das Nullmodell mit Random Intercepts statistisch signifikant besser als das Nullmodell ohne Berücksichtigung der hierarchischen Struktur ist. Zudem ist demnach das Modell 1 gegenüber dem Nullmodell besser an die Daten angepasst. Gleiches zeigt sich für Modelle 2 und 3 im Vergleich zu Modell 1.

Tabelle 7: Modelle der abhängigen Variable der kulturellen Teilhabe

	Nullmodell		Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Predictors	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error
Intercept	2.15 ***	0.41	5.97 ***	1.20	3.96	3.26	1.74	1.07
Ebene 1								
Geschlecht (Ref.: Männer)								
Frauen			0.99	0.03	0.99	0.03	0.99	0.03
Alter (Ref.: bis 25 J.)								
26-35 J.			0.63 ***	0.03	0.63 ***	0.03	0.63 ***	0.03
36-45 J.			0.43 ***	0.02	0.43 ***	0.02	0.43 ***	0.02
46-55 J.			0.31 ***	0.01	0.32 ***	0.01	0.32 ***	0.01
56-65 J.			0.31 ***	0.02	0.31 ***	0.02	0.31 ***	0.02
Bildungsniveau (Ref.: Niedrig)								
Mittel			2.20 ***	0.06	2.21 ***	0.06	2.21 ***	0.06
Hoch			4.00 ***	0.17	4.00 ***	0.17	4.00 ***	0.17
Einkommen			2.00 ***	0.06	1.99 ***	0.06	2.00 ***	0.06
Staatsbürgerschaft (Ref.: lokale Staatsbürgerschaft)								
Staatsbürgerschaft in EU			0.71 ***	0.05	0.70 ***	0.05	0.70 ***	0.05
andere Staatsbürgerschaft			0.64 ***	0.03	0.64 ***	0.03	0.64 ***	0.03
Dauer Erwerbslosigkeit (Ref.: bis 1 Monat)								
1 bis 12 Monate			0.97	0.05	0.97	0.05	0.97	0.05
ab 12 Monate			0.64 ***	0.03	0.64 ***	0.03	0.64 ***	0.03
Haushaltsstruktur (Ref.: Ein-Personen-HH)								
2 Erwachsene, keine Kinder			0.62 ***	0.03	0.63 ***	0.03	0.63 ***	0.03
2 Erwachsene, min. 1 Kind			0.57 ***	0.03	0.58 ***	0.03	0.58 ***	0.03
Ein-Eltern-Haushalt			0.60 ***	0.04	0.60 ***	0.04	0.60 ***	0.04
Anderer HH mit Kindern			0.43 ***	0.02	0.43 ***	0.02	0.43 ***	0.02
Anderer Haushalt ohne Kinder			0.53 ***	0.03	0.54 ***	0.03	0.54 ***	0.03
Ebene 2								
Einkommen (Gruppenmittelwert)					4.51 **	2.33	2.91	1.88
Arbeitslosenquote					1.23	0.26	1.27	0.24
Regime (Ref.: Sozialdemokratisch)								
Konservativ					0.31 **	0.13		
Liberal					0.21 **	0.10		
Rudimentär					0.24 **	0.13		
Postsozialistisch					0.35	0.20		
BIP							0.91	0.16
Nettoersatzrate							1.80 ***	0.30
Abdeckungsquote							0.85	0.12
Strenge-Index							1.02	0.13
Random Effects								
σ^2	3.29		3.29		3.29		3.29	
τ_{00}	0.99 country		1.00 country		0.33 country		0.31 country	
ICC	0.23		0.23		0.09		0.09	
N	29 country		29 country		29 country		29 country	
Observations	25644		25644		25644		25644	
Marginal R ² / Conditional R ²	0.000 / 0.231		0.149 / 0.347		0.232 / 0.302		0.237 / 0.303	
AIC	38998.625		34965.068		34947.111		34947.901	
BIC	39014.93		35119.96		35150.91		35151.7	

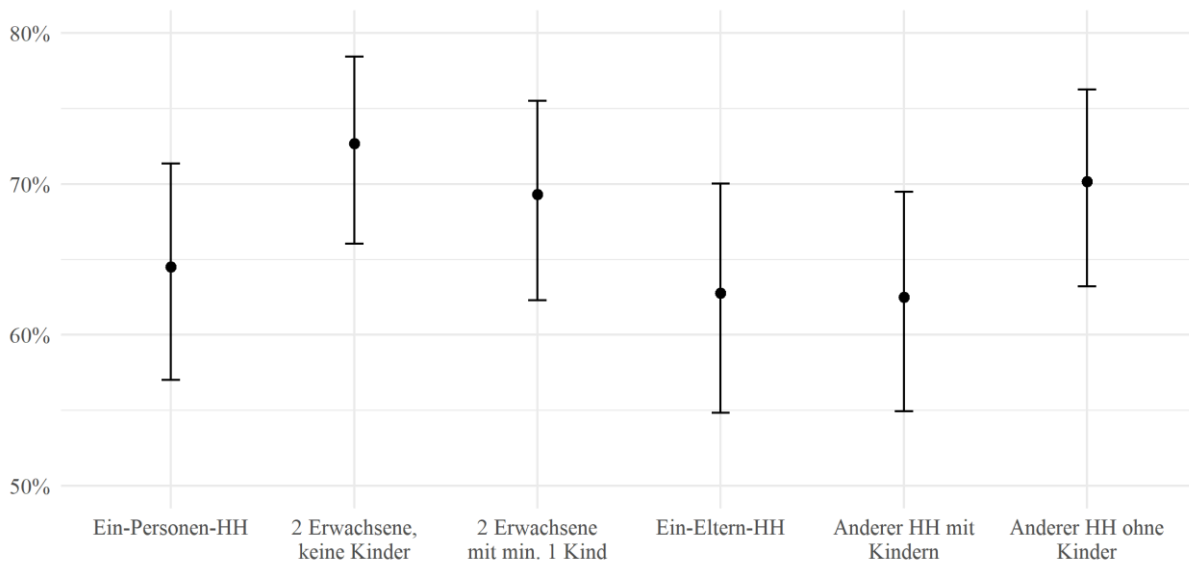
* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$ *** $p < 0.001$

8.3 Materielle Teilhabe

In der Tabelle 8 sind die Ergebnisse für die abhängige Variable der materiellen Teilhabe dargestellt. Geschätzt wurden die Odd Ratios für das Eintreffen des Falles der materiellen Teilhabe. Der ICC aus dem Nullmodell beträgt 0,09. 9 % der Gesamtvarianz lassen sich also auf die Varianz zwischen den Ländern zurückführen.

Das Individualmodell der materiellen Teilhabe zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, materiell depriviert zu sein, stark von dem Bildungsniveau der erwerbslosen Person abhängt. Die Wahrscheinlichkeit der materiellen Teilhabe ist bei Personen mit mittlerer und insbesondere mit hoher Bildung deutlich größer als bei Personen mit niedriger Bildung. Naheliegenderweise erweist sich auch das Einkommen als ein wichtiger Prädiktor. Personen, deren Haushaltseinkommen verglichen mit anderen Erwerbslosen in ihrem Land, höher ist, haben eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, materiell depriviert zu sein. Weiterhin ist der Effekt der Staatsbürgerschaft statistisch signifikant. So haben Personen, welche die Staatsbürgerschaft des Landes haben, ein geringeres Risiko, materiell depriviert zu sein, als Personen mit der Staatsbürgerschaft eines (anderen) EU-Landes oder Personen mit der Staatsbürgerschaft eines Drittstaates. Zudem zeigt sich, dass Personen, die bereits seit über einem Jahr erwerbslos sind, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, materiell depriviert zu sein. Dieser Effekt fällt jedoch erstaunlich gering aus. Bezüglich der Haushaltsstruktur lassen sich statistisch signifikante Effekte hinsichtlich des Vergleiches von Ein-Personen-Haushalten und Haushalten mit 2 Erwachsenen ohne Kinder, 2 Erwachsenen mit Kindern sowie anderen Haushalten ohne Kinder ausmachen. Personen in diesen 3 Haushaltstypen haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, materiell depriviert zu sein, als Personen, die alleine wohnen. Die Predicted Probabilities für die Einbindung materielle Teilhabe eine erwerbslose Person hinsichtlich der Haushaltsstruktur, die für die Beantwortung der Hypothese_{1.3} relevant sind, sind in Abbildung 6 dargestellt. Die Predicted Probabilities auf materielle Teilhabe einer Person in einem Ein-Personen-Haushalt beträgt 65 % [CI 0.57, 0.71]. Für eine erwerbslose Person in einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und keinen Kindern liegt die Predicted Probability bei 73 % [CI 0.66, 0.78], in einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und mindestens einem Kind bei 69 % [CI 0.62, 0.76], in einem Ein-Eltern-Haushalt bei 63 % [CI 0.55, 0.70], in einem anderen Haushalt mit Kindern bei 62 % [CI 0.55, 0.69] und in einem anderen Haushalt ohne Kinder bei 70 % [CI 0.63, 0.76].

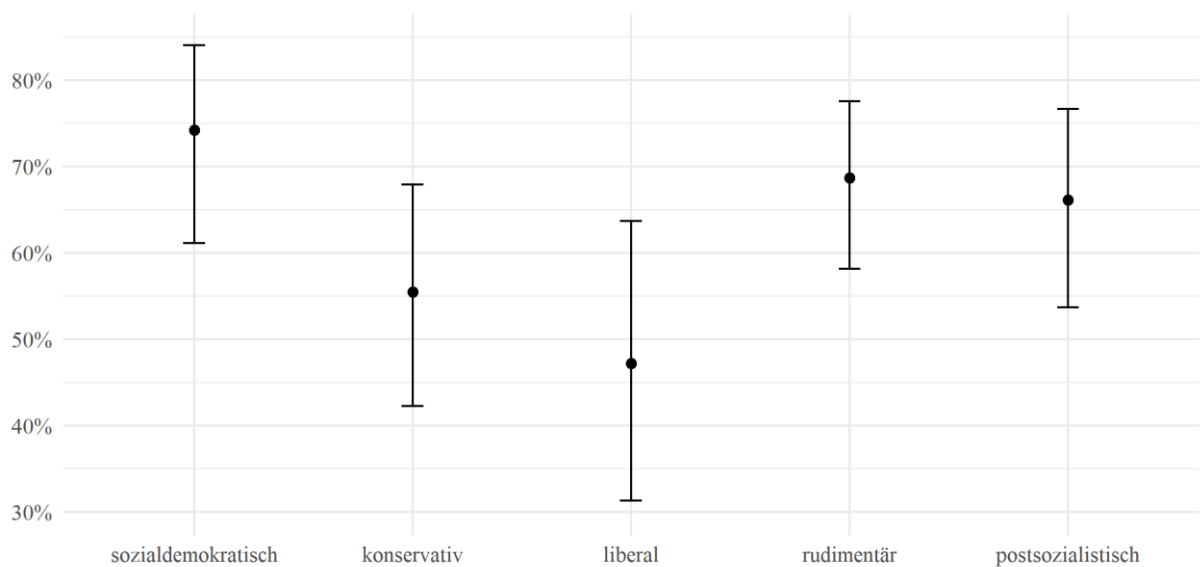
Abbildung 6: : Predicted Probabilities für die materielle Teilhabe nach Haushaltstypen



Im Modell 2 mit Prädiktoren der Regimezugehörigkeit wird ersichtlich, dass der Gruppenmittelwert des Einkommens einen starken und statistisch signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der materiellen Deprivation hat. Personen, die in Ländern wohnen, in denen Erwerbslose im Vergleich mit anderen Ländern ein recht hohes durchschnittliches Haushaltseinkommen beziehen, haben eine erheblich höhere Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe. Hinsichtlich der Arbeitslosenquote zeigt sich dagegen kein statistisch signifikanter Effekt. Weiterhin wird deutlich, dass Erwerbslose in konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaaten eine statistisch signifikant niedrigere Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe haben als Erwerbslose in sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen.

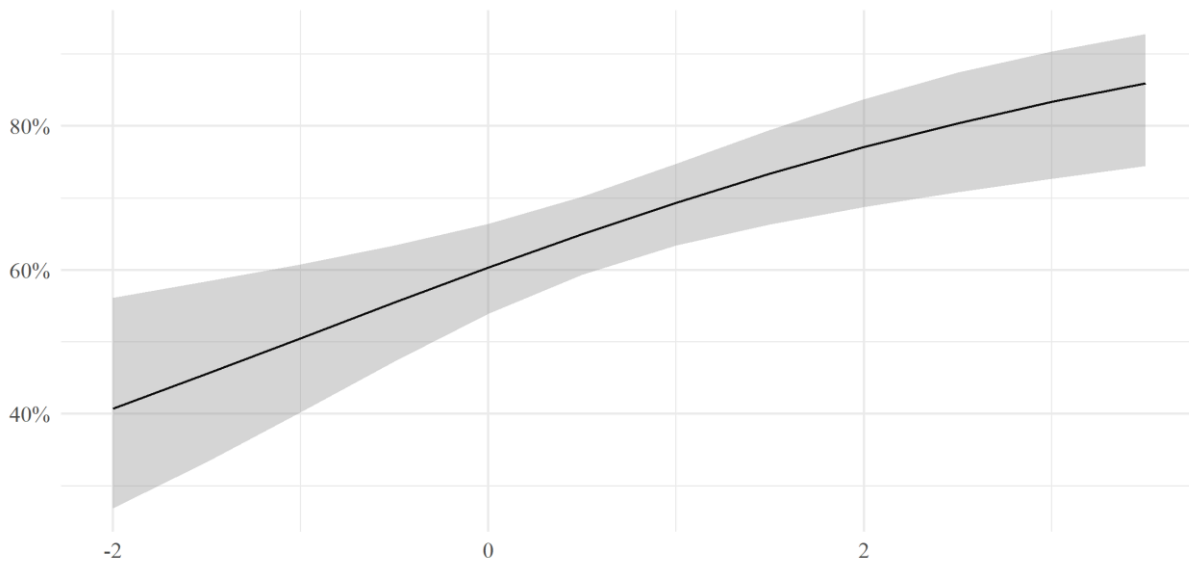
Die Predicted Probabilities hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der materiellen Teilhabe nach wohlfahrtsstaatlichen Regimen sind in Abbildung 7 visualisiert. Die Predicted Probabilities für eine erwerbslose Person in einem Land mit sozialdemokratischem Regime beträgt dabei 74 % [CI 0.61, 0.84], mit konservativem Regime 55 % [CI 0.42, 0.68], mit liberalem Regime 47 % [CI 0.31, 0.64], mit rudimentärem Regime 69 % [CI 0.58, 0.78] und mit postsozialistischem Regime 66 % [CI 0.54, 0.77]. Durch die Hinzunahme von Faktoren auf Ebene 2 werden auch im Modell 2 nicht die Effekte auf Individualebene beeinflusst.

Abbildung 7: Predicted Probabilities für die materielle Teilhabe nach Regimen



Im letzten Modell, das Prädiktoren der Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen enthält, erweist sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen als statistisch signifikant, auch wenn die Stärke des Effekts im Vergleich zu Modell 2 geringer ist. Doch auch hier ist ein höheres durchschnittliches Haushaltseinkommen von Erwerbslosen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe verbunden. Die Arbeitslosenquote zeigt auch in diesem Modell keinen statistisch signifikanten Effekt. Ebenso sind auch die Effekte der Prädiktoren BIP, Abdeckungsquote sowie des Strenge-Indexes nicht statistisch signifikant. Jedoch erweist sich der Effekt der Nettoersatzrate als statistisch signifikant. Es zeigt sich, dass Erwerbslose in Ländern mit einer höheren Nettoersatzrate auch eine höhere Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe haben. Dies ist in der Abbildung 8 in Form von Predicted Probabilities dargestellt.

Abbildung 8: Predicted Probabilities für die materielle Teilhabe nach der Nettoersatzrate



Auch im Modell 3 ändern sich die Effekte und Standardfehler der Prädiktoren auf Individual-ebene durch das hinzuziehen der Prädiktoren auf Länderebene nicht.

Die Gütekriterien der Modelle der materiellen Teilhabe weisen ebenso wie bei den anderen abhängigen Variablen in unterschiedliche Richtungen. Das AIC präferiert das Modell 3 und das BIC das Modell 2. Das konditionale R^2 gibt jedoch darüber Auskunft, dass das Modell 1 die größte Erklärungskraft hat, wenn sowohl Fixed als auch Random Effects berücksichtigt werden. Betrachtet man ausschließlich die Fixed Effects so verfügt das Modell 3 über die höchste Erklärungskraft. Der LRT ergibt, dass das Nullmodell mit Random Intercepts statistisch signifikant besser zu den Daten passt als jenes ohne Berücksichtigung der hierarchischen Struktur. Durch den LRT lässt sich weiterhin schließen, dass das Modell 1 gegenüber dem Nullmodell zu bevorzugen ist und dass die Modelle 2 und 3 besser zu den Daten passen als das Modell 1.

Tabelle 8: Modelle der abhängigen Variable der materiellen Teilhabe

	Nullmodell		Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Predictors	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error
Intercept	2.74 ***	0.32	1.87 ***	0.30	0.58	0.36	0.56	0.26
Ebene 1								
Geschlecht (Ref.: Männer)								
Frauen			1.06 *	0.03	1.06 *	0.03	1.06 *	0.03
Alter (Ref.: bis 25 J.)								
26-35 J.			1.04	0.05	1.04	0.05	1.04	0.05
36-45 J.			1.04	0.05	1.04	0.05	1.04	0.05
46-55 J.			0.95	0.04	0.95	0.04	0.95	0.04
56-65 J.			1.52 ***	0.08	1.52 ***	0.08	1.52 ***	0.08
Bildungsniveau (Ref.: Niedrig)								
Mittel			1.85 ***	0.06	1.85 ***	0.06	1.85 ***	0.06
Hoch			3.23 ***	0.16	3.23 ***	0.16	3.22 ***	0.16
Einkommen			3.50 ***	0.12	3.50 ***	0.12	3.49 ***	0.12
Staatsbürgerschaft (Ref.: lokale Staatsbürgerschaft)								
Staatsbürgerschaft in EU			0.71 ***	0.06	0.70 ***	0.06	0.70 ***	0.06
andere Staatsbürgerschaft			0.69 ***	0.04	0.69 ***	0.04	0.69 ***	0.04
Dauer Erwerbslosigkeit (Ref.: bis 1 Monat)								
1 bis 12 Monate			1.07	0.06	1.07	0.06	1.07	0.06
ab 12 Monate			0.86 **	0.04	0.86 **	0.04	0.86 **	0.04
Haushaltsstruktur (Ref.: Ein-Personen-HH)								
2 Erwachsene, keine Kinder			1.46 ***	0.07	1.48 ***	0.07	1.48 ***	0.07
2 Erwachsene, min. 1 Kind			1.24 ***	0.06	1.25 ***	0.06	1.25 ***	0.06
Ein-Eltern-Haushalt			0.93	0.06	0.93	0.06	0.93	0.06
Anderer HH mit Kindern			0.92	0.05	0.93	0.06	0.93	0.06
Anderer Haushalt ohne Kinder			1.29 ***	0.07	1.31 ***	0.07	1.31 ***	0.07
Ebene 2								
Einkommen (Gruppenmittelwert)					4.46 ***	1.72	2.92 *	1.42
Arbeitslosenquote					0.90	0.14	1.12	0.15
Regime (Ref.: Sozialdemokratisch)								
Konservativ					0.43 **	0.13		
Liberal					0.31 ***	0.11		
Rudimentär					0.76	0.32		
Postsozialistisch					0.68	0.29		
BIP							0.93	0.14
Nettoersatzrate							1.49 ***	0.18
Abdeckungsquote							0.85	0.09
Strenge-Index							1.11	0.10
Random Effects								
σ^2	3.29		3.29		3.29		3.29	
τ_{00}	0.35 country		0.57 country		0.16 country		0.15 country	
ICC	0.09		0.15		0.05		0.04	
N	29 country		29 country		29 country		29 country	
Observations	25644		25644		25644		25644	
Marginal R ² / Conditional R ²	0.000 / 0.095		0.167 / 0.290		0.221 / 0.258		0.222 / 0.256	
AIC	33986.404		30582.954		30562.697		30562.229	
BIC	34002.71		30737.84		30766.5		30766.03	

* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$ *** $p < 0.001$

8.4 Politisch-institutionelle Teilhabe

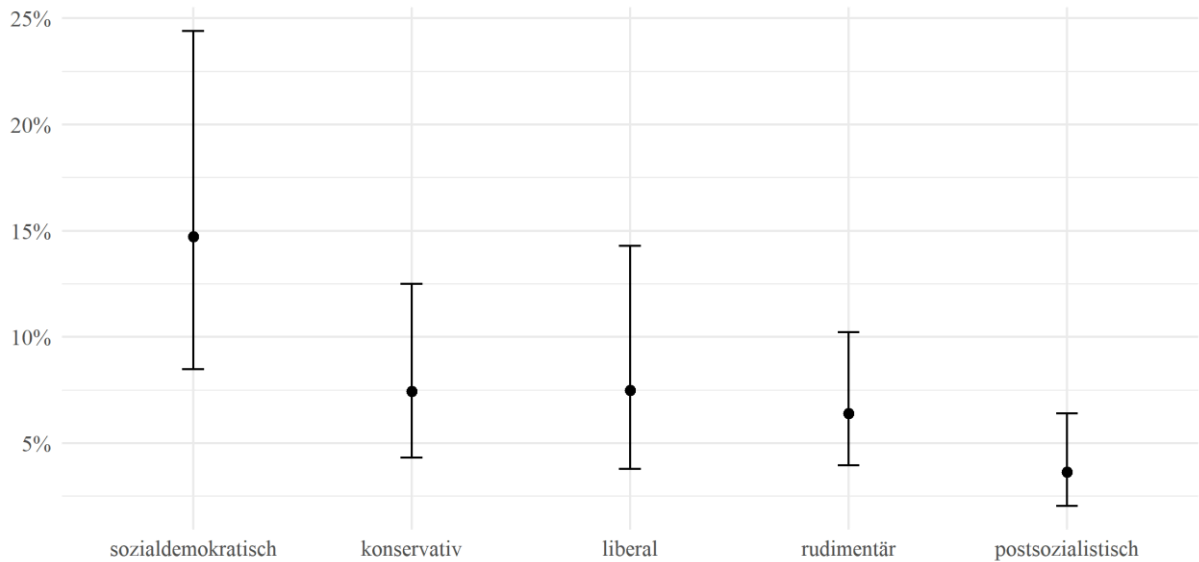
Für die abhängige Variable der politisch-institutionellen Teilhabe beträgt der aus dem Nullmodell berechnete ICC 0,21. Das bedeutet, dass der Anteil der Level 2-Varianz an der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen 21 % beträgt. Die in Tabelle 9 dargestellten Odd Ratios werden für das Zutreffen des Falles der politisch-institutionellen Teilhabe geschätzt.

Hinsichtlich des Modells mit Prädiktoren auf Individualebene zeigt sich, dass alle Effekte, mit Ausnahme des Vergleichs zwischen Menschen mit EU-Staatsbürgerschaft und lokaler Staatsbürgerschaft sowie des Vergleichs von Personen in Ein-Personen-Haushalten und Ein-Eltern-Haushalten, statistisch signifikant sind. Beim Bildungsniveau sind recht starke Effekte zu beobachten. So haben Personen mit mittlerem Bildungsniveau und vor allem Personen mit hohem Bildungsniveau eine höhere Wahrscheinlichkeit der politischen Partizipation. Zudem ist ein höheres Einkommen, gemessen am Landesdurchschnitt, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf politisch-institutionelle Teilhabe verbunden. Hinsichtlich der Staatsbürgerschaft zeigt sich eine deutlich niedrigere Wahrscheinlichkeit auf politische Partizipation von Menschen, die eine andere Staatsbürgerschaft als jene des Landes, in dem sie wohnen oder eines Landes der EU haben. Sowohl eine Erwerbslosigkeit, die bereits zwischen einem und 12 Monaten als auch eine, die über 12 Monate dauert, ist im Vergleich mit einer Erwerbslosigkeit unter einem Monat mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit auf politische Partizipation verbunden.

Aus dem zweiten Modell, das Prädiktoren der Regimezugehörigkeit enthält, wird deutlich, dass sowohl die Arbeitslosenquote als auch der Ländermittelwert des Einkommens keinen statistisch signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der politisch-institutionellen Partizipation der Erwerbslosen ausübt. Als statistisch signifikant erweisen sich jedoch die Unterschiede zwischen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten und allen weiteren Regimen. In allen Regimen, aber vor allem in postsozialistischen, zeigt sich, dass Erwerbslose eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit auf politische Partizipation haben als in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten. Die Predicted Probabilities sind erneut in der folgenden Abbildung 9 dargestellt. Die Predicted Probabilities für eine erwerbslose Person auf politisch-institutionelle Partizipation in einem Land mit sozialdemokratischem Regime beträgt 15 % [CI 0.08, 0.24], mit konservativem Regime 7 % [CI 0.04, 0.12], mit liberalem Regime 7 % [CI 0.04, 0.14], mit rudimentärem Regime 6 % [CI 0.04, 0.10] und mit postsozialistischem Regime 4 % [CI 0.02, 0.06]. Durch das Hinzuziehen der Variablen auf zweiter Ebene erweist

sich in diesem Modell nun auch der Effekt der Staatsbürgerschaft eines EU-Landes als statistisch signifikant.

Abbildung 9: Predicted Probabilities für die politisch-institutionelle Teilhabe nach Regimen



Im dritten Modell werden erneut Prädiktoren der Ausgestaltung der Unterstützungsleistungen für Erwerbslose anstelle der Einteilung in wohlfahrtsstaatliche Regime berücksichtigt. Jedoch übt keine der Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss aus. Wie im vorherigen Modellen erweist sich auch in diesem Modell nach hinzufügen der Prädiktoren auf zweiter Ebene der Effekt der Staatsbürgerschaft eines EU-Landes als statistisch signifikant.

Beim Vergleich von AIC und BIC der Modelle wird deutlich, dass das Modell 2 mit den Prädiktoren der Regimezugehörigkeit im Vergleich mit den anderen Modellen den geringsten Wert des AIC hat und dies hinsichtlich des BIC für das Modell 1 der Fall ist. Das konditionale R^2 zeigt auch bei dieser Dimension an, dass das Modell 1 die größte Erklärungskraft hat, wenn sowohl Fixed als auch Random Effects berücksichtigt werden. Das marginale R^2 weist für das Modell 2 die höchste Erklärungskraft aus. Die Auswertung des LRT zeigt, dass das Nullmodell mit Random Intercepts statistisch signifikant besser als das Nullmodell ohne Berücksichtigung der hierarchischen Struktur ist. Zudem ist laut dem LRT das Modell 1 gegenüber dem Nullmodell zu bevorzugen, während die Modelle 2 und 3 eine Verbesserung gegenüber dem Modell 1 darstellen.

Tabelle 9: Modelle der abhängigen Variable der politisch-institutionellen Teilhabe

	Nullmodell		Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Predictors	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error	Odds Ratios	std. Error
Intercept	0.08 ***	0.02	0.06 ***	0.01	0.09 ***	0.06	0.02 ***	0.01
Ebene 1								
Geschlecht (Ref.: Männer)								
Frauen			0.89 **	0.04	0.89 **	0.04	0.89 **	0.04
Alter (Ref.: bis 25 J.)								
26-35 J.			1.42 ***	0.11	1.43 ***	0.11	1.43 ***	0.11
36-45 J.			1.53 ***	0.12	1.53 ***	0.12	1.53 ***	0.12
46-55 J.			1.63 ***	0.13	1.64 ***	0.13	1.63 ***	0.13
56-65 J.			1.74 ***	0.14	1.75 ***	0.15	1.74 ***	0.15
Bildungsniveau (Ref.: Niedrig)								
Mittel			1.82 ***	0.09	1.83 ***	0.10	1.83 ***	0.10
Hoch			3.39 ***	0.20	3.39 ***	0.20	3.38 ***	0.19
Einkommen								
			1.43 ***	0.06	1.42 ***	0.06	1.43 ***	0.06
Staatsbürgerschaft (Ref.: lokale Staatsbürgerschaft)								
Staatsbürgerschaft in EU			0.80	0.10	0.78 *	0.10	0.77 *	0.10
andere Staatsbürgerschaft			0.31 ***	0.04	0.31 ***	0.04	0.31 ***	0.04
Dauer Erwerbslosigkeit (Ref.: bis 1 Monat)								
1 bis 12 Monate			0.79 ***	0.05	0.79 ***	0.05	0.79 ***	0.05
ab 12 Monate			0.77 ***	0.05	0.77 ***	0.05	0.77 ***	0.05
Haushaltsstruktur (Ref.: Ein-Personen-HH)								
2 Erwachsene, keine Kinder			0.67 ***	0.04	0.68 ***	0.04	0.67 ***	0.04
2 Erwachsene, min. 1 Kind			0.63 ***	0.05	0.64 ***	0.05	0.64 ***	0.05
Ein-Eltern-Haushalt			1.02	0.09	1.03	0.09	1.02	0.09
Anderer HH mit Kindern			0.56 ***	0.06	0.58 ***	0.06	0.57 ***	0.06
Anderer Haushalt ohne Kinder			0.48 ***	0.04	0.49 ***	0.04	0.49 ***	0.04
Ebene 2								
Einkommen (Gruppenmittelwert)					1.87	0.77	2.66	1.57
Arbeitslosenquote					1.11	0.19	1.30	0.22
Regime (Ref.: Sozialdemokratisch)								
Konservativ					0.47 **	0.14		
Liberal					0.47 *	0.16		
Rudimentär					0.40 *	0.17		
Postsozialistisch					0.22 ***	0.10		
BIP							1.04	0.17
Nettoersatzrate							1.30	0.19
Abdeckungsquote							0.99	0.13
Strenge-Index							1.19	0.15
Random Effects								
σ^2	3.29		3.29		3.29		3.29	
τ_{00}	0.85 country		0.69 country		0.17 country		0.24 country	
ICC	0.21		0.17		0.05		0.07	
N	29 country		29 country		29 country		29 country	
Observations	25644		25644		25644		25644	
Marginal R ² / Conditional R ²	0.000 / 0.206		0.083 / 0.243		0.168 / 0.208		0.159 / 0.216	
AIC	17751.889		16878.377		16856.971		16864.172	
BIC	17768.19		17033.27		17060.77		17067.97	

* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$ *** $p < 0.001$

9 Diskussion der Ergebnisse

In diesem Abschnitt soll evaluiert werden, inwiefern die Ergebnisse die Forschungsfragen beantworten können. Dazu werden die Ergebnisse anhand der Hypothesen geprüft, mit dem bisherigen Forschungsstand verglichen und vor dem Hintergrund der theoretischen Einordnung bewertet. Weiterhin werden die Grenzen dieser Forschungsarbeit aufgezeigt.

9.1 Hypothesenprüfung

9.1.1 *Hypothesenprüfung auf Individualebene*

Zuerst sollen die Hypothesen zur ersten Forschungsfrage überprüft werden. Diese lautete: Wie unterscheiden sich die Risiken sozialer Exklusion von Erwerbsarbeitslosen? Gibt es dabei Unterschiede hinsichtlich sozialer Gruppen? Zur Beantwortung dieser Frage und Überprüfung der aufgestellten Hypothesen können die Individualmodelle (Modell 1) herangezogen werden.

Hypothese_{1.1} besagte, dass Personen, die langzeiterwerbslos sind, eher von materieller, politisch-institutioneller und kultureller Teilhabe ausgeschlossen und zudem schlechter in soziale Netze eingebunden sind als Personen, die erst kurz erwerbslos sind. Hinsichtlich der Dimensionen der materiellen und der kulturellen Partizipation lassen sich jedoch keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Personen, die unter einem Monat erwerbslos sind und Personen, die zwischen einem und 12 Monaten erwerbslos sind, feststellen. Im Vergleich zwischen Personen, die unter einem Monat erwerbslos sind und Langzeiterwerbslosen zeigt sich jedoch, dass Langzeiterwerbslose eine geringere Wahrscheinlichkeit auf kulturelle und materielle Partizipation haben. Das bestätigt zumindest für Langzeiterwerbslose die aufgestellte Hypothese und passt zu bisherigen Forschungsergebnissen, die sowohl das höhere Exklusionsrisiko von Langzeiterwerbslosen als auch deren erhöhtes Armutsrisiko, das nicht allein auf das Haushaltseinkommen zurückzuführen ist, beschrieben haben (Böhnke 2001; Christoph 2008; Christoph und Lietzmann 2013). Die verringerte kulturelle Teilhabe deutet einerseits darauf hin, dass Personen sich mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit, aus dem sozialen Leben zurückziehen, um Begegnungen zu meiden, in denen sie sich und die eigne Erwerbslosigkeit rechtfertigen müssen, oder dies zumindest annehmen (Kronauer 2002, S. 200). Andererseits ist es wahrscheinlich, dass Langzeiterwerbslose, die stärker vom Ar-

muntsrisiko betroffen sind und weniger finanzielle Mittel haben, kulturelle Aktivitäten schlicht nicht bezahlen können.

Hinsichtlich der Dimension der politisch-institutionellen Teilhabe erweisen sich die Effekte beider Ausprägungen als statistisch signifikant. Sowohl Personen, die zwischen einem und 12 Monaten erwerbslos sind als auch Personen, die über einem Jahr erwerbslos sind, haben eine geringe Wahrscheinlichkeit, sich als aktive*r Bürger*in zu betätigen als Personen, die unter einem Monat erwerbslos sind. Damit kann hinsichtlich dieser Dimension die Annahme der mit der Dauer der Erwerbslosigkeit verringerten politisch-institutionellen Partizipation bestätigt werden. Das bestätigt die Theorie von Kronauer, der beschreibt, wie der erlebte Statusverlust, der eng an die Dauer der Erwerbslosigkeit und damit an die Art der Einbindung in sozialstaatliche Unterstützung gebunden ist, zum Gefühl der Vernachlässigung durch „die da oben“ führt und ein Rückzug aus politischen Fragestellungen zur Folge haben kann (Kronauer 2020, S. 192).

Überraschend sind jedoch die Ergebnisse im Modell der Einbindung in soziale Netze. Während sich keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Langzeiterwerbslosen und Personen, die unter einem Monat erwerbslos sind, finden lassen, zeigt sich, dass Personen, die länger als einen Monat aber kürzer als ein Jahr erwerbslos sind eine höhere Wahrscheinlichkeit auf eine gute Einbindung in soziale Netze haben als Personen, die noch keinen Monat erwerbslos sind. Damit widersprechen die Ergebnisse dieser Arbeit der Studie von Rözer et al. (2020), die zu dem Schluss gekommen sind, dass kurzfristige Erwerbslosigkeit eher mit einem Rückzug aus sozialen Netzen verbunden ist, während Langzeiterwerbslosigkeit mit einer Steigerung der Sozialkontakte einhergeht. Auch zeigt sich in dieser Analyse nicht der in anderen Studien festgestellte negative Effekt der Dauer der Erwerbslosigkeit auf die Integration in soziale Netze (Kunze und Suppa 2017; Pohlan 2019; Stelzer-Orthofer und Kranewitter 2006). Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass bei kurzfristiger Erwerbslosigkeit, wie von Rözer et al. (2020) beschrieben, soziale Kontakte eingeschränkt werden und diese nach einiger Zeit wieder aufgenommen werden. Bei Langzeiterwerbslosigkeit werden, möglicherweise durch Angst vor Stigmatisierung diese sozialen Kontakte wieder zunehmend vermieden.

Hypothese_{1.2} lautete: Erwerbslose mit einem höheren Einkommen sind besser in soziale Netze eingebunden, weniger häufig von materieller Deprivation betroffen und zeigen häufiger kulturelle und politisch-institutionelle Teilhabe. Die Höhe des Haushaltseinkommens gemessen am Gruppenmittelwert erweist sich als ein positiver und starker statistisch signifikanter Effekt in allen vier Dimensionen. Damit entsprechen die Ergebnisse den theoretischen Ver-

mutungen und zudem dem aktuellen Forschungsstand, der zeigt, dass Armut mit verminderten sozialen Kontakten einhergeht (Böhnke 2008, 2001). Die geringere politisch-institutionelle Teilhabe von Erwerbslosen mit einem geringeren relativen Haushaltseinkommen kann mit dem damit zusammenhängenden niedrigeren sozialen Status der Person erklärt werden (Kronauer 2002, S. 192). Dass ein relativ geringes Einkommen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe zusammenhängt, ist kein überraschendes Ergebnis. Die geringere kulturelle Teilhabe lässt sich ebenso durch geringere finanzielle Ressourcen erklären, die für viele kulturelle Aktivitäten benötigt werden.

Die **Hypothese_{1.3}** behauptete, dass Personen mit Kindern im Haushalt stärker in soziale Netze eingebunden sind, aber eine geringere materielle Teilhabe zeigen. Die Predicted Probabilities auf materielle Teilhabe und Einbindung in soziale Netze unterscheidet sich leicht zwischen den Haushaltstypen, wobei die Konfidenzintervalle recht groß sind. Hinsichtlich der Einbindung in soziale Netze haben Erwerbslose in Ein-Personen-Haushalten eine höhere Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu anderen Haushalten mit und ohne Kinder. Die Hypothese, dass Erwerbslose in Haushalten mit Kindern wahrscheinlicher in soziale Netze eingebunden sind, lässt sich also nicht bestätigen. Bezüglich der materiellen Teilhabe ist die Evaluierung der Hypothese schwieriger. So haben zwar Erwerbslose in Haushalten mit zwei Erwachsenen ohne Kinder die größte Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe und Erwerbslose in Ein-Eltern-Haushalten und anderen Haushaltstypen mit Kindern eine geringere Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe, doch ergeben die anderen 3 Typen kein eindeutiges Bild. Die Ergebnisse liefern also Hinweise darauf, dass sich die in Studien beschriebene finanzielle Belastung von Kindern bei Erwerbslosigkeit (Schönherr et al. 2014) negativ auf die materielle Teilhabe auswirkt. Die Unterschiede, die gefunden wurden, sind jedoch kleiner als erwartet und nicht immer eindeutig.

Hypothese_{1.4} besagte, dass Erwerbslose mit einer niedrigen Bildung eine geringere kulturelle, politisch-institutionelle und materielle Teilhabe zeigen als Erwerbslose mit mittlerer oder hoher Bildung. Betrachtete man die Ergebnisse, so stellt sich heraus, dass diese Hypothese bestätigt wird. Bei allen abhängigen Variablen zeigen sich statistisch signifikante und relative starke Effekte hinsichtlich aller Ausprägungen der Bildungsvariable. In allen Fällen führt ein mittleres Bildungsniveau und vor allem ein hohes Bildungsniveau im Vergleich zum niedrigen Bildungsniveau zu einer höheren Wahrscheinlichkeit für kulturelle, politisch-institutionelle und materielle Partizipation. Diese Ergebnisse entsprechen dem Befund, dass Personen mit geringer Bildung weniger kulturelle Partizipation zeigen, unabhängig von ihrem

Status am Arbeitsmarkt (Falk und Katz-Gerro 2016; Kraaykamp und Nieuwbeerta 2000; Yaish und Katz-Gerro 2012). Dass erwerbslose Personen mit geringer Bildung sich vergleichsweise sehr selten freiwillig engagieren, haben Simonson und Hameister (2017) bereits gezeigt. Auch hinsichtlich der politisch-institutionellen Partizipation entsprechen diese Ergebnisse dem Forschungsstand (Böhnke 2006; Groh-Samberg und Lohmann 2014). Gleiches lässt sich für die materielle Teilhabe schließen (Christoph 2008; Christoph und Lietzmann 2013).

Für **Hypothese_{1.5}** soll überprüft werden, ob Erwerbslose mit einer Staatsbürgerschaft eines anderen Landes eine geringere Einbindung in soziale Netze, sowie eine geringere materielle, kulturelle und vor allem politisch-institutionelle Teilhabe zeigen. Hinsichtlich der Dimensionen der Einbindung in soziale Netze, materiellen und kulturellen Teilhabe ergibt sich ein recht einheitliches Bild: Personen mit lokaler Staatsbürgerschaft haben in allen Fällen die höchste Wahrscheinlichkeit auf sozialer Einbindung sowie auf materielle und kulturelle Teilhabe. Diese Effekte sind zudem statistisch signifikant. Für die politisch-institutionelle Teilhabe ergibt sich das erwartete Bild des deutlichen und statistisch signifikanten Effektes der Staatsbürgerschaft eines anderen Landes im Vergleich zur lokalen Staatsbürgerschaft. Auch Staatsbürger*innen eines (anderen) EU-Landes zeigen eine niedrigere Wahrscheinlichkeit auf politisch-institutionelle Partizipation, wobei dieser Effekt nicht statistisch signifikant ist. Damit kann die aufgestellte Hypothese angenommen werden. Dieses Ergebnis deutet auf die Relevanz des Zugangs zu sozialen, ökonomischen und vor allem politischen Rechten für die Analyse von Exklusionsrisiken hin (Ataç und Rosenberger 2013).

9.1.2 Hypothesenprüfung auf Länderebene

Die Hypothesen auf zweiter Ebene wurden anhand der Forschungsfrage 2, die auf Unterschiede zwischen europäischen Ländern in der Ausprägung von Dimensionen sozialer Exklusion von Erwerbslosen abzielt, und der Forschungsfrage 3, die sich mit der Erklärung dieser Unterschiede durch die Ausgestaltung staatlicher Leistungen bei Arbeitslosigkeit beschäftigt, aufgestellt.

Hypothese_{L.1} besagt, dass sich hinsichtlich aller vier Dimensionen Unterschiede in den Ausprägungen zwischen den Ländern feststellen lassen. Betrachtet man den ICC, der Informationen darüber gibt, welcher Anteil der Gesamtvarianz durch die Zugehörigkeit zu einem Land erklärt werden kann, so findet man recht unterschiedliche Werte für die einzelnen Dimensionen. Während hinsichtlich der Einbindung in soziale Netze und der materiellen Deprivation

6 % beziehungsweise 9 % der Gesamtvarianz durch die Länderzugehörigkeit erklärt werden kann, liegt der Wert bei der politisch-institutionellen Partizipation bei 21 % und bei der kulturellen Partizipation bei 23 %. Obwohl der ICC der ersten beiden Dimensionen relativ niedrig ist, weist er dennoch auf länderspezifische Unterschiede hin. Zudem zeigt der LRT an, dass Modelle, in denen die Länderzugehörigkeit als Random Effect berücksichtigt wird, signifikant besser zu den Daten passen, als Modelle, in denen dies nicht der Fall ist. Daher lässt sich folgern, dass die aufgestellte Hypothese durch die Ergebnisse bestätigt wird und der in anderen Studien festgestellte Zusammenhang zwischen der Länderzugehörigkeit und Exklusionsrisiken (Böhnke 2006; Dieckhoff und Gash 2015) bekräftigt wird.

Hypothese_{L.2} lautet: Im Vergleich zu anderen Regimen ist die Einbindung in soziale Netze in rudimentären und sozialdemokratischen Systemen wahrscheinlicher. In Tabelle 6 wird deutlich, dass Erwerbslose in konservativen, liberalen und postsozialistischen Regimen im Vergleich zu sozialdemokratischen Regimen tatsächlich eine statistisch signifikant geringe Wahrscheinlichkeit auf Einbindung in soziale Netze haben. Die Darstellung in Form von Predicted Probabilities bietet eine bessere Übersicht (Abbildung 2). Hier zeigt sich sehr deutlich, dass ein großer Unterschied zwischen der Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat und einem anderen Regime besteht. Daher kann die Hypothese hinsichtlich der sozialdemokratischen Regime angenommen werden, was dem Forschungsstand entspricht (Julkunen 2002). Im Vergleich zwischen rudimentären Systemen und anderen zeigt sich jedoch kein deutlicher Unterschied, weswegen die Hypothese bezüglich dieser nicht bestätigt wird.

Die **Hypothese_{L.3}** behauptet, dass die politisch-institutionelle, materielle und kulturelle Teilhabe in sozialdemokratischen Systemen im Vergleich zu den rudimentären, liberalen und postsozialistischen Systemen wahrscheinlicher sei. Hinsichtlich der politisch-institutionellen Teilhabe ist diese Hypothese anzunehmen. Es zeigen sich statistisch signifikante Unterschiede bezüglich aller Regimetypen im Vergleich zum sozialdemokratischen Typen. In der Abbildung 9 ist dies anhand von Predicted Probabilities zu sehen. Besonders deutlich ist der Unterschied zwischen sozialdemokratischen und postsozialistischen Regimen zu erkennen. Hinsichtlich der kulturellen Teilhabe erweist sich ebenfalls das sozialdemokratische Regime als jenes, in dem die Wahrscheinlichkeit auf Teilhabe am größten ist. Im Gegensatz zur politisch-institutionellen Partizipation haben jedoch Erwerbslose in rudimentären und postsozialistischen Regimen genauso gute oder sogar bessere Chancen auf Teilhabe im Vergleich zum liberalen und konservativen Typen. Bei der Dimension der materiellen Teilhabe ergibt sich ein

interessanteres Bild. Obwohl auch hier Erwerbslose in konservativen und liberalen Regimen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf Teilhabe besitzen als in sozialdemokratischen Regimen, ist der Unterschied zu rudimentären und postsozialistischen Regimen viel kleiner und statistisch nicht signifikant. Überraschenderweise haben Erwerbslose in konservativen oder liberalen Regimen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf materielle Teilhabe als in rudimentären und postsozialistischen Regimen

Erklärt werden könnte die gute Stellung der sozialdemokratischen Regime durch den universalistischen Charakter dieses wohlfahrtsstaatlichen Typen und dem höheren Grad an Dekommodifizierung (Esping-Andersen 1990, S. 27; Gallie und Paugam 2000, S. 6). Anstatt nur die grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen, soll hier ein gleicher Standard und gleiche Rechte für alle gesichert werden. Damit wäre trotz Erwerbslosigkeit der Erhalt des sozialen Status in sozialdemokratischen Regimen wahrscheinlicher als in Regimen mit einem geringeren Grad an Dekommodifizierung, was die gesellschaftliche Teilhabe befördert. Erklärungsbedürftig bleibt jedoch die überraschend gute Position von rudimentären und postsozialistischen Systemen bezüglich der kulturellen und materiellen Teilhabe, die sich nicht aus dem in dieser Arbeit präsentierten Forschungsstand ableiten lässt. Eine mögliche Erklärung sind Einflussfaktoren, wie kulturelle Unterschiede im Familienzusammenhalt, die in dieser Analyse nicht berücksichtigt wurden.

In **Hypothese_{L4}** wird angenommen, dass die Variablen der Ausprägung der Systeme zur Unterstützung Erwerbsloser besser als Prädiktoren geeignet seien als jene der Regime-Klassifizierung. Für die Beantwortung dieser Hypothese wird berücksichtigt, welchen Anteil an Varianz durch die Modelle erklärt werden kann. Es zeigen sich jedoch Unterschiede in den einzelnen Dimensionen. Die Erklärungskraft der Modelle, gemessen am konditionellen R^2 , ist hinsichtlich der abhängigen Variable der kulturellen Partizipation, im Modell 2 und 3 fast identisch. Während Modell 2 mit den Variablen der Regimezugehörigkeit 30,2 % der Varianz erklären kann, sind es im Modell 3 30,3 %. Ähnlich ist die Situation bei der Dimension der materiellen Teilhabe. Hier erklärt das Modell 2 25,8 % der Varianz und das Modell 3 25,6 %. Die Modelle der politisch-institutionellen Partizipation geben ein ähnlich uneindeutiges Bild. Hier ist das konditionelle R^2 Wert des Modell 3 höher als jener des Modell 2, doch niedriger als im Modell 1. Bei der Dimension der Einbindung in soziale Netze ist das konditionelle R^2 höher beim Modell 2, obwohl auch hier der Unterschied zum Modell 3 gering ist. Daher muss die Hypothese, dass die Modelle mit Prädiktoren der Ausprägung der Systeme zur Unterstüt-

zung Erwerbsloser besser geeignet seien, als jene mit Prädiktoren der Regimezugehörigkeit, abgelehnt werden.

Hypothese_{L.5} behauptet, dass in Ländern, bei den der Leistungserhalt mit strengeren Anforderungen verbunden ist, die Wahrscheinlichkeit der guten Einbindung in soziale Netze von Erwerbslosen geringer sei. Aus der Variable des Strenge-Indexes lässt sich jedoch kein Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der Einbindung in soziale Netze ableiten, weswegen diese Hypothese nicht angenommen werden kann. Es konnte in der Recherche keine Studie gefunden werden, die bisher ähnliche Variablen zur Erklärung der Einbindung in soziale Netze von Erwerbslosen herangezogen hat, und mit der sich diese Ergebnisse vergleichen lassen könnten. Die Ergebnisse der qualitativen Untersuchungen hinsichtlich von Sanktionen beim deutschen Arbeitslosengeld II (Grüttner et al. 2016; Schreyer et al. 2012) konnten somit zumindest nicht bestätigt werden.

In der **Hypothese_{L.6}** wird vermutet, dass in Ländern mit hohen Nettoersatzraten und größerer Abdeckung von Betroffenen Erwerbslose eine höhere Wahrscheinlichkeit auf materielle, kulturelle und politisch-institutionelle Teilhabe haben. Hinsichtlich der politisch-institutionellen Teilhabe zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit auf Teilhabe in Ländern mit einer höheren Nettoersatzrate größer ist, auch wenn der Effekt nicht statistisch signifikant ist. Damit können die Ergebnisse von Marx und Nguyen (2016), die eine höhere politische Partizipation in Ländern mit weniger großzügigen Wohlfahrtsstaaten nachweisen konnten, nicht bestätigt werden. Dies liegt wahrscheinlich an der unterschiedlichen Konzeption der abhängigen Variablen. Während in dieser Arbeit nach den tatsächlichen Handlungen einer Person gefragt wurde, zielt der Summenindex von Marx und Nguyen auf die Erfassung der internalen politischen Effektivität, erfasst als die wahrgenommene Komplexität der politischen Realität sowie der Beurteilung der eigenen Kompetenz, politische Sachverhalte zu verstehen, ab.

Für die abhängigen Variablen der materiellen und kulturellen Teilhabe erweist sich die Nettoersatzrate als interessanter Prädiktor und zeigt einen statistisch signifikanten und positiven Effekt. Damit wird deutlich, dass eine höhere Nettoersatzrate mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf materielle und kulturelle Teilhabe verbunden ist. Hier zeigt sich die Bedeutsamkeit einer hohen Nettoersatzrate für die Armutsbekämpfung (Bäckman 2005). Hinsichtlich der kulturellen Partizipation kann angenommen werden, dass diese häufig durch finanzielle Ressourcen erst ermöglicht werden kann. Damit werden frühere Studienergebnisse, in denen für Länder mit einem hohen Armutsrisiko unter Erwerbslosen eine geringere formelle Partizipati-

on und ein geringe Ausgehwahrscheinlichkeit nachgewiesen wurde, bestätigt (Dieckhoff und Gash 2015).

Im Gegensatz dazu zeigt sich bei der Abdeckungsquote in keiner der vier Dimensionen ein statistisch signifikanter Effekt. Daher wird in dieser Arbeit die Theorie von Gallie und Paugam, die beschrieben haben, dass die Abdeckung ein entscheidender Faktor dafür ist, wie sich der Wohlfahrtsstaat auf die Erfahrung von Arbeitslosigkeit auswirkt (Gallie und Paugam 2000, S. 4), nicht bestätigt.

Die **Hypothese_{L.7}** lautet: Ein höheres Bruttoinlandsprodukt ist mit einer vermehrten politisch-institutionellen Teilhabe von Erwerbslosen verbunden. Der von Marx und Nguyen (2016) gefundenen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes und der politischen Partizipation konnte in dieser Arbeit nicht festgestellt werden. Das Bruttoinlandsprodukt erweist sich hinsichtlich aller abhängigen Variablen, einschließlich der politisch-institutionellen Teilhabe, als nicht statistisch signifikant. Zudem scheint der Effekt in der Stichprobe nur sehr klein oder überhaupt nicht vorhanden zu sein. Wie bereits für die vorherige Hypothese_{L.6} beschrieben, könnte dies an der unterschiedlichen Konzeption der abhängigen Variable liegen.

Schlussendlich war **Hypothese_{L.8}** darauf ausgerichtet, zu evaluieren, ob hohe Arbeitslosenquoten mit einer höheren politisch-institutionellen und kulturellen Teilhabe sowie Einbindung in soziale Netze von Erwerbslosen verbunden sind oder nicht. Es wurde erwartet, dass eine höhere Arbeitslosenquote das Stigma der Erwerbslosigkeit reduziert, da die eigene Erwerbslosigkeit nicht im gleichen Maße als individuelles Versagen empfunden wird, wenn viele Personen in der Umgebung ebenfalls erwerbslos sind.

Es zeigt sich, dass hinsichtlich der Höhe der Arbeitslosenquote für die abhängige Variablen der kulturellen und der politisch-institutionellen Teilhabe ein positiver aber nicht statistisch signifikanter Effekt vorliegt. Auch Dieckhoff und Gash fanden keinen statistisch signifikanten Effekt von Arbeitslosenquoten auf verschiedene Formen sozialer Partizipation, auch wenn hier die Richtung des Effektes auf eine erhöhte Partizipation bei höheren Arbeitslosenquoten hindeutet (Dieckhoff und Gash 2015). Damit kommt diese Arbeit zudem auf ähnliche Ergebnisse wie Studien, die sich thematisch mit dem Wohlbefinden und der Lebenszufriedenheit von Erwerbslosen beschäftigten und ebenfalls teilweise keinen oder nur einen geringen Effekt der Arbeitslosenrate fanden (Eichhorn 2013, 2014; Pittau et al. 2010).

Im Gegensatz dazu zeigte sich ein deutlicher positiver und statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Einbindung in soziale Netze, was anzeigt, dass Erwerbslose in Ländern mit höheren Arbeitslosenquoten eine größere Wahrscheinlichkeit auf Einbindung in soziale Netze haben als Erwerbslose in Ländern mit niedrigeren Arbeitslosenquoten. Dieses Ergebnis stützt die Annahme, dass sich die Wahrnehmung der eigenen Erwerbslosigkeit als persönliches Versagen, negativ auf Beziehungen mit Freunden und der Familie auswirken kann. Die Hypothese kann für diese Dimension also angenommen werden.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Wahrnehmung der eigenen Position als Erwerbslose*r unterschiedlich deutliche Auswirkungen auf verschiedene Lebensbereiche ausübt. Während die sozialen Nahbeziehungen vermutlich stärker von Scham und dem Gefühl des Scheiterns betroffen sind, scheinen für die kulturelle und materielle Teilhabe finanzielle Aspekte, wie die Höhe der Nettoersatzrate von Bedeutung sein. Kulturelle und materielle Teilhabe muss man sich also leisten können. Dass die Effekte aller Prädiktoren des Modells 3 der politisch-institutionellen Teilhabe nicht statistisch signifikant sind, die Einteilung nach Regime im Modell 2 jedoch schon, könnte darauf hinweisen, dass für diese Dimension nicht unbedingt die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen sondern andere Faktoren eine wichtigere Rolle spielen.

9.2 Limitationen

Schließlich soll die Durchführung der Analyse kritisch reflektiert werden. Obwohl sich die logistische Mehrebenenanalyse als ein sehr gut passendes Verfahren für den Umgang mit den verfügbaren Daten und der Beantwortung der Forschungsfragen herausgestellt hat, ergeben sich dadurch auch Einschränkungen. So ist die Anzahl an Gruppen, das heißt an Ländern in Europa, reell begrenzt, während für eine gute Schätzung des Modelles eine möglichst große Anzahl gegeben sein muss. Dies führte unter anderem dazu, dass in dieser Analyse auf Cross-Level-Interaktionen und auf eine größere Anzahl an Prädiktoren auf zweiter Ebene verzichtet wurde. Daher wurden weder länderspezifische kulturelle Einflüsse noch demografische Faktoren berücksichtigt.

Eine weitere Limitation in dieser Arbeit, die nur schwer zu umgehen und in jedem Fall zu erwähnen ist, ist die sehr unterschiedliche Herangehensweisen an Erwerbslosigkeit und deren Folgen in verschiedenen Ländern. So variiert beispielsweise das Zusammenspiel von Arbeits-

losenversicherung und Arbeitslosenhilfe und Leistungen sind an verschiedene Anforderungen geknüpft. Das setzt Grenzen im quantitativen Vergleich von wohlfahrtsstaatlichen Systemen und hat den Nachteil, dass sich Ursache, Motive und Wirkungen nicht immer klar voneinander trennen lassen (Schmid 2010, S. 41).

Weiterhin bieten zwar die abhängigen Variablen eine der Datenlage entsprechend gute Auswahl zur Repräsentation der theoretischen Exklusionsdimensionen, dennoch geben sie wenig Aufschluss über die konkreten Gründe einer unzureichenden gesellschaftlichen Teilhabe oder einer schlechten Einbindung in soziale Netze. So macht es beispielsweise einen Unterschied, ob eine Person kein Interesse an kulturellen Veranstaltungen hat oder sich diese nicht leisten kann. Auf diese Unterschiede konnte in dieser Arbeit jedoch keine Rücksicht genommen werden.

Zudem müssen die verwendeten Variablen auf Länderebene kritisch betrachtet werden. Zwar wurden diese sorgfältig ausgewählt, die Auswahl der Indikatoren folgt jedoch in keinem Fall einer Musterlösung. So gibt es beispielsweise unzählige weitere Möglichkeiten, die Nettoersatzraten zu berücksichtigen und somit auch andere Haushaltszusammensetzungen und Einkommenshöhen einzubeziehen, was das Ergebnis verändern könnte. Ähnlich steht es um die Zuordnung in wohlfahrtsstaatliche Regime, hinsichtlich derer es verschiedene Möglichkeiten der Kategorisierung und Berücksichtigung weiterer Unterkategorien oder neuen, bisher wenig erforschten Typen gäbe.

Zuletzt sei erwähnt, dass diese Arbeit nicht die Unterschiede in den Exklusionsrisiken zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen zum Thema hat, weshalb hierzu keine Aussagen getroffen werden können. Da es sich um eine länderübergreifende Analyse handelt, die nicht auf Längsschnittdaten beruht, konnte zudem kein kausaler Zusammenhang der Variablen getestet werden.

10 Schluss

Ein systematischer Vergleich von europäischen Modellen zur Sicherung von Erwerbslosen ist schwierig. Das liegt vorwiegend daran, dass es sich um eine Vielzahl an unterschiedlichen Systemen handelt, die zudem ständigen Reformen unterliegen. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen dieser Systeme auf die Lebenswelt der Bezieher*innen erscheint jedoch sinnvoll, um Informationen zu sammeln, die Aufschluss darüber geben könnten, wie bestehende Systeme verbessert werden können. Ziel dieser Arbeit war es daher, herauszufinden, inwiefern die Ausgestaltung der Leistungen bei Erwerbslosigkeit die soziale Exklusion von Erwerbslosen beeinflusst. Dabei wurde das Exklusionsrisiko sowohl hinsichtlich der persönlichen Merkmale der Betroffenen als auch der Zugehörigkeit zu wohlfahrtsstaatlichen Regimen und der konkreten Ausgestaltung der sozialen Sicherung von Erwerbslosen untersucht. Die soziale Exklusion wurde in der Strömung der Ungleichheitsforschung beleuchtet und daher als prozesshaft und multidimensional verstanden. Zu diesen Dimensionen gehören nach Kronauer (2002) neben der Integration in den Arbeitsmarkt, die Einbindung in soziale Netze, sowie die kulturelle, materielle und politisch-institutionelle Teilhabe. Die Einteilung in wohlfahrtsstaatliche Systeme wurde aufbauend auf den Theorien von Esping-Andersen (1990) sowie Gallie und Paugam (2000) vorgenommen. Für die Analyse wurden Daten der EU-SILC aus dem Jahr 2015, sowie auf Länderebene Daten der ILO, der World Bank und der OECD herangezogen und logistische Mehrebenenanalysen mit den Dimensionen sozialer Exklusion, der Einbindung in soziale Netzwerke sowie der materiellen, kulturellen und politisch-institutionellen Teilhabe, als abhängige Variablen berechnet.

Die Ergebnisse konnten die aufgestellten Hypothesen hinsichtlich der Einflussfaktoren der vorgestellten Variablen auf die Dimensionen sozialer Exklusion teilweise bestätigen. Auf der Individualebene hat sich gezeigt, dass, wie erwartet, Langzeiterwerbslose mit einer größeren Wahrscheinlichkeit als Personen, die erst seit kurzem erwerbslos sind, von materieller, kultureller und politisch-institutioneller Teilhabe ausgeschlossen sind. Für die Dimension der Einbindung in soziale Netze haben sich dagegen eine höhere Wahrscheinlichkeit der sozialen Einbindung von Personen, die unter einem Jahr erwerbslos sind im Vergleich zu Personen, die unter einem Monat erwerbslos sind, gezeigt. Zudem haben Erwerbslose mit einem höheren Einkommen bessere Chancen, in soziale Netze eingebunden zu sein und materielle, kulturelle und politisch-institutionelle Teilhabe zu zeigen. Unterschiede in der materiellen Teilhabe in den Haushaltstypen deuten auf eine höhere Wahrscheinlichkeit der materiellen Deprivation von Personen in Haushalten mit Kindern hin, wobei die Unterschiede klein und teilweise

schwer interpretierbar sind. Weiterhin zeigten Erwerbslose mit einer niedrigen Bildung ein höheres Exklusionsrisiko in allen Dimensionen als Erwerbslose mit mittlerer oder hoher Bildung. Ebenfalls ist das Exklusionsrisiko in allen Dimensionen höher, wenn die erwerbslose Person nicht Staatsbürger*in des jeweiligen Landes ist.

Betrachtet man die Länderzugehörigkeit genauer, so wird deutlich, dass es hinsichtlich aller Dimensionen einen Einfluss der Länderzugehörigkeit auf die Ausprägung der abhängigen Variablen gibt. In sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen zeigte sich eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit auf Einbindung in soziale Netze, kulturelle, politisch-institutionelle sowie materielle Teilhabe als in den anderen Regimen. Hinsichtlich der Strenge der jeweiligen Systeme, des Bruttoinlandsproduktes und der Abdeckungsquote zeigte sich bei keiner der Exklusionsdimension ein statistisch signifikanter Zusammenhang. Dagegen erwies sich die Höhe der Nettoersatzrate als ein aussagekräftiger Prädiktor für die Wahrscheinlichkeit auf materielle und kulturelle Teilhabe, die bei einer höheren Nettoersatzrate ebenso steigt. Zwischen der Arbeitslosenquote und der Dimension der Einbindung in soziale Netze zeigte sich ein positiver und statistisch signifikanter Zusammenhang, der darauf hindeutet, dass Erwerbslose in Ländern mit höheren Arbeitslosenquoten eine größere Wahrscheinlichkeit auf Einbindung in soziale Netze haben als Erwerbslose in Ländern mit niedrigeren Arbeitslosenquoten.

In der Analyse bestätigt sich also, was in der Vergangenheit schon mehrfach beschrieben wurde: Benachteiligte soziale Gruppen, wie Erwerbslose mit geringer formaler Bildung, geringeren finanziellen Ressourcen, Migrant*innen oder Langzeiterwerbslose, haben ein größeres Risiko, von allen Dimensionen sozialer Exklusion betroffen zu sein, als andere Erwerbslose. Die Ergebnisse dieser Arbeit deuten zudem darauf hin, dass die Ausgestaltung der Systeme zur Sicherung von Erwerbslosen vor allem durch die Höhe der Nettoersatzrate auf die Teilhabechancen von Erwerbslosen einwirken. Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses erscheinen Forderungen nach niedrigeren Nettoersatzraten, als fragwürdig. Insbesondere degressive Modelle der Erwerbslosenunterstützung erscheinen damit problematisch, da, wie hier gezeigt wurde, gerade Langzeiterwerbslose sowieso schon einem höheren Risiko auf Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe unterliegen und insbesondere stärker von materieller Deprivation betroffen sind. Auch das Einschränken vom geringfügigen Zuverdienst kann dazu führen, die häufig bereits schlechte finanzielle Situation der Betroffenen weiter zu verschlechtern, was wiederum zu einem erhöhten Risiko sozialer Exklusion führt. Während die Dimensionen der materiellen und der kulturellen Teilhabe, wie sich gezeigt hat, stärker von finanziellen Möglichkeiten der Erwerbslosen abhängig sind, zeigt sich, dass die Einbindung in sozia-

le Netze eher von Stigmatisierungsängsten betroffen sein könnte, was aus dem Effekt der Arbeitslosenquote geschlossen wird. Hierbei offenbart sich jedoch ein weiterer Forschungsbedarf, um bessere Aussagen machen zu können.

Beim Bearbeiten der Forschungsfrage und der Evaluierung des Forschungsstandes wurde weiterhin deutlich, dass es weiterer Forschung bedarf, die die Effekte der Einteilung in wohlfahrtsstaatliche Regime, die sich in allen Dimensionen als statistisch signifikant erweisen haben, besser erklären kann. Dabei könnte ein fruchtbarer Ansatz sein, weitere Einflüsse auf Länderebene zu betrachten. So könnte beispielsweise auf kulturelle Unterschiede, wie religiöse Einflüsse oder eine unterschiedliche Relevanz der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Inklusion in den jeweiligen Ländern, erforscht werden. Um zu überprüfen, ob die Angst vor Stigmatisierung einen Unterschied für die gesellschaftliche Teilhabe und die Einbindung in soziale Netze von Erwerbslosen hat, könnte es interessant sein, (ablehnende) Einstellungen gegenüber Erwerbslosen in der Länderebene zu berücksichtigen. Weiterhin gäbe es die Möglichkeit, das Zusammenspiel der Exklusionsdimensionen in den Fokus zu stellen und zu evaluieren.

11 Literaturverzeichnis

- Abrahamson, Peter E. 1991. Welfare and Poverty in the Europe of the 1990S: Social Progress or Social Dumping? *International Journal of Health Services* 21: 237–264.
- Alber, Jens. 1981. Government Responses to the Challenge of Unemployment: The Development of Unemployment Insurance in Western Europe. In *The Development of Welfare States in Europe and America*, Hrsg. Arnold J. Heidenheimer und Peter Flora, 151–183. New York: Routledge.
- Alber, Jens. 1982. *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat: Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa*. Frankfurt am Main ; New York: Campus Verlag.
- Alkire, Sabina, Mauricio Apablaza, und Euijin Jung. 2014. Multidimensional poverty measurement for EU-SILC countries. *OPHI Research in Progress*.
- Anderson, Christopher J. 2001. Desperate Times Call For Desperate Measures? Unemployment And Citizen Behavior In Comparative Perspective. In *Unemployment in the New Europe*, Hrsg. Nancy Bermeo, 271–290. Cambridge University Press.
- Arts, Wil, und John Gelissen. 2002. Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. *Journal of European Social Policy* 12: 137–158.
- Arts, Wil, und John Gelissen. 2012. Models of the Welfare State. In *The Oxford handbook of the welfare state*, Hrsg. Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger und Christopher Pierson, 569–583. Oxford: Oxford University Press.
- Asparouhov, Tihomir. 2006. General Multi-Level Modeling with Sampling Weights. *Communications in Statistics - Theory and Methods* 35: 439–460.
- Ataç, Ilker, und Sieglinde Rosenberger. 2013. Inklusion/Exklusion – ein relationales Konzept der Migrationsforschung. In *Politik der Inklusion und Exklusion*, Hrsg. Ilker Ataç und Sieglinde Rosenberger, 35–52. Göttingen: V&R unipress.
- Azzollini, Leo. 2021. The Scar Effects of Unemployment on Electoral Participation: Withdrawal and Mobilization across European Societies. *European Sociological Review* 37: 1007–1026.
- Bäcker, Gerhard, und Ernst Kistler. 2021. Armutsrisiken besonders betroffener Personengruppen. *bpb.de*. <https://m.bpb.de/politik/grundfragen/verteilung-von-armut-reichtum/237434/armutsrisiken-besonders-betroffener-personengruppen> (Zugegriffen: 29. Jan. 2022).
- Bäcker, Gerhard, Gerhard Naegele, und Reinhard Bispinck. 2020. *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland: Ein Handbuch*. 6. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bäckman, Olof. 2005. *Welfare States, Social Structure and the Dynamics of Poverty Rates: A Comparative Study of 16 Countries, 1980-2000*. LIS Cross-National Data Center in Luxembourg <https://ideas.repec.org/p/lis/liswps/408.html> (Zugegriffen: 12. Nov. 2021).
- Beck, Ulrich. 1994. The Debate on the “Individualization Theory” in Today’s Sociology in Germany. In *Soziologie*, Hrsg. Bernhard Schäfers, 191–200. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Becker, Andrea. 1999. Gendering Welfare States oder: Elemente eines geschlechtersensiblen Sozialstaatsvergleichs. In *Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung: individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen, Soziale Indikatoren*, Hrsg. Peter Flora und Heinz-Herbert Noll, 193–216. Frankfurt am Main ; New York: Campus Verlag.
- Becker, Irene. 2015. *Konsumteilhabe bei staatlicher Mindestsicherung vor und nach Hartz IV*. Göttingen: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung

- http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/Working-Paper/soeb_3_Working-Paper_2015_3_Becker_final.pdf.
- Behrendt, Hauke. 2019. Soziale Teilhabe als Tatsache, Wert und Aufgabe: Blinde Flecken der zeitgenössischen Inklusionsforschung. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 67: 464–489.
- Berg, Janine, und Matthew Salerno. 2008. The Origins of Unemployment Insurance: Lessons for Developing Countries. In *In Defence of Labour Market Institutions: Cultivating Justice in the Developing World*, The International Labour Organization, Hrsg. Janine Berg und David Kucera, 80–99. London: Palgrave Macmillan UK.
- Böhnke, Petra. 2001. *Nothing left to lose? Poverty and social exclusion in comparison. Empirical evidence on Germany*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH.
- Böhnke, Petra. 2006. *Am Rande der Gesellschaft: Risiken sozialer Ausgrenzung*. Opladen: B. Budrich.
- Böhnke, Petra. 2008. Are the poor socially integrated? The link between poverty and social support in different welfare regimes. *Journal of European Social Policy* 18: 133–150.
- Bonoli, Giuliano. 1997. Classifying Welfare States: a Two-dimension Approach. *Journal of Social Policy* 26: 351–372.
- Brand, J. E., und S. A. Burgard. 2008. Job Displacement and Social Participation over the Lifecourse: Findings for a Cohort of Joiners. *Social Forces* 87: 211–242.
- Carle, Adam C. 2009. Fitting multilevel models in complex survey data with design weights: Recommendations. *BMC Medical Research Methodology* 9: 49.
- Castel, Robert. 2008. *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*. 2. Aufl. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz.
- Castel, Robert. 2017. Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs. In *Exklusion: die Debatte über die „Überflüssigen“*, Hrsg. Heinz Bude und Andreas Willisch, 69–86. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Castles, Francis G., und Deborah Mitchell. 1993. Worlds of Welfare and Families of Nations. In *Families of Nations: Patterns of Public Policy in Western Democracies*, 93–128. Aldershot, Hants, England ; Brookfield, Vt., USA: Dartmouth.
- Castles, Francis G., und Herbert Obinger. 2008. Worlds, Families, Regimes: Country Clusters in European and OECD Area Public Policy. *West European Politics* 31: 321–344.
- Centeno, Mario. 2004. The Match Quality Gains from Unemployment Insurance. *The Journal of Human Resources* 39: 839.
- Christoph, Bernhard. 2008. Was fehlt bei Hartz IV? Zum Lebensstandard der Empfänger von Leistungen nach SGB II. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 40: 7–10.
- Christoph, Bernhard, und Torsten Lietzmann. 2013. Je länger, je weniger? Zum Zusammenhang zwischen der Dauer des ALG-II-Leistungsbezugs und den materiellen Lebensbedingungen der Betroffenen. *Zeitschrift für Sozialreform* 59: 167–196.
- Clark, Andrew E., und Andrew J. Oswald. 1994. Unhappiness and Unemployment. *The Economic Journal* 104: 648.
- Coutts, Adam P., David Stuckler, und David J. Cann. 2014. The Health and Wellbeing Effects of Active Labor Market Programs. In *Interventions and Policies to Enhance Wellbeing*, vol. 6, *Wellbeing: A Complete Reference Guide*, Hrsg. Felicia Huppert und Cary L. Cooper, 465–482. Chichester, UK: Wiley Blackwell.
- Di Tella, Rafael, Robert J. MacCulloch, und Andrew J. Oswald. 2003. The Macroeconomics of Happiness. *The Review of Economics and Statistics* 85: 809–827.
- Dieckhoff, Martina, und Vanessa Gash. 2015. Unemployed and alone? Unemployment and social participation in Europe. *International Journal of Sociology and Social Policy* 35: 67–90.

- Dingeldey, Irene. 2007. Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen „Arbeitszwang“ und „Befähigung“: Eine vergleichende Analyse aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien. *Berliner Journal für Soziologie* 17: 189–209.
- Dingeldey, Irene. 2011. *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat: Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Dörre, Klaus. 2009. Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Hrsg. Robert Castel und Klaus Dörre, 35–64. Frankfurt am Main ; New York: Campus Verlag.
- Dubet, François, und Didier Lapeyronnie. 1994. *Im Aus der Vorstädte: der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Durkheim, Émile. 1992. *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eichhorn, Jan. 2013. Unemployment Needs Context: How Societal Differences between Countries Moderate the Loss in Life-Satisfaction for the Unemployed. *Journal of Happiness Studies* 14: 1657–1680.
- Eichhorn, Jan. 2014. The (Non-) Effect of Unemployment Benefits: Variations in the Effect of Unemployment on Life-Satisfaction Between EU Countries. *Social Indicators Research* 119: 389–404.
- Eichhorst, Werner, Otto Kaufmann, Regina Konle-Seidl, und Hans-Joachim Reinhard. 2008. Bringing the Jobless into Work? An Introduction to Activation Policies. In *Bringing the jobless into work ? experiences with activation schemes in Europe and the U.S*, Hrsg. Werner Eichhorst, Otto Kaufmann und Regina Konle-Seidl, 1–16. Heidelberg: Springer.
- Eichhorst, Werner, und Paul Marx. 2020. *A Comparative Analysis of National Unemployment Benefit Schemes*. IZA Institute of Labour Economics.
- Eppel, Rainer, Martina Fink, und Helmut Mahringer. 2016. *Die Wirkung zentraler Interventionen des AMS im Prozess der Vermittlung von Arbeitslosen*. Wien: Österr. Inst. für Wirtschaftsforschung.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1999. *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esser, Ingrid, Tommy Ferrarini, Kenneth Nelson, und Joakim Palme. 2013. *Unemployment Benefits in EU Member States*. Brüssel: Europäische Kommission.
- Eurostat. 2012. *Measuring material deprivation in the EU: indicators for the whole population and child-specific indicators*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Eurostat. 2016. Methodological Guidelines and Description of EU-SILC Target Variables: 2015 operation (Version August 2016).
- Eurostat. 2018. EU statistics on income and living conditions (EU-SILC) methodology – sampling. *eurostat*. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=EU_statistics_on_income_and_living_conditions_\(EU-SILC\)_methodology_%E2%80%93_sampling](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=EU_statistics_on_income_and_living_conditions_(EU-SILC)_methodology_%E2%80%93_sampling) (Zugegriffen: 15. Dez. 2021).
- Eurostat. 2020a. Living conditions in Europe - poverty and social exclusion. *eurostat*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Living_conditions_in_Europe_-_poverty_and_social_exclusion (Zugegriffen: 25. Juli 2021).
- Eurostat. 2020b. EU statistics on income and living conditions (EU-SILC) methodology – data quality. *eurostat*. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=EU_statistics_on_income_and_living_conditions_\(EU-SILC\)_methodology_-_data_quality](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=EU_statistics_on_income_and_living_conditions_(EU-SILC)_methodology_-_data_quality)

- explained/index.php?title=EU_statistics_on_income_and_living_conditions_(EU-SILC)_methodology_%E2%80%93_data_quality (Zugegriffen: 3. März 2022).
- Eurostat. 2021. *Quality report of the European Union labour force survey 2019: 2021 edition*. Luxembourg: Publications Office of the European Commission.
- Falk, Martin, und Tally Katz-Gerro. 2016. Cultural participation in Europe: Can we identify common determinants? *Journal of Cultural Economics* 40: 127–162.
- Ferrera, Maurizio. 1996. The „Southern Model“ of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy* 6: 17–37.
- Field, Frank. 1989. *Losing out: the emergence of Britain's underclass*. Oxford: B. Blackwell.
- Flora, Peter, und Jens Alber. 1981. Modernization, Democratization, and the Development of Welfare States in Western Europe. In *The Development of Welfare States in Europe and America*, Hrsg. Arnold J. Heidenheimer und Peter Flora, 37–80. New York: Routledge.
- Foster, Chase, und Jeffry Frieden. 2017. Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government. *European Union Politics* 18: 511–535.
- Gallie, Duncan, und Serge Paugam. 2000. The Experience of Unemployment in Europe: The Debate. In *Welfare regimes and the experience of unemployment in Europe*, 1–26. Oxford: Oxford University Press.
- Giddens, Anthony. 1999. *Der dritte Weg: die Erneuerung der sozialen Demokratie*. 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Girvetz, Harry. 1968. Welfare State. In *International Encyclopedia of the Social Sciences*, vol. 16, Hrsg. David L. Sills, 512–521.
- Giustozzi, Carlotta, und Markus Gangl. 2021. Unemployment and political trust across 24 Western democracies: Evidence on a welfare state paradox. *Acta Sociologica* 64: 255–273.
- Gray, Anne. 2004. *Unsocial Europe: social protection or flexploitation?* London ; Ann Arbor, MI: Pluto Press.
- Groh-Samberg, Olaf, und Henning Lohmann. 2014. Soziale Ausgrenzung von Geringqualifizierten: Entwicklungen der materiellen, kulturellen und politischen Teilhabe. In *Expansive Bildungspolitik – Expansive Bildung?*, Hrsg. Ullrich Bauer, Axel Bolder, Helmut Bremer, Rolf Dobischat und Günter Kutscha, 173–193. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Grüttner, Michael, Andreas Moczał, und Joachim Wolff. 2016. Sanktionen im aktivierenden Arbeitsmarktregime und soziale Exklusion: Eine quantitative Analyse. *Soziale Welt* 67: 67–90.
- Harrysson, Lars, und Michael O'Brien. 2007. *Social welfare, Social exclusion, A life course frame*. Lund: Värpinge Ord & Text.
- Hellwig, Timothy T. 2005. The Origins of Unemployment Insurance in Britain: A Cross-Class Alliance Approach. *Social Science History* 29: 107–136.
- Hox, Joop J. 2010. *Multilevel analysis: techniques and applications*. 2. Aufl. New York: Routledge, Taylor & Francis.
- ILOSTAT. 2021a. ILO Social Security Inquiry Database: SDG indicator 1.3.1 - Proportion of population covered by social protection floors/systems (%). <https://ilostat.ilo.org/topics/sdg/> (Zugegriffen: 1. Feb. 2020).
- ILOSTAT. 2021b. ILO Social Security Inquiry Database: SDG indicator 8.5.2 - Unemployment rate (%). <https://ilostat.ilo.org/topics/sdg/> (Zugegriffen: 8. Jan. 2022).
- Immervoll, Herwig, und Carlo Knotz. 2018. *How demanding are activation requirements for jobseekers*. Paris: OECD Publishing https://www.oecd-ilibrary.org/employment/how-demanding-are-activation-requirements-for-jobseekers_2bdfcecca-en (Zugegriffen: 26. Jan. 2022).

- International Labour Organization. o. J. Indicator description: Unemployment rate. *ILOSTAT*. <https://ilostat.ilo.org/resources/concepts-and-definitions/description-unemployment-rate/> (Zugegriffen: 2. Nov. 2021).
- Jahoda, Marie. 1981. Work, employment, and unemployment: Values, theories, and approaches in social research. *American Psychologist* 36: 184–191.
- Jahoda, Marie, Paul Felix Lazarsfeld, und Hans Zeisel. 1975. *Die Arbeitslosen von Marienthal: ein soziographischer Versuch*. Frankfurt am Main, Leipzig: Suhrkamp Verlag.
- Julkunen, Ilse. 2002. Social and Material Deprivation among Unemployed Youth in Northern Europe. *Social Policy & Administration* 36: 235–253.
- Kamerāde, Daiga, und Matthew R Bennett. 2018. Rewarding Work: Cross-National Differences in Benefits, Volunteering During Unemployment, Well-Being and Mental Health. *Work, Employment and Society* 32: 38–56.
- Kammer, Andreas, Judith Niehues, und Andreas Peichl. 2012. Welfare regimes and welfare state outcomes in Europe. *Journal of European Social Policy* 22: 455–471.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 1997. *Herausforderungen des Sozialstaates*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Keune, Maarten. 2009. Mittel- und osteuropäische Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Typen und Leistungsfähigkeit. In *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa*, Hrsg. Christina Klenner und Simone Leiber, 59–84. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klammer, Ute, und Simone Leiber. 2014. Aktivierung und Eigenverantwortung in europäisch-vergleichender Perspektive. *WSI Mitteilungen* 514–521.
- Knotz, Carlo, und Johannes Lindvall. 2015. Coalitions and Compensation: The Case of Unemployment Benefit Duration. *Comparative Political Studies* 48: 586–615.
- Kohl, Jürgen. 1993. Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. Anmerkungen zu Esping-Andersen's „The Three Worlds of Welfare Capitalism“. *Zeitschrift für Sozialreform* 39: 67–82.
- Kollmorgen, Raj. 2009. Postsozialistische Wohlfahrtsregime in Europa – Teil der „Drei Welten“ oder eigener Typus?: Ein empirisch gestützter Rekonzeptualisierungsversuch. In *International vergleichende Sozialforschung*, Hrsg. Birgit Pfau-Effinger, Slađana Sakrač Magdalenić und Christof Wolf, 65–92. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Korpi, Walter, und Joakim Palme. 1998. The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries. *American Sociological Review* 63: 661–687.
- Kraaykamp, Gerbert, und Paul Nieuwbeerta. 2000. Parental Background and Lifestyle Differentiation in Eastern Europe: Social, Political, and Cultural Intergenerational Transmission in Five Former Socialist Societies. *Social Science Research* 29: 92–122.
- Kreft, Ita G. G. 1996. *Are Multilevel Techniques Necessary? An Overview, Including Simulation Studies*. Los Angeles.
- Kreft, Ita G. G., und Jan De Leeuw. 1998. *Introducing multilevel modeling*. London ; Thousand Oaks, Calif: Sage.
- Kroh, Martin, und Christian Könnecke. 2013. *Arm, arbeitslos und politisch inaktiv?* Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kronauer, Martin. 2002. *Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main ; New York: Campus Verlag.
- Kronauer, Martin. 2006. „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse: Vorschläge für eine anstehende Debatte. In *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2*, Hrsg. Karl-Siegbert Rehberg, 4179–4190. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Kronauer, Martin. 2020. *Kritik der auseinanderdriftenden Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kunze, Lars, und Nicolai Suppa. 2017. Bowling alone or bowling at all? The effect of unemployment on social participation. *Journal of Economic Behavior & Organization* 133: 213–235.
- Lahusen, Christian, und Britta Baumgarten. 2006. Die Fragilität kollektiven Handelns: Arbeitslosenproteste in Deutschland und Frankreich. *Zeitschrift für Soziologie* 35: 102–119.
- Langan, Mary, und Ilona Ostner. 1991. Gender and Welfare: Towards a comparative framework. In *Towards a European welfare state?*, Hrsg. Graham Room, 127–150. Bristol: SAUS.
- Langenbacher. 2015. *How demanding are eligibility criteria for unemployment benefits, quantitative indicators for OECD and EU countries*. Paris: OECD Publishing https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/how-demanding-are-eligibility-criteria-for-unemployment-benefits-quantitative-indicators-for-oecd-and-eu-countries_5jrxtk1zw8f2-en (Zugegriffen: 8. März 2022).
- Lehner, Kommentar der anderen / Lukas, und Philip Rathgeb. 2022. Einfach mehr Druck machen? Perspektiven zur Arbeitsmarktreform. *DER STANDARD*. <https://www.derstandard.at/story/2000134046795/einfach-mehr-druck-machen-perspektiven-zur-arbeitsmarktreform> (Zugegriffen: 11. Apr. 2022).
- Leibfried, Stephan. 1993. Towards a European welfare state? In *New perspectives on the welfare state in Europe*, Hrsg. Catherine Jones, 133–156. London: Routledge.
- Lenoir, Rene. 1975. *Les Exclus: un Français sur Dix*. Paris: Le Seuil.
- Lessenich, Stephan. 2008a. Wohlfahrtsstaat. In *Handbuch Soziologie*, Hrsg. Nina Baur, Hermann Korte, Martina Löw und Markus Schroer, 483–498. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lessenich, Stephan. 2008b. *Die Neuerfindung des Sozialen: Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lessenich, Stephan. 2012. *Theorien des Sozialstaats zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Luhmann, Niklas. 1995. *Soziologische Aufklärung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maas, Cora J. M., und Joop J. Hox. 2004. Robustness issues in multilevel regression analysis. *Statistica Neerlandica* 58: 127–137.
- Maas, Cora J. M., und Joop J. Hox. 2005. Sufficient Sample Sizes for Multilevel Modeling. *Methodology* 1: 86–92.
- Macdonald, Robert. 1997. Dangerous youth and the dangerous class. In *Youth, The „Underclass“ and Social Exclusion*, 1–25. London: Routledge.
- Maddala, Gangadharrao S. 1986. *Limited-Dependent and Qualitative Variables in Econometrics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Manow, Philip. 2002. The Good, the Bad, and the Ugly: Esping-Andersens Sozialstaats-Typologie und die konfessionellen Wurzeln des westlichen Wohlfahrtsstaats. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54: 203–225.
- Marshall, Thomas H. 1987. *Citizenship and Social Class*. London: Pluto Press.
- Martin, John P. 1996. Measures of replacement rates for the purpose of international comparisons: a note. *OECD Economic Studies* 26: 99–115.
- Marx, Paul, und Christoph Nguyen. 2016. Are the Unemployed Less Politically Involved? A Comparative Study of Internal Political Efficacy. *European Sociological Review* 32: 634–648.
- Matsunaga, Tomoari. 2017. The Origins of Unemployment Insurance in Edwardian Britain. *Journal of Policy History* 29: 614–639.

- McFadden, Daniel. 1979. Quantitative methods for analysing travel behavior of individuals: Some recent Developments. In *Behavioural travel modelling*, Hrsg. David A. Hensher und Peter R. Stopher, 279–318. London: Croom Helm.
- Moffitt, Richard. 2014. Unemployment benefits and unemployment. *IZA World of Labor* 13.
- Mohr, Katrin. 2007. *Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat: Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Grossbritannien und Deutschland*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Murray, Charles A. 1996. Underclass: The Crisis Deepens. In *Charles Murray and the underclass: the developing debate, Choice in welfare*, Hrsg. Ruth Lister, 99–137. London: The IEA Health and Welfare Unit.
- Nagl, Wolfgang, und Michael Christl. 2018. *Der Reformvorschlag der Agenda Austria*. Wien: Agenda Austria <https://www.agenda-austria.at/publikationen/arbeitssuchengeld/reformvorschlag/> (Zugegriffen: 30. März 2022).
- Nakagawa, Shinichi, Paul C. D. Johnson, und Holger Schielzeth. 2017. The coefficient of determination R² and intra-class correlation coefficient from generalized linear mixed-effects models revisited and expanded. *Journal of the Royal Society interface* 14.
- OECD. 2018. *OECD Employment Outlook 2018*. OECD Publishing.
- OECD. 2022a. OECD Social and Welfare Statistics: Net replacement rates in unemployment. <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=NRR> (Zugegriffen: 29. Jan. 2022).
- OECD. 2022b. OECD Social and Welfare Statistics: Strictness of benefit activation requirements. https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/data/benefits-and-wages/strictness-of-benefit-activation-requirements_d3600745-en (Zugegriffen: 17. Jan. 2022).
- Orenstein, Mitchell A. 2008. Postcommunist Welfare States. *Journal of Democracy* 19: 80–94.
- Ozkan, Umut Riza. 2014. Comparing Formal Unemployment Compensation Systems in 15 OECD Countries. *Social Policy & Administration* 48: 44–66.
- Paugam, Serge. 2004. Armut und soziale Exklusion: Eine soziologische Perspektive. In *An den Rändern der Städte, Edition Suhrkamp*, Hrsg. Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel, 71–95. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Paugam, Serge, und Helen Russel. 2000. The Effects of Employment Precarity and Unemployment on Social Isolation. In *Welfare regimes and the experience of unemployment in Europe*, Hrsg. Duncan Gallie und Serge Paugam, 243–264. Oxford: Oxford University Press.
- Pfeifer, Michaela. 2012. Comparing unemployment protection and social assistance in 14 European countries. Four worlds of protection for people of working age: Comparing unemployment protection and social assistance. *International Journal of Social Welfare* 21: 13–25.
- Pittau, M. Grazia, Roberto Zelli, und Andrew Gelman. 2010. Economic Disparities and Life Satisfaction in European Regions. *Social Indicators Research* 96: 339–361.
- Pohlan, Laura. 2019. Unemployment and social exclusion. *Journal of Economic Behavior & Organization* 164: 273–299.
- Polanyi, Karl. 2021. *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 15. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Pötschke, Manuela. 2006. Mehrebenenanalyse. In *Methoden der Politikwissenschaft: neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren, Forschungsstand Politikwissenschaft*, Hrsg. Joachim Behnke, Thomas Gschwend, Delia Schindler und Kai-Uwe Schnapp, 167–179. Baden-Baden: Nomos.
- Pötschke, Manuela. 2014. Aktuelle Probleme der Modellierung von Mehrebenen-Daten. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66: 219–239.

- Ragin, Charles C. 1994. A qualitative comparative analysis of pension systems. In *The Comparative Political Economy of the Welfare State*, Hrsg. Thomas Janoski und Alexander M. Hicks, 320–345. Cambridge: Cambridge University Press.
- Raudenbush, Stephen W., und Anthony S. Bryk. 2002. *Hierarchical linear models: applications and data analysis methods*. 2nd ed. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Rhodes, Martin. 1996. *A New Social Contract? Globalisation and West European Welfare States*. Florence: European University Institute.
- Rieger, Elmar. 1998. Soziologische Theorie und Sozialpolitik im entwickelten Sozialstaat. In *Welten des Wohlfahrtskapitalismus: Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, vol. 40, *Theorie und Gesellschaft*, Hrsg. Stephan Lessenich und Ilona Ostner, 59–89. Frankfurt am Main ; New York: Campus Verlag.
- Roberts, Ken. 2013. Sociology of leisure. *Sociopedia*.
- Rözer, Jesper J., Bas Hofstra, Matthew E. Brashears, und Beate Volker. 2020. Does unemployment lead to isolation? The consequences of unemployment for social networks. *Social Networks* 63: 100–111.
- Scherschel, Karin, Peter Streckeisen, und Manfred Krenn. 2012. Einleitung. In *Neue Prekari-tät: Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik - europäische Länder im Vergleich, International Labour Studies - Internationale Arbeitsstudien*, Hrsg. Karin Scherschel, Peter Streckeisen und Manfred Krenn. Frankfurt am Main ; New York: Campus Verlag.
- Schmid, Josef. 2010. *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. 2005. *Sozialpolitik in Deutschland: historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. 3. vollständig überarbeitete und erweiterte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schönherr, Daniel, Evelyn Hacker, Christoph Hofinger, und Georg Michenthaler. 2014. *Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit: Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit in Wien*. Wien: SORA - Inst. for Social Research and Consulting, IFES - Inst. für Empirische Sozialforschung.
- Schreyer, Franziska, Franz Zahradnik, und Susanne Götz. 2012. Lebensbedingungen und Teilhabe von jungen sanktionierten Arbeitslosen im SGB II. *Sozialer Fortschritt* 61: 213–220.
- Schröder, Martin. 2009. Integrating Welfare and Production Typologies: How Refinements of the Varieties of Capitalism Approach call for a Combination of Welfare Typologies. *Journal of Social Policy* 38: 19–43.
- Schwinn, Thomas. 2000. Inklusion und soziale Ungleichheit. *Berliner Journal für Soziologie* 10: 471–483.
- Scott, Wilbur J., und Alan C. Acock. 1979. Socioeconomic status, unemployment experience, and political participation: A disentangling of main and interaction effects. *Political Behavior* 1: 361–381.
- Simonson, Julia, und Nicole Hameister. 2017. Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement. In *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligen-survey 2014, Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*, Hrsg. Julia Simonson, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer, 439–464. Wiesbaden: Springer VS.
- Sjöberg, Ola. 2010. Social Insurance as a Collective Resource: Unemployment Benefits, Job Insecurity and Subjective Well-being in a Comparative Perspective. *Social Forces* 88: 1281–1304.
- Sjöberg, Ola, Joakim Palme, und Eero Carroll. 2012. Unemployment Insurance. In *The Oxford handbook of the welfare state*, Hrsg. Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane

- Lewis, Herbert Obinger und Christopher Pierson, 420–434. Oxford: Oxford University Press.
- Snijders, T. A. B., und R. J. Bosker. 1999. *Multilevel analysis: an introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London ; Thousand Oaks, Calif: Sage Publications.
- Snijders, Tom A. B., und Roel J. Bosker. 1994. Modeled Variance in Two-Level Models. *Sociological Methods & Research* 22: 342–363.
- Solga, Heike. 2012. Bildung und materielle Ungleichheiten. Der investive Sozialstaat auf dem Prüfstand. In *Soziologische Bildungsforschung*, vol. 52, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Rolf Becker und Heike Solga, 459–487. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sowa, Frank, und Stefan Zapfel. 2015. Aktivierung als globales Modell der Weltpolitik? Konzeptionelle Überlegungen zum Wandel der Arbeitsmarktpolitik in europäischen Wohlfahrtsstaaten. *Sozialer Fortschritt* 64: 47–54.
- Statistik Austria. 2019. 1,5 Millionen Menschen in Österreich waren 2018 von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. *statistik.at*.
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/120739.html (Zugegriffen: 8. Apr. 2022).
- Statistik Austria. 2021. Arbeitslose (internationale Definition). *statistik.at*.
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_internationale_definition/index.html (Zugegriffen: 2. Nov. 2021).
- Stelzer-Orthofer, Christine. 2001. Erwerbslosigkeit und Armut — Eine theoretische und empirische Annäherung. In *Erwerbslosigkeit*, Hrsg. Jeannette Zempel, Johann Bacher und Klaus Moser, 149–169. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stelzer-Orthofer, Christine, und Helga Kranewitter. 2006. „Arbeitslosigkeit ist mehr als ökonomische Not“ – Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich. Eine empirische Erhebung. *WISO* 29: 23–42.
- Stichweh, Rudolf. 2016. *Inklusion und Exklusion: Studien zur Gesellschaftstheorie*. 2., erweiterte Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Stovicek, Klara, und Alessandro Turrini. 2012. *Benchmarking Unemployment Benefits in the EU*. Bonn: Institute for the Study of Labor (IZA).
- Strauß, Susanne. 2009. Ehrenamt in Deutschland und Großbritannien - Sprungbrett zurück auf den Arbeitsmarkt? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 61: 647–670.
- Szigetvari, András. 2022. Degressives Arbeitslosengeld, Wartefristen? Was die Arbeitsmarktreform bringen könnte. *DER STANDARD*, Februar 4
<https://www.derstandard.at/story/2000133089891/degressives-arbeitslosengeld-wartefristen-was-die-arbeitsmarktreform-bringen-koennte> (Zugegriffen: 30. März 2022).
- Tatsiramos, Konstantinos. 2009. Unemployment Insurance in Europe: Unemployment Duration and Subsequent Employment Stability. *Journal of the European Economic Association* 7: 1225–1260.
- Tausendpfund, Markus, Hrsg. 2020. *Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften: Ein Überblick*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Trifiletti, Rossana. 1999. Southern European Welfare Regimes and the Worsening Position of Women. *Journal of European Social Policy* 9: 49–64.
- Vroman, Wayne. 2001. *Unemployment Insurance and Unemployment Assistance: A Comparison*. The Urban Institute <http://webarchive.urban.org/publications/410228.html> (Zugegriffen: 28. Okt. 2021).
- Vrooman, Cok. 2009. *Rules of Relief: Institutions of Social Security, and their Impact*. Den Haag: SCP.

- Wacquant, Loïc J. D. 1996. Red Belt, Black Belt: Racial Division, Class Inequality and the State in the French Urban Periphery and the American Ghetto. In *Urban Poverty and the Underclass*, Hrsg. Enzo Mingione, 234–274. Oxford: Blackwell Publishers Ltd.
- Wenzelburger, Georg, Sebastian Jäckle, und Pascal König. 2014. *Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler: eine anwendungsbezogene Einführung mit Stata*. München: De Gruyter Oldenbourg.
- Wilson, William J. 1987. *The truly disadvantaged: the inner city, the underclass, and public policy*. Chicago; London: University of Chicago Press.
- Wilson, William J. 1991. Public Policy Research and The Truly Disadvantaged. In *The Urban underclass*, Hrsg. Christopher Jencks und Paul E. Peterson, 460–481. Washington, D.C: Brookings Institution.
- World Bank. 2021. World Development Indicators.
<https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD> (Zugegriffen: 8. Jan. 2022).
- Wulfgramm, Melike. 2014. Life satisfaction effects of unemployment in Europe: The moderating influence of labour market policy. *Journal of European Social Policy* 24: 258–272.
- Yaish, M., und T. Katz-Gerro. 2012. Disentangling „Cultural Capital“: The Consequences of Cultural and Economic Resources for Taste and Participation. *European Sociological Review* 28: 169–185.
- Zandonella, Martin, und Evelyn Hacker. 2016. Schadet Ungleichheit der Demokratie?: Die Auswirkungen von lokaler Einkommensungleichheit auf das Nichtwählen in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2013. *Wirtschaft und Gesellschaft* 42: 303–323.
- Zechmann, Andrea, und Karsten Ingmar Paul. 2019. Why do individuals suffer during unemployment? Analyzing the role of deprived psychological needs in a six-wave longitudinal study. *Journal of Occupational Health Psychology* 24: 641–661.

12 Anhang

12.1 Abstracts

Deutsch

Staatliche Leistungen bei Erwerbslosigkeit tragen entscheidend zur sozialen Sicherung der Betroffenen bei, bergen jedoch auch das Risiko, Ungleichheiten zu verschärfen und soziale Exklusion zu fördern. Angesichts der derzeit geplanten Reform des österreichischen Arbeitslosengeldes lohnt ein Blick auf die Gefahr der sozialen Exklusion von Erwerbslosen. Ziel der Arbeit ist es daher, herauszufinden, inwiefern die Ausgestaltung der Leistungen bei Erwerbslosigkeit die Exklusionsrisiken von Erwerbslosen beeinflusst. Mithilfe logistischer Mehrebenenanalysen werden die Effekte von individuellen sowie länderspezifischen Faktoren auf die Dimensionen sozialer Exklusion, der Einbindung in soziale Netze sowie der materiellen, kulturellen und politisch-institutionellen Teilhabe, untersucht. Die Daten auf Individualebene stammen von der EU-SILC aus dem Jahr 2015, in dem ein spezielles Modul über soziale und kulturelle Partizipation sowie materielle Deprivation enthalten ist. Auf Länderebene werden einerseits die Einteilung in wohlfahrtsstaatliche Regime und andererseits Daten bezüglich der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme von Erwerbslosen berücksichtigt. Es wird deutlich, dass Erwerbslose, die bereits von Benachteiligung betroffen sind, wie Langzeiterwerbslose oder Personen mit geringem Bildungsniveau, in allen vier Dimensionen ein erhöhtes Exklusionsrisiko aufweisen. In sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten zeigt sich eine höhere Wahrscheinlichkeit auf Einbindung in soziale Netze, kulturelle, politisch-institutionelle sowie materielle Teilhabe als in den anderen Regimen. Weiterhin geben die Ergebnisse darüber Aufschluss, dass mit einer höheren Nettoersatzrate auch die Wahrscheinlichkeit auf materielle und kulturelle Teilhabe von Erwerbslosen steigt. Zudem wird ein positiver Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Einbindung in soziale Netze erkennbar.

Englisch

Unemployment Benefits make a crucial contribution to the social security of the unemployed, but also harbor the risk of exacerbating inequalities and promoting social exclusion. In view of the currently planned reform of Austrian unemployment benefits, it is worth taking a look at the risk of social exclusion of the unemployed. The aim of this thesis is therefore to find out to what extent the design of unemployment benefits influences the risk of exclusion of the unemployed. With the help of logistic multi-level analyses, the effect of individual and country-specific factors on the dimensions of social exclusion, integration into social networks as well as material, cultural and political-institutional participation, is examined. The data at the individual level stems from the 2015 EU-SILC, which includes a dedicated module on social and cultural participation and material deprivation. At the state level, the division into welfare state regimes and data on the design of the social security systems for the unemployed are taken into account. It becomes clear that unemployed people who are already disadvantaged, such as the long-term unemployed or people with a low level of education, show an increased risk of exclusion in all four dimensions. In social-democratic welfare states there is a higher probability of integration into social networks, cultural, political-institutional and material participation than in the other regimes. Furthermore, the results provide information that the higher the net replacement rate, the higher the probability of material and cultural participation of the unemployed. In addition, a positive connection between the unemployment rate and integration into social networks can be seen.

12.2 R-Code

```
#genutzte Pakete:
library(haven)
library(lme4)
library(dplyr)
library(ggplot2)
library(readxl)
library(reshape2)
library(labelled)
library(gtsummary)
library(sjstats)
library(sjPlot)
library(DHARMa)
library(gt)
library(optimx)
library(ggeffects)
library(stringr)

# Datensatz EU-SILC 2015 importieren und verkleinern
SILC_15_full <- read_sav("Daten/SILC_int_c_2015.sav", encoding="UTF-8")
SILC_15 <- data.frame(country=SILC_15_full$PB020,
  year=SILC_15_full$PB010,
  yob=SILC_15_full$PB140,
  sex=SILC_15_full$PB150,
  edu=SILC_15_full$PE040,
  hhtype=SILC_15_full$HX060,
  citizen=SILC_15_full$PB220A,
  dispincome=SILC_15_full$HY020,
  cinema=SILC_15_full$PS010,
  performance=SILC_15_full$PS020,
  culsites=SILC_15_full$PS030,
  sportevents=SILC_15_full$PS040,
  inforvolunt=SILC_15_full$PS100,
  forvolunt=SILC_15_full$PS101,
  actcit=SILC_15_full$PS102,
  meetfamily=SILC_15_full$PS050,
  meetfriends=SILC_15_full$PS060,
  confamily=SILC_15_full$PS070,
  confriends=SILC_15_full$PS080,
  helpother=SILC_15_full$PS090,
  persmatter=SILC_15_full$PS091,
  matdepri = SILC_15_full$RX060,
  weight=SILC_15_full$PB040,
  employ_self=SILC_15_full$PL031,
  duration=SILC_15_full$PL080)

#Gewichte skalieren
SILC_15 <- SILC_15 %>%
  mutate(weight.scaled = weight/sum(weight, na.rm = T)*nrow(SILC_15))

# nur Erwerbslose
SILC_15 <- subset(SILC_15, employ_self==5)

#Länder ausschließen, von denen keine Level-2-Daten
SILC_15 <- subset(SILC_15, subset = !country %in% c("IS", "CY", "RS"))

#erklärende Variablen Level 1

#Bildungsgruppen
SILC_15$edu_group <- as.numeric(SILC_15$edu)
SILC_15$edu_group[SILC_15$edu_group <= 2 |
  SILC_15$edu_group == 100 |
  SILC_15$edu_group == 200] <- "niedrig"
SILC_15$edu_group[SILC_15$edu_group == 3] <- "mittel"
SILC_15$edu_group[SILC_15$edu_group >= 300 &
  SILC_15$edu_group <= 450] <- "mittel"
SILC_15$edu_group[SILC_15$edu_group == 5 |
  SILC_15$edu_group == 500] <- "hoch"
with(SILC_15, table(edu, edu_group))

#Geschlecht
SILC_15$sex <-
  factor(SILC_15$sex, levels=c(1,2),
    labels=c("Männer",
      "Frauen"))

#Alter
SILC_15$age <- 2015-SILC_15$yob

##Altersgruppen - nur bis 65
SILC_15$age_group[SILC_15$age <= 25] <- "bis 25 J."
```

```

SILC_15$age_group[SILC_15$age >= 26 & SILC_15$age <= 35] <- "26-35 J."
SILC_15$age_group[SILC_15$age >= 36 & SILC_15$age <= 45] <- "36-45 J."
SILC_15$age_group[SILC_15$age >= 46 & SILC_15$age <= 55] <- "46-55 J."
SILC_15$age_group[SILC_15$age >= 56 & SILC_15$age <= 65] <- "56-65 J."
SILC_15$age_group[SILC_15$age >= 66] <- NA
with(SILC_15, table(age, age_group))

#Staatsbürgerschaft
SILC_15$citizen <- ifelse(SILC_15$citizen == "LOC",
                          "Staatsbürgerschaft des jew. Landes",
                          ifelse(SILC_15$citizen == "EU",
                                "Staatsbürgerschaft in EU",
                                ifelse(SILC_15$citizen == "OTH",
                                      "andere Staatsbürgerschaft", NA)))

#Zusammensetzung des Haushaltes
SILC_15$hhtype2[SILC_15$hhtype == 5] <- "Ein-Personen-HH"
SILC_15$hhtype2[SILC_15$hhtype == 6 |
                SILC_15$hhtype == 7] <- "2 Erwachsene, keine Kinder"
SILC_15$hhtype2[SILC_15$hhtype == 8] <- "Anderer HH ohne Kinder"
SILC_15$hhtype2[SILC_15$hhtype == 9] <- "Ein-Eltern-HH"
SILC_15$hhtype2[SILC_15$hhtype == 10 |
                SILC_15$hhtype == 11 |
                SILC_15$hhtype == 12] <- "2 Erwachsene mit min. 1 Kind"
SILC_15$hhtype2[SILC_15$hhtype == 13] <- "Anderer HH mit Kindern"

#Dauer der Erwerbslosigkeit
SILC_15 %>% ggplot(aes(duration)) + geom_bar()

SILC_15$duration2[SILC_15$duration < 1] <- "bis 1 Monat"
SILC_15$duration2[SILC_15$duration >= 1 &
                  SILC_15$duration < 12] <- "1 bis 12 Monate"
SILC_15$duration2[SILC_15$duration == 12] <- "ab 12 Monate"

#fehlende Werte ausschließen
SILC_15 <- na.omit(SILC_15)

#Einkommen - Ausreißer mit IQR
summary(SILC_15$dispincome)
outliers <- boxplot(SILC_15$dispincome, plot=FALSE)$out
SILC_15 <- SILC_15[-which(SILC_15$dispincome %in% outliers),]

#Variablen auf Länderebene hinzufügen
group_1 <- read_excel("Daten/group_level.xlsx")
SILC_15 <- merge(SILC_15, group_1, by="country", all=TRUE)

#abhängige Variablen
#kulturelle Teilhabe
SILC_15$cinema[SILC_15$cinema <= 2] <- 1
SILC_15$cinema[SILC_15$cinema >= 3] <- 0
SILC_15$cinema <- as.numeric(SILC_15$cinema)

SILC_15$performance[SILC_15$performance <= 2] <- 1
SILC_15$performance[SILC_15$performance >= 3] <- 0
SILC_15$performance <- as.numeric(SILC_15$performance)

SILC_15$culsites[SILC_15$culsites <= 2] <- 1
SILC_15$culsites[SILC_15$culsites >= 3] <- 0
SILC_15$culsites <- as.numeric(SILC_15$culsites)

SILC_15$sportevents[SILC_15$sportevents <= 2] <- 1
SILC_15$sportevents[SILC_15$sportevents >= 3] <- 0
SILC_15$sportevents <- as.numeric(SILC_15$sportevents)

SILC_15$forvolunt[SILC_15$forvolunt >= 2] <- 0
SILC_15$forvolunt <- as.numeric(SILC_15$forvolunt)

SILC_15$inforvolunt[SILC_15$inforvolunt >= 2] <- 0
SILC_15$inforvolunt <- as.numeric(SILC_15$inforvolunt)

SILC_15$cultpart <- ifelse(SILC_15$inforvolunt == 1, "Ja",
                          ifelse(SILC_15$forvolunt == 1, "Ja",
                                ifelse(SILC_15$sportevents == 1, "Ja",
                                      ifelse(SILC_15$culsites == 1, "Ja",
                                            ifelse(SILC_15$cinema == 1, "Ja",
                                                  ifelse(SILC_15$performance == 1,
                                                        "Ja", "Nein"))))))))

SILC_15$cultpart <- factor(SILC_15$cultpart,
                          levels = c("Ja", "Nein"),
                          labels = c("Ja", "Nein"))

#politisch-institutionelle Teilhabe
SILC_15$actcit <- as.numeric(SILC_15$actcit)
SILC_15$actcit[SILC_15$actcit >= 2] <- 0

```

```

SILC_15$actcit <- factor(SILC_15$actcit,
  levels = c(1,0),
  labels = c("Ja", "Nein"))

#soziale Netze
SILC_15$sozfriends<- ifelse(SILC_15$meetfriends <= 2 |
  SILC_15$contfriends <= 2,1,0)
SILC_15$sozfamly <- ifelse(SILC_15$meetfamily <= 2 |
  SILC_15$contfamily <= 2,1,0)

SILC_15$intensity<- ifelse(SILC_15$persmatter == 1 &
  SILC_15$helpother == 1, 1, 0)

SILC_15$soznet <- ifelse(SILC_15$intensity==1 & SILC_15$sozfamly==1, 1,
  ifelse(SILC_15$intensity==1 &
    SILC_15$sozfriends==1, 1,0))

SILC_15$soznet <- factor(SILC_15$soznet,
  levels = c(1,0),
  labels = c("Ja", "Nein"))

#materielle Teilhabe
SILC_15 %>%
  group_by(country) %>%
  summarise_at(vars(matdepri), list(name = mean))

SILC_15$matdepri <- factor(SILC_15$matdepri,
  levels = c(1,0),
  labels = c("Materiell depriviert",
    "Nicht materiell depriviert"))

#nicht mehr benötigte Variablen kommen weg + Ordnen der kategor. Variablen
SILC_model <- SILC_15 %>%
  select(country, sex, citizen, dispincome, weight.scaled, edu_group,
    age_group, hhtype2, duration2, matdepri, cultpart,
    soznet, actcit, cntry_label, GDP, unemploy_rate, coverage, NRR,
    regime, strict) %>%
  mutate(age_group = factor(age_group,
    levels = c("bis 25 J.", "26-35 J.", "36-45 J.",
      "46-55 J.", "56-65 J.))) %>%
  mutate(edu_group= factor(edu_group,
    levels = c("niedrig", "mittel", "hoch"))) %>%
  mutate(duration2= factor(duration2,
    levels = c("bis 1 Monat", "1 bis 12 Monate",
      "ab 12 Monate"))) %>%
  mutate(citizen= factor(citizen,
    levels = c("Staatsbürgerschaft des jew. Landes",
      "Staatsbürgerschaft in EU",
      "andere Staatsbürgerschaft"))) %>%
  mutate(hhtype2= factor(hhtype2,
    levels = c("Ein-Personen-HH",
      "2 Erwachsene, keine Kinder",
      "2 Erwachsene mit min. 1 Kind",
      "Ein-Eltern-HH",
      "Anderer HH mit Kindern",
      "Anderer HH ohne Kinder"))) %>%
  mutate(regime= factor(regime,
    levels = c("sozialdemokratisch",
      "konservativ",
      "liberal",
      "rudimentär",
      "postsozialistisch")))

# numerische Variablen Skalieren und zentrieren
SILC_model %>%
  select(dispincome, GDP, unemploy_rate, coverage, NRR, strict) %>%
  summary()

#Funktion scale(): erst zentrieren um Mittelwert, dann dividieren mit sd
SILC_model$GDP_z <- scale(SILC_model$GDP)
SILC_model$unemploy_rate_z <- scale(SILC_model$unemploy_rate)
SILC_model$coverage_z <- scale(SILC_model$coverage)
SILC_model$NRR_z <- scale(SILC_model$NRR)
SILC_model$strict_z <- scale(SILC_model$strict)

#Group-Mean - Länderdurchschnitt berechnet mit gewichteter Variable
SILC_model <- SILC_model %>%
  group_by(country) %>%
  mutate(dispincome_mean = weighted.mean(dispincome, weight.scaled))
SILC_model$dispincome_mean_s <- scale(SILC_model$dispincome_mean , center = F)
SILC_model$dispincome_s <- scale(SILC_model$dispincome, center = F)
SILC_model <- SILC_model %>%
  group_by(country) %>%

```



```

mutate(dispincome_cwc= dispincome_s-mean(dispincome_s)) %>% ungroup()

# Label der Variablen
var_label(SILC_model$actcit) <- "politische Partizipation"
var_label(SILC_model$cultpart) <- "kulturelle Partizipation"
var_label(SILC_model$matdepri) <- "materielle Partizipation"
var_label(SILC_model$soznet) <- "Einbindung in soziale Netze"
var_label(SILC_model$sex) <- "Geschlecht"
var_label(SILC_model$citizen) <- "Staatsbürgerschaft"
var_label(SILC_model$dispincome) <- "Einkommen"
var_label(SILC_model$duration2) <- "Dauer der Erwerbslosigkeit"
var_label(SILC_model$edu_group) <- "Bildungsniveau"
var_label(SILC_model$age_group) <- "Alter"
var_label(SILC_model$hhtype2) <- "Haushaltsstruktur"
var_label(SILC_model$GDP) <- "BIP/Kopf in KKP"
var_label(SILC_model$unemploy_rate) <- "Arbeitslosenquote"
var_label(SILC_model$coverage) <- "Abdeckungsquote"
var_label(SILC_model$NRR) <- "Nettoersatzrate"
var_label(SILC_model$regime) <- "Regime"
var_label(SILC_model$strict) <- "Strenge-Index"
var_label(SILC_model$dispincome_mean) <- "Einkommen (Gruppenmittelwert)"

#Übersicht erklärende Variablen Level 1
theme_gtsummary_compact()

#ungewichtet
SILC_ind <- SILC_model %>%
  select(sex, age_group, edu_group, dispincome, citizen,
         hhtype2, duration2) %>%
  tbl_summary()

#gewichtet
SILC_ind2 <- SILC_model %>%
  select(sex, age_group, edu_group, dispincome, citizen, hhtype2, duration2,
         weight.scaled) %>%
  as_tibble() %>%
  survey::svydesign(data = ., ids = ~ 1, weights = ~weight.scaled) %>%
  tbl_svysummary()

ind_merge <- tbl_merge(list(SILC_ind, SILC_ind2),
                        tab_spanner = c("ungewichtet", "gewichtet"))

ind_table <- ind_merge %>%
  bold_labels() %>%
  modify_header(label = "**Variablen**") %>%
  as_gt() %>%
  gt::tab_options(table.font.names = "Times New Roman")

gtsave(ind_table, "Grafiken/ind_variables.png")

#abhängige Variablen
#ungewichtet
SILC_dep <- SILC_model %>%
  select(soznet, cultpart, matdepri, actcit) %>%
  tbl_summary(type = list(c(soznet, cultpart, actcit) ~ "dichotomous"),
             value = list(c(soznet, cultpart, actcit) ~ "Ja",
                          matdepri ~ "Nicht materiell depriviert"))

#gewichtet
SILC_dep2 <- SILC_model %>%
  select(soznet, cultpart, matdepri, actcit, weight.scaled) %>%
  as_tibble() %>%
  survey::svydesign(data = ., ids = ~ 1, weights = ~weight.scaled) %>%
  tbl_svysummary(type = list(c(soznet, cultpart, actcit) ~ "dichotomous"),
                 value = list(c(soznet, cultpart, actcit) ~ "Ja",
                              matdepri ~ "Nicht materiell depriviert"))

dep_merge <- tbl_merge(list(SILC_dep, SILC_dep2),
                        tab_spanner = c("ungewichtet", "gewichtet"))

dep_table <- dep_merge %>%
  bold_labels() %>%
  modify_header(label = "**Variablen**") %>%
  as_gt() %>%
  gt::tab_options(table.font.names = "Times New Roman")

gtsave(dep_table, "Grafiken/dep_variables.png")

# Tabelle Übersicht über erklärende Variablen Level 2
SILC_lev2 <- SILC_model %>%
  select(GDP, unemploy_rate, NRR, coverage, strict, regime, dispincome_mean) %>%
  tbl_summary(type = all_continuous() ~ "continuous2",
             statistic = all_continuous() ~ c("{mean} ({sd})"),

```

```

                                "{median} ({p25}, {p75})",
                                "{min}, {max}") %>%

bold_labels() %>%
modify_header(label = "***Variablen***",
              stat_0 = "") %>%

as_gt() %>%
tab_footnote("berechnet mit gewichteten Daten",
             locations = cells_body(columns = c(label), rows = c(27))) %>%
gt::tab_options(table.font.names = "Times New Roman")

gtsave(SILC_lev2, "Grafiken/Level2.png")

# Tabelle: Erklärende Variablen auf Level 2
merge_dispincome <- SILC_model %>% group_by(cntry_label) %>%
  select(cntry_label, dispincome_mean) %>% summarise_all(median)
group_2 <- merge(group_1, merge_dispincome, by = "cntry_label", all.x = TRUE)

SILC_lev2_2 <- group_2 %>%
  select(cntry_label, GDP, unemploy_rate, NRR, coverage, strict, regime,
         dispincome_mean) %>%
  group_by(regime) %>%
  gt::gt() %>%
  cols_label(
    cntry_label = "",
    GDP = md("***BIP/Kopf in KKP***"),
    unemploy_rate = md("***Arbeitslosenquote***"),
    strict = md("***Strenge-Index***"),
    NRR = md("***Nettoersatzrate***"),
    coverage = md("***Abdeckungsquote***"),
    dispincome_mean = html("<b>Einkommen <br>(Gruppenmittelwert)<b>") %>%
  summary_rows(
    groups = TRUE,
    columns = c("GDP", "NRR", "strict", "dispincome_mean"),
    fns = list(Mittelwert = ~mean(.)),
    missing_text = "",
    dec_mark = ",",
    sep_mark = ".",
    formatter = fmt_number
  ) %>%
  summary_rows(
    groups = TRUE,
    columns = c("coverage"),
    fns = list(Mittelwert = ~mean(.)),
    missing_text = "",
    dec_mark = ",",
    sep_mark = ".",
    formatter = fmt_percent
  ) %>%
  summary_rows(
    groups = TRUE,
    columns = c("unemploy_rate", "coverage", "NRR"),
    fns = list(Mittelwert = ~mean(.)),
    missing_text = "",
    formatter = fmt_percent,
    decimals = 2,
    dec_mark = ",",
    sep_mark = ".",
    scale_values = FALSE
  ) %>%
  fmt_number(columns = c(strict),
            rows = TRUE,
            decimals = 2,
            dec_mark = ",",
            sep_mark = ".") %>%
  fmt_number(columns = c(GDP, dispincome_mean),
            rows = TRUE,
            dec_mark = ",",
            sep_mark = ".") %>%
  fmt_percent(columns = c(unemploy_rate, coverage, NRR),
            rows = TRUE,
            decimals = 2,
            dec_mark = ",",
            sep_mark = ".",
            scale_values = FALSE) %>%
  tab_footnote("berechnet mit gewichteten Daten",
             cells_column_labels(columns = dispincome_mean)) %>%
  gt::tab_options(
    table.font.names = "Times New Roman",
    table.font.size = "small",
    heading.padding = px(5),
    column_labels.padding = px(5),
    row_group.padding = px(1),
    data_row.padding = px(1),
    summary_row.padding = px(1)
  )

```

```

gtsave(SILC_lev2_2, "Grafiken/Level2_nach_Regime.png")

#Modelle zur abhängigen Variable: active citizenship
##Dimension: politische Partizipation

#predict "Ja" = politische Teilhabe / active citizenship:
SILC_model$actcit <- relevel(SILC_model$actcit,
                             ref = "Nein")

# Nullmodell, ohne random effects
no.random.p <- glm(actcit ~ 1, data = SILC_model,
                   family = "binomial"(link="logit"),
                   weights = weight.scaled)

# + random intercept
p_M0 <- glmer(actcit ~ 1 + (1 | country), data = SILC_model,
              family = "binomial", weights = weight.scaled)

# ICC
performance::icc(p_M0)
anova(p_M0, no.random.p)

# + fixed effects für Level 1
p_M1 <- glmer(actcit ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

# + fixed effects für Level 2 (wohlfahrtsstaatliche Regime)
p_M2 <- glmer(actcit ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + unemploy_rate_z + regime +
              (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

# + fixed effects für Level 2 (Arbeitslosenrate, NRR, Abdeckung, Strenge)
p_M3 <- glmer(actcit ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + GDP_z +
              unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

anova(p_M0, p_M1)
anova(p_M1, p_M2)
anova(p_M1, p_M3)

#Testmodelle, ohne Gewichte da diese nicht integer
p_M2_test <- glmer(actcit ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
                  duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s +
                  unemploy_rate_z + regime + (1 | country),
                  data = SILC_model,
                  family=binomial(link="logit"),
                  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                        optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

p_M3_test <- glmer(actcit ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
                  duration2 + hhtype2 +
                  GDP_z + unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z +
                  dispincome_mean_s +
                  (1 | country),
                  data = SILC_model,
                  family=binomial(link="logit"),
                  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                        optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

simOutput_pM2 <- simulateResiduals(fittedModel = p_M2_test, plot = TRUE)
plotResiduals(simOutput_pM2)
testOutliers(simOutput_pM2, type = "bootstrap") #Ausreißer
car::vif(p_M2) #Multikollinearität - variance inflation factor
simOutput_pM3 <- simulateResiduals(fittedModel = p_M3_test, plot = TRUE)
plotResiduals(simOutput_pM3)
testOutliers(simOutput_pM3, type = "bootstrap")
car::vif(p_M3)

#Regressionstabelle
tab_p <- sjPlot::tab_model(p_M0, p_M1, p_M2, p_M3,
                           p.style = "stars",

```

```

show.se = TRUE,
show.ci = FALSE,
dv.labels = c("Nullmodell", "Modell 1", "Modell 2", "Modell 3"),
show.aic = TRUE,
pred.labels = c("Intercept", "Geschlecht: Frauen",
               "Alter: 26-35 J.", "Alter: 36-45 J.",
               "Alter: 46-55 J.", "Alter: 56-65 J.",
               "Bildungsniveau: Mittel",
               "Bildungsniveau: Hoch", "Einkommen",
               "Staatsbürgerschaft: Staatsbürgerschaft in EU",
               "Staatsbürgerschaft: andere Staatsbürgerschaft",
               "Dauer Erwerbslosigkeit: 1 bis 12 Monate",
               "Dauer Erwerbslosigkeit: ab 12 Monate",
               "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, keine Kinder",
               "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, min. 1 Kind",
               "Haushaltsstruktur: Ein-Eltern-Haushalt",
               "Haushaltsstruktur: Anderer HH mit Kindern",
               "Haushaltsstruktur: Anderer Haushalt ohne Kinder",
               "Einkommen (Gruppenmittelwert)",
               "Arbeitslosenquote", "Regime: Konservativ",
               "Regime: Liberal", "Regime: Rudimentär",
               "Regime: Postsozialistisch",
               "BIP", "Nettoersatzrate",
               "Abdeckungsquote", "Strenge-Index"),

CSS = list(
  css.tdata = 'padding:0.05cm;',
  css.summary = 'padding:0.05cm;',
  css.randomparts = 'padding:0.05cm;'),
file = "tab_mod_p.doc")

tab_p

# BIC errechnen:
library(flexmix)
BIC(p_M0)
BIC(p_M1)
BIC(p_M2)
BIC(p_M3)

#Modelle zur abhängigen Variable: kulturelle Partizipation

#predict "Ja" = kulturelle Teilhabe:
SILC_model$cultpart <- relevel(SILC_model$cultpart,
                              ref = "Nein")

#Nullmodelle
no.random_c <- glm(cultpart ~ 1, data = SILC_model, weights = weight.scaled,
                  family = "binomial"(link="logit"))
c_M0 <- glmer(cultpart ~ 1 + (1 | country), data = SILC_model,
              weights = weight.scaled, family = "binomial"(link="logit"))

performance::icc(c_M0)
anova(c_M0, no.random_c)

c_M1 <- glmer(cultpart ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

# + fixed effects für Level 2 (wohlfahrtsstaatliche Regimes)
c_M2 <- glmer(cultpart ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s +
              unemploy_rate_z + regime + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

# + fixed effects für Level 2 (Arbeitslosenrate, NRR, Abdeckung, Strenge)
c_M3 <- glmer(cultpart ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + GDP_z +
              unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

anova(c_M0, c_M1)
anova(c_M1, c_M2)
anova(c_M1, c_M3)

#Test der Annahmen für die Modelle

```

```

c_M2_test <- glmer(cultpart ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc +
  citizen + duration2 + hhstype2 + dispincome_mean_s +
  unemploy_rate_z + regime + (1 | country),
  data = SILC_model,
  family=binomial(link="logit"),
  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

c_M3_test <- glmer(cultpart ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc +
  citizen + duration2 + hhstype2 + GDP_z + unemploy_rate_z +
  NRR_z + coverage_z +strict_z + dispincome_mean_s +
  (1 | country),
  data = SILC_model,
  family=binomial(link="logit"),
  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
    optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

simOutput_c2 <- simulateResiduals(fittedModel = c_M2_test)
plotResiduals(simOutput_c2)
testOutliers(simOutput_c2)
car::vif(c_M2_test)
simOutput_c3 <- simulateResiduals(fittedModel = c_M3_test)
plotResiduals(simOutput_c3)
testOutliers(simOutput_c3)
car::vif(c_M3_test)

#Regressionstabelle
tab_c <- sjPlot::tab_model(c_M0, c_M1, c_M2, c_M3,
  p.style = "stars",
  show.se = TRUE,
  show.ci = FALSE,
  dv.labels = c("Nullmodell", "Modell 1", "Modell 2", "Modell 3"),
  show.aic = TRUE,
  pred.labels = c("Intercept", "Geschlecht: Frauen",
    "Alter: 26-35 J.", "Alter: 36-45 J.",
    "Alter: 46-55 J.", "Alter: 56-65 J.",
    "Bildungsniveau: Mittel",
    "Bildungsniveau: Hoch", "Einkommen",
    "Staatsbürgerschaft: Staatsbürgerschaft in EU",
    "Staatsbürgerschaft: andere Staatsbürgerschaft",
    "Dauer Erwerbslosigkeit: 1 bis 12 Monate",
    "Dauer Erwerbslosigkeit: ab 12 Monate",
    "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, keine Kinder",
    "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, min. 1 Kind",
    "Haushaltsstruktur: Ein-Eltern-Haushalt",
    "Haushaltsstruktur: Anderer HH mit Kindern",
    "Haushaltsstruktur: Anderer Haushalt ohne Kinder",
    "Einkommen (Gruppenmittelwert)",
    "Arbeitslosenquote", "Regime: Konservativ",
    "Regime: Liberal", "Regime: Rudimentär",
    "Regime: Postsozialistisch",
    "BIP", "Nettoersatzrate",
    "Abdeckungsquote", "Strenge-Index"),
  CSS = list(
    css.tdata = 'padding:0.05cm;',
    css.summary = 'padding:0.05cm;',
    css.randomparts = 'padding:0.05cm;'),
  file = "tab_mod_c.doc")

tab_c

BIC(c_M0)
BIC(c_M1)
BIC(c_M2)
BIC(c_M3)

#Modelle zur abhängigen Variable: Einbindung in soziale Netze

#predict "Ja" = soz. Einbindung:
SILC_model$soznet <- relevel(SILC_model$soznet,
  ref = "Nein")

#Nullmodelle
no.random_s <- glm(soznet ~ 1, data = SILC_model, weights = weight.scaled,
  family = "binomial"(link="logit"))

s_M0 <- glmer(soznet ~ 1 + (1 | country), data = SILC_model,
  weights = weight.scaled, family = "binomial"(link="logit"))

performance::icc(s_M0)
anova(s_M0, no.random_s)

s_M1 <- glmer(soznet ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
  duration2 + hhstype2 + (1 | country),
  data = SILC_model, weights = weight.scaled,

```

```

family=binomial(link="logit"),
control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                      optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

s_M2 <- glmer(soznet ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + unemploy_rate_z +
              regime + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                   optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

s_M3 <- glmer(soznet ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + GDP_z +
              unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                   optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

anova(s_M0, s_M1)
anova(s_M1, s_M2)
anova(s_M1, s_M3)

#Testmodelle
s_M2_test <- glmer(soznet ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc +
                  citizen + duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s +
                  unemploy_rate_z + regime + (1 | country),
                  data = SILC_model,
                  family=binomial(link="logit"),
                  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                       optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

s_M3_test <- glmer(soznet ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc +
                  citizen + duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + GDP_z +
                  unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z +
                  (1 | country),
                  data = SILC_model,
                  family=binomial(link="logit"),
                  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                       optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

simOutput_s2 <- simulateResiduals(fittedModel = s_M2_test)
plotResiduals(simOutput_s2)
testOutliers(simOutput_s2)
car::vif(s_M2_test)
simOutput_s3 <- simulateResiduals(fittedModel = s_M3_test)
plotResiduals(simOutput_s3)
testOutliers(simOutput_s3)
car::vif(s_M3_test)

#Regressionstabelle
tab_s <- sjPlot::tab_model(s_M0, s_M1, s_M2, s_M3,
                           p.style = "stars",
                           show.se = TRUE,
                           show.ci = FALSE,
                           dv.labels = c("Nullmodell", "Modell 1", "Modell 2", "Modell 3"),
                           show.aic = TRUE,
                           pred.labels = c("Intercept", "Geschlecht: Frauen",
                                             "Alter: 26-35 J.", "Alter: 36-45 J.",
                                             "Alter: 46-55 J.", "Alter: 56-65 J.",
                                             "Bildungsniveau: Mittel",
                                             "Bildungsniveau: Hoch", "Einkommen",
                                             "Staatsbürgerschaft: Staatsbürgerschaft in EU",
                                             "Staatsbürgerschaft: andere Staatsbürgerschaft",
                                             "Dauer Erwerbslosigkeit: 1 bis 12 Monate",
                                             "Dauer Erwerbslosigkeit: ab 12 Monate",
                                             "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, keine Kinder",
                                             "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, min. 1 Kind",
                                             "Haushaltsstruktur: Ein-Eltern-Haushalt",
                                             "Haushaltsstruktur: Anderer HH mit Kindern",
                                             "Haushaltsstruktur: Anderer Haushalt ohne Kinder",
                                             "Einkommen (Gruppenmittelwert)",
                                             "Arbeitslosenquote", "Regime: Konservativ",
                                             "Regime: Liberal", "Regime: Rudimentär",
                                             "Regime: Postsozialistisch",
                                             "BIP", "Nettoersatzrate",
                                             "Abdeckungsquote", "Strenge-Index"),
                           CSS = list(
                             css.tdata = 'padding:0.05cm;',
                             css.summary = 'padding:0.05cm;',
                             css.randomparts = 'padding:0.05cm;'),
                           file = "tab_mod_s.doc")

tab_s

```

```

BIC(s_M0)
BIC(s_M1)
BIC(s_M2)
BIC(s_M3)

#Modelle zur abhängigen Variable: materielle Deprivation
##Dimension: materielle Teilhabe

#predict "Nicht materiell depriviert":
SILC_model$matdepri <- releval(SILC_model$matdepri,
                              ref = "Materiell depriviert")

#Nullmodelle
no.random_m <- glm(matdepri ~ 1, data = SILC_model, weights = weight.scaled,
                  family = "binomial"(link="logit"))

m_M0 <- glmer(matdepri ~ 1 + (1 | country), data = SILC_model,
              weights = weight.scaled, family = "binomial"(link="logit"))

performance::icc(m_M0)
anova(m_M0, no.random_m)

m_M1 <- glmer(matdepri ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                   optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

m_M2 <- glmer(matdepri ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s +
              unemploy_rate_z + regime + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                   optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

m_M3 <- glmer(matdepri ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc + citizen +
              duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + GDP_z +
              unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z + (1 | country),
              data = SILC_model, weights = weight.scaled,
              family=binomial(link="logit"),
              control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                   optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

anova(m_M0, m_M1)
anova(m_M1, m_M2)
anova(m_M1, m_M3)

#Testmodelle
m_M2_test <- glmer(matdepri ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc +
                  citizen + duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s +
                  unemploy_rate_z + regime + (1 | country),
                  data = SILC_model,
                  family=binomial(link="logit"),
                  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                       optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

m_M3_test <- glmer(matdepri ~ sex + age_group + edu_group + dispincome_cwc +
                  citizen + duration2 + hhtype2 + dispincome_mean_s + GDP_z +
                  unemploy_rate_z + NRR_z + coverage_z + strict_z +
                  (1 | country),
                  data = SILC_model,
                  family=binomial(link="logit"),
                  control=glmerControl(optimizer="bobyqa",
                                       optCtrl=list(maxfun=2e5)), nAGQ=0)

simOutput_m2 <- simulateResiduals(fittedModel = m_M2_test)
plotResiduals(simOutput_m2)
testOutliers(simOutput_m2)
car::vif(m_M2_test)
simOutput_m3 <- simulateResiduals(fittedModel = m_M3_test)
plotResiduals(simOutput_m3)
testOutliers(simOutput_m3)

car::vif(m_M3_test)

#Regressionstabelle
tab_m <- sjPlot::tab_model(m_M0, m_M1, m_M2, m_M3,
                          p.style = "stars",
                          show.se = TRUE,
                          show.ci = FALSE,
                          dv.labels = c("Nullmodell", "Modell 1", "Modell 2", "Modell 3"),

```

```

show.aic = TRUE,
pred.labels = c("Intercept", "Geschlecht: Frauen",
               "Alter: 26-35 J.", "Alter: 36-45 J.",
               "Alter: 46-55 J.", "Alter: 56-65 J.",
               "Bildungsniveau: Mittel",
               "Bildungsniveau: Hoch", "Einkommen",
               "Staatsbürgerschaft: Staatsbürgerschaft in EU",
               "Staatsbürgerschaft: andere Staatsbürgerschaft",
               "Dauer Erwerbslosigkeit: 1 bis 12 Monate",
               "Dauer Erwerbslosigkeit: ab 12 Monate",
               "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, keine Kinder",
               "Haushaltsstruktur: 2 Erwachsene, min. 1 Kind",
               "Haushaltsstruktur: Ein-Eltern-Haushalt",
               "Haushaltsstruktur: Anderer HH mit Kindern",
               "Haushaltsstruktur: Anderer Haushalt ohne Kinder",
               "Einkommen (Gruppenmittelwert)",
               "Arbeitslosenquote", "Regime: Konservativ",
               "Regime: Liberal", "Regime: Rudimentär",
               "Regime: Postsozialistisch",
               "BIP", "Nettoersatzrate",
               "Abdeckungsquote", "Strenge-Index"),

CSS = list(
  css.tdata = 'padding:0.05cm;',
  css.summary = 'padding:0.05cm;',
  css.randomparts = 'padding:0.05cm;'),
file = "tab_mod_m.doc")

tab_m

BIC(m_M0)
BIC(m_M1)
BIC(m_M2)
BIC(m_M3)

#Predicted Probabilities

#Haushaltstypen
m_hhtype <- ggpredict(m_M1, "hhtype2")
s_hhtype <- ggpredict(s_M1, "hhtype2")

s_hh_plot <- s_hhtype %>% ggplot() +
  geom_errorbar(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high),
               width=.1) +
  geom_point(aes(x, predicted), size = 2) +
  labs(x = "") +
  scale_y_continuous(limits= c(0.70, 0.9),
                    labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  scale_x_discrete(labels = function(x) str_wrap(x, width = 15)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

m_hh_plot <- m_hhtype %>% ggplot() +
  geom_errorbar(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high),
               width=.1) +
  geom_point(aes(x, predicted), size = 2) +
  labs(x = "") +
  scale_y_continuous(limits= c(0.5, 0.8),
                    labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  scale_x_discrete(labels = function(x) str_wrap(x, width = 15)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

ggsave("Grafiken/soznet_hhtype.png", s_hh_plot,
       width = 20, height = 10, units = "cm")
ggsave("Grafiken/matdepri_hhtype.png", m_hh_plot,
       width = 20, height = 10, units = "cm")

#Regime

p_regime <- ggpredict(p_M2, "regime")
s_regime <- ggpredict(s_M2, "regime")
c_regime <- ggpredict(c_M2, "regime")
m_regime <- ggpredict(m_M2, "regime")

p_regime_plot <- p_regime %>% ggplot() +
  geom_errorbar(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high),
               width=.1) +
  geom_point(aes(x, predicted), size = 2) +
  labs(x = "") +
  scale_y_continuous(

```



```

#limits= c(0.65, 0.9),
labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
scale_x_discrete(labels = function(x) str_wrap(x, width = 12)) +
theme_minimal() +
theme(axis.title.y=element_blank(),
      text=element_text(size=13, family="serif"),
      plot.title = element_text(size=12))

s_regime_plot <- s_regime %>% ggplot() +
  geom_errorbar(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high),
               width=.1) +
  geom_point(aes(x, predicted), size = 2) +
  labs(x = "") +
  scale_y_continuous(labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  scale_x_discrete(labels = function(x) str_wrap(x, width = 12)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

c_regime_plot <- c_regime %>% ggplot() +
  geom_errorbar(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high),
               width=.1) +
  geom_point(aes(x, predicted), size = 2) +
  labs(x = "") +
  scale_y_continuous(limits= c(0.60, 1),
                    labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  scale_x_discrete(labels = function(x) str_wrap(x, width = 12)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

m_regime_plot <- m_regime %>% ggplot() +
  geom_errorbar(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high),
               width=.1) +
  geom_point(aes(x, predicted), size = 2) +
  labs(x = "") +
  scale_y_continuous(limits= c(0.3, 0.85),
                    labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  scale_x_discrete(labels = function(x) str_wrap(x, width = 12)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

ggsave("Grafiken/soznet_regime.png", s_regime_plot ,
       width = 20, height = 10, units = "cm")
ggsave("Grafiken/cultpart_regime.png", c_regime_plot ,
       width = 20, height = 10, units = "cm")
ggsave("Grafiken/matdepri_regime.png", m_regime_plot ,
       width = 20, height = 10, units = "cm")
ggsave("Grafiken/actcit_regime.png", p_regime_plot ,
       width = 20, height = 10, units = "cm")

#Nettoersatzrate

m_NRR <- ggpredict(m_M3, c("NRR_z"))
c_NRR <- ggpredict(c_M3, c("NRR_z"))

m_NRR_plot <- m_NRR %>% ggplot() +
  geom_line(aes(x, predicted)) +
  geom_ribbon(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high), alpha = 0.2) +
  labs(x = "", y = "") +
  scale_y_continuous(labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

c_NRR_plot <- c_NRR %>% ggplot() +
  geom_line(aes(x, predicted)) +
  geom_ribbon(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high), alpha = 0.2) +
  labs(x = "", y = "") +
  scale_y_continuous(labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
        text=element_text(size=13, family="serif"),
        plot.title = element_text(size=12))

ggsave("Grafiken/matdepri_NRR.png", m_NRR_plot ,
       width = 20, height = 10, units = "cm")
ggsave("Grafiken/cultpart_NRR.png", c_NRR_plot ,

```

```

width = 20, height = 10, units = "cm")

#Arbeitslosenquote
s_unemploy_rate <- ggpredict(s_M3, c("unemploy_rate_z"))

s_unemploy_plot <- s_unemploy_rate %>% ggplot() +
  geom_line(aes(x, predicted)) +
  geom_ribbon(aes(x, predicted, ymin = conf.low, ymax=conf.high), alpha = 0.2) +
  labs(x = "", y = "") +
  scale_y_continuous(limits= c(0.7, 1),
    labels = scales::percent_format(accuracy = 1)) +
  theme_minimal() +
  theme(axis.title.y=element_blank(),
    text=element_text(size=13, family="serif"),
    plot.title = element_text(size=12))

ggsave("Grafiken/soznet_unemploy_rate.png", s_unemploy_plot ,
  width = 20, height = 10, units = "cm")

```

12.3 Verwendete R-Packages

- Bates, Douglas, Martin Mächler, Ben Bolker, und Steven Walker. 2021. *lme4: Linear Mixed-Effects Models using „Eigen“ and S4*. Version 1.1.27-1.
- Hartig, Florian. 2022. *DHARMA: Residual Diagnostics for Hierarchical (Multi-Level / Mixed) Regression Models*. Version 0.4.5.
- Iannone, Richard, Joe Cheng, und Barret Schloerke. 2021. *gt: Easily Create Presentation-Ready Display Tables*. Version 0.3.1.
- Larmarange, Joseph. 2021. *labelled: Manipulating Labelled Data*. Version 2.9.0.
- Lüdecke, Daniel. 2021a. *ggeffects: Create Tidy Data Frames of Marginal Effects for „ggplot“ from Model Outputs*. Version 1.1.1.
- Lüdecke, Daniel. 2021b. *sjPlot: Data Visualization for Statistics in Social Science*. Version 2.8.10.
- Lüdecke, Daniel. 2021c. *sjstats: Statistical Functions for Regression Models*. Version 0.18.1.
- Nash, John C., und Ravi Varadhan. 2021. *optimx: Expanded Replacement and Extension of the „optim“ Function*. Version 2021-10.12.
- Sjoberg, Daniel D., Michael Curry, Joseph Larmarange, Jessica Lavery, Karissa Whiting, und Emily C. Zabor. 2021. *gtsummary: Presentation-Ready Data Summary and Analytic Result Tables*. Version 1.5.0.
- Wickham, Hadley. 2019. *stringr: Simple, Consistent Wrappers for Common String Operations*. Version 1.4.0.
- Wickham, Hadley. 2021. *ggplot2: Create Elegant Data Visualisations Using the Grammar of Graphics*. Version 3.3.5.
- Wickham, Hadley. 2020. *reshape2: Flexibly Reshape Data: A Reboot of the Reshape Package*. Version 1.4.4.
- Wickham, Hadley, und Jennifer Bryan. 2019. *readxl: Read Excel Files*. Version 1.3.1.
- Wickham, Hadley, Romain François, Lionel Henry, und Kirill Müller. 2021. *dplyr: A Grammar of Data Manipulation*. Version 1.0.7.
- Wickham, Hadley, und Evan Miller. 2021. *haven: Import and Export „SPSS“, „Stata“ and „SAS“ Files*. Version 2.4.3.